

ENDSPIELE DES MARXISMUS?

DRITTER WEG PASSE?

PERESTROIKA FÜR DIE SPD?

SCHWERPUNKT: DEMOKRATIE



"ENDSPIELE DES MARXISMUS"

Seite 6 - 8

Im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen finden gegenwärtig die "Endspiele des Marxismus" statt. Mit von der Partie war jüngstens auch Brigitte Seebacher-Brandt, die sich anscheinend mit ihrem August-Bebel-Werk auf dem Weg zur sozialdemokratischen Parteihistorikerin befindet und by the way den Gegensatz von Marxismus und Demokratie entdeckt hat. Mit dieser Entdeckung liegt sie vermutlich voll im Trend. Dies hat HEINZ-GERD HOFSCHEIN allerdings nicht davon abgehalten, ebenfalls die Spielfläche zu betreten und kräftig gegenzukoffern.

PARTEIREFORM

Seite 27 - 39

Nach Ulf Skirkes "Thesen zur Reform von Partei und Parlament" in SPW 51 folgen diesmal weitere Vorschläge für eine radikale demokratische Parteireform in der SPD. HEIKO SCHULZE plädiert für Identitätsbildung durch sozialkulturelle Öffnung der Partei. Die JUSOS blasen in einem umfangreichen Konzept zum Generalangriff auf das herkömmliche sozialdemokratische Ortsvereins- und Funktionärswesen und denken nebenbei auch über die Eigenständigkeit ihres Verbandes nach. Die Parteiförmigkeit des Politikmachens steht damit auf dem Prüfstand.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Seite 40 - 51

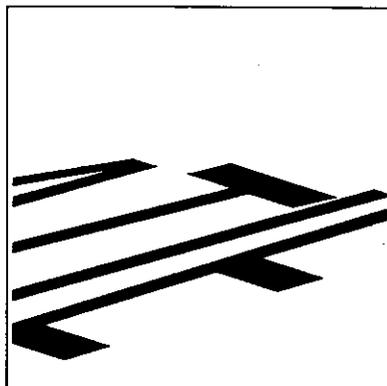
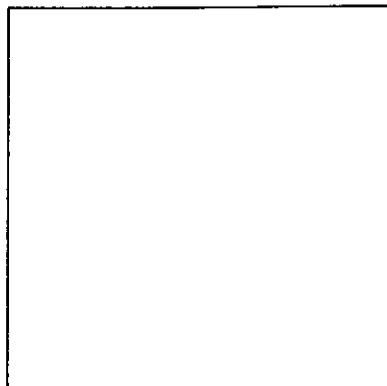
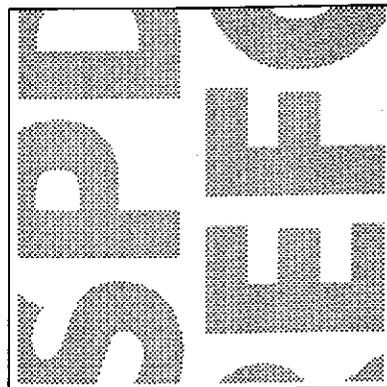
Dies war eine sozialdemokratische Lösung Anfang der 70iger Jahre. In der heutigen Risikogesellschaft gewinnt sie neue und noch radikalere Qualität. Offenkundig ist außerdem: Eine Konzeption des MODERNEN SOZIALISMUS läßt sich ohne demokratietheoretische Fundierung nicht entwickeln. Und diese ergibt sich nicht quasi von selbst aus dem "richtigen Klassenstandpunkt", wie es rustikale Marxismus-Varianten nahelegen. Von unterschiedlichen Ausgangspunkten nähern sich MATTHIAS MACHNIG und HEINZ JUNG der angesprochenen Problemstellung.

WIRTSCHAFTSREFORM

Seite 52 - 56

Jenseits von bürokratischer Kommando- und kapitalistischer Marktwirtschaft sehen HORST PETER und die AG ME-MORANDUM ihre Perspektiven. Letztere hat gerade ihr diesmaliges Jahreswerk präsentiert - unter anderem mit einem Grundsatzteil, den wir in diesem Heft in einer Kurzfassung wiedergeben. Was sich davon realpolitisch behaupten wird, hängt maßgeblich von der Sozialdemokratie ab. Während sich Horst Peter nun auf das neue Grundsatzprogramm der West-SPD stützt, feiert die Ost-SPD allerdings die "freie Marktwirtschaft". Letzteres hat UWE KREMER zu einem Kommentar genötigt.

DIES MAL:



IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:

- Detlev Abing (Bremen)
- Heinz Albrecht (Berlin-Weiß)
- Jürgen Eppert (Berlin-Weiß)
- Karin Fuchs (Weiß)
- Josef Hinde's 1 (Weiß)
- Klaus Peter Kiske (Berlin-Weiß)
- Heinrich Lienker (Bielefeld)
- Susi Möbbeck (Bremen)
- Ulrich Pausch-Gruber (Kaiserslautern)
- Olaf Scholz (Hamburg)
- Karl Wundt (Hamburg)
- Klaus Peter Wolf (Frankfurt/M.)
- Burkhard Zimmermann (Berlin-Weiß)

Redaktion:

- Ingo Arend, Florence Guesnet, Uwe Kremer, Matthias Machnig
- Redaktionssekretär: Ralf Schmitz

An der Gestaltung dieser Ausgabe haben weiterhin mitgearbeitet: Oliver Brosch, Michael Guggenjos, Birgit Zoerner

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Kieler Str. 13
5000 Köln 80
Telefon (0221) 623221
Telefax (0221) 62615

Verlag:

spw Verlag, Redaktion, GmbH
Kieler Str. 13
5000 Köln 80
Geschäftsführer: Andreas Bach

Konten des Verlages:

Bank für Gemeinwirtschaft
(BIZ 370 101 11) Nr. 190931600
Abzahllungen ausschließlich auf das Konto
Bank für Gemeinwirtschaft
(BIZ 370 101 11) Nr. 190931602

- Die spw erscheint 1990 in 6 Heften mit ca. 60 Seiten pro Heft
- Jahresabonnement DM 54,-
- ermäßigtes Jahresabonnement für Schüler, Lehrende, Studenten, Erwerbslose DM 42,-
- Auslandsubskription DM 54,-

- Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift und mit einem ausreichenden Rand versehen sein. Wenn möglich, sollen Manuskripte auf Diskette mit einem Ausdrück geliefert werden (MS-DOS 5.1/4 oder 3.1/2 Zeilen, WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw Verlag/Redaktion GmbH 1990. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:

Birgit Carlson & Michael Meixner

Druck:

Naßdruck, Schwerte

KOMMENTAR

Heinz-Gerd Hofschien
"ENDSPIELE DES MARXISMUS":
Die "FAZ", Brigitte Seebacher-Brandt
und der zweite Tod von Karl Marx 6

Wolf-Michael Calenhusen
DAS GENTECHNIKGESETZ - eine vertane Chance, die Glaubwürdigkeit
des Parlaments im Umgang mit neuen Techniken zu stärken. 9

Ingo Arend
EUROPA OHNE ARMEEN: Entmilitarisierung bleibt der Hebel für eine
neue Entwicklungsrichtung Europas 10

Rolf Uesseler
T R Ä N E N, WUT UND HERZINFARKT E: Nachtrag zum PCI-Parteitag 12

Florence Guesnet
PATRIOTISMUS VON L I N K S ? 14



Rainer Bäcker
Von der Ganzheitlichkeit der linken Seele 16

Sandra Rewe
DIE PDS - EINE NEUE DEUTSCHE
LINKSPARTEI? 18

Thomas Rausch
SUCHE NACH DER PERSPEKTIVE:
Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen 21

Ulrich Wolf
FORTSCHRITT '90: Tagung des Frankfurter Kreises in Oer-Erkenschwick 22

Ralf Schmitz
STRATEGIE-KONGRESS DER DKP-ERNEUERER 24

spw special

Ralf Krämer, Susi Möbbeck, Karsten Rudolph, Birgit Zoerner
PERESTROIKA IN DER SPD: Vorschläge für die Parteireform 27

Heiko Schulze, Gelsenkirchen: NEUES DENKEN
AUF ALTEN PFADEN - GEDANKEN ZUR
ORGANISATIONSDEBATTE IN DER SPD 36

Matthias Machnig : DEMOKRATIE ALS POLITISCHES PROJEKT. - ANMERKUNGEN
ZUR GEGENWÄRTIGEN DEMOKRATIETHEORETISCHEN DISKUSSION. 40

Heinz Jung, Weilrod: DEMOKRATISIERUNG - DIE UNIVERSELLE
FORTSCHRITTSBEWEGUNG? 46

WIRTSCHAFTSREFORM OST / WEST

MEMO: Gegen die Vorherrschaft des Marktes und des Staates -
für eine funktionsfähige Steuerung der Wirtschaft 52

Horst Peter
Ein Plädoyer für den Dritten Weg: Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken 54

Uwe Kremer
MARKTWIRTSCHAFT ÜBER ALLES: Zum wirtschaftspolitischen Programm der DDR-SPD ... 56

Josef Hindels, österreichischer Mitherausgeber der spw seit Beginn des Projekts, ist am Samstag, den 10. Februar 1990, knapp nach seinem 74. Geburtstag, in Wien gestorben.

Josef Hindels' Leben spiegelt die Entwicklung breiterer Strömungen der österreichischen Arbeiterbewegung wider: Sozialistischer Mittelschüler Anfang der dreißiger Jahre, beeindruckt durch die Zuversicht und den Zusammenhalt der SDAP, gleichzeitig in wachsendem Ausmaß enttäuscht über das schrittweise Zurückweichen der Parteiführung - auch Otto Bauers - vor der langsamen Faschisierung des Landes. Nach dem verlorenen Bürgerkrieg 1934 Übertritt zur KP, dann während des illegalen Kampfes gegen den Austrofaschismus unter dem Eindruck stalinistischer Hexenprozesse Mitarbeit in einer trotzkistischen Gruppe. Der Nazi-Einmarsch zwingt auch Hindels zur Emigration, die ihn nach Norwegen und Schweden führt.

Nach 1945 wird Hindels Bildungsobmann der neu aufgebauten Sozialistischen Jugend, hauptverantwortlich für einen parteiinternen linken Kurs, jedoch in starker Abgrenzung von einem später aus der Partei gedrängten linkssozialistischen Flügel um den damaligen Zentralsekretär Erwin Scharf, der später zur KPÖ ging. Im Zuge des Kalten Kriegs eskalierten Richtungskämpfe in der SPÖ, die sich voll dem prowestlichen Kurs und nach dem Regierungsaustritt der KPÖ der Großen Koalition mit der konservativen ÖVP verschrieben hatte. Eine Folge: Hindels wurde politisch blockiert, verfehlte ein mögliches Parlamentsmandat, wurde dann aber Zentralsekretär der heute größten Einzelgewerkschaft im Einheitsgewerkschaftsbund ÖGB, jener der Privatgestellten (GPA). Dort und nach seinem Ausscheiden zu Beginn der siebziger Jahre in zahllosen Ansätzen linkssozialistischer Diskussions- und Aktionszirkel (oft "Hindels-Kreis" genannt) übte er starken Einfluß auf mehrere Generationen sozialistischer PolitikerInnen aus. Als rhetorisch immer brillanter Redner trat er auf Parteitagungen oder anderen Konferenzen auf. Und als Autor zahlreicher Bücher und Broschüren zu Geschichte und Aktualität des Sozialismus und Marxismus (hier vor allem: *Marxismus und Gegenwart*, 2. Auflage, spw-Verlag, Berlin/West 1985).

Politisch und persönlich mußte Josef Hindels gerade zuletzt viele harte Schläge hinnehmen. Die Behendigkeit, mit der viele ehemalige "Schüler" bei Erklimmen der Karriereleiter Positionen in jeglicher Hinsicht wechselten, war er zwar über Jahrzehnte gewohnt, ebenso deren oft plötzliche Abnabelung von ihm. Aber der Unfalltod eines seiner engsten Mitstreiter aus GPA-Zeiten, des damaligen Sozialministers Alfred Dallingner, im Frühjahr 1988 hatte wohl eine eigene tragische Dimension. So wie auch die nicht nur krankheitsbedingte inhaltliche Isolation, in die sich Hindels in seinen letzten Monaten begeben hatte: Mit "Grün" konnte der große und - wie viele meinen - letzte Mann der traditionellen SPÖ-Linken fast ebensowenig anfangen wie mit dem konservativen Kurs der Parteiführung. Die Begeisterung für Gorbatschow mag noch dem "Integralen Sozialismus" Otto Bauers entsprochen haben. Die Auflösung der DDR wohl nicht mehr. Doch die hat Josef Hindels nicht mehr erlebt.

Peter Pelinka, Wien

Literatur:
Michael Häupl/Ernst Nedwed/
Peter Pelinka (Hrsg.), *Gegen den Strom. Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels*, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1986

"VORWÄRTS" MIT DER SPD

Wer sich die unsterblichen Reste des "Vorwärts" regelmäßig zu Gemüte führt (solche Menschen soll es ja auch noch geben), muß sich fragen, was wir in der SPW mit der ganzen "Parteireform"-Debatte eigentlich bezwecken wollen. Schließlich wird dort beständig über Hans-Jochen Vogel's Expeditionen in die Parteiwelt berichtet. 17 Bezirke hat er schon abgeklappert! Dabei hinterlassen die Berichte im großen und ganzen den Eindruck, daß im betreffenden Bezirk erstens und seit vielen Jahren Mitgliederschwund zu beklagen sei, daß man sich aber zweitens schon seit langem kräftig um Abhilfe bemüht und es dafür eine Unmenge toller Beispiele gebe, daß es also drittens gar nicht so schlecht, wenn nicht sogar bestens um die eigene Zukunft bestellt sei. So oder so ähnlich jedenfalls.

Natürlich werden auch Vogel und seine Begleiterin Anke Fuchs ahnen, daß ihnen bei ihren Bezirksbesuchen regelmäßig die Hucke vollgelogen wird und sich in Wirklichkeit seit Jahren so gut wie gar nichts zum Besseren wendet. Denn was die Bezirksvorstände bei diesen Gelegenheiten ablassen, erinnert mehr oder weniger an jenen legendären Grigorij Alexandrowitsch Potemkin, welcher der Kaiserin Katharina II. seine Siedlungserfolge mit Hilfe von Dorfattrappen vorgaukelte. Die SPD - ein Potemkinsches Dorf?

In Wirklichkeit ist das Parteileben doch nur in seltenen Fällen der Rede wert. Und die diesem "Leben" vorstehenden Bezirks- und Landesvorstände sind bekanntermaßen auch keine arbeitenden, geschweige denn lebendigen Gremien, sondern Einrichtungen, deren Zweck - wie man so schön sagt - in sich selbst ruht. Dazu passen wunderbar die Bezirksbüros - wahre Horte des Dilettantismus auf ihren ureigensten Gebieten, zumeist allerdings erfolgreich bemüht, jeden Ansatz konzeptionellen Denkens im Keim zu ersticken (denn dafür sind schließlich unsere Werbeagenturen da!).

Kurzum: Die SPD funktioniert intern als Einrichtung zur Vorspiegelung falscher Tatsachen - nach dem So-tun-als-ob-Prinzip. Die Parteigliederungen tun so, als ob sie lebten, die Vorstände so, als ob sie diesem Leben vorstünden, und beide tun so, als ob sie sich das gegenseitig abnähmen. Aber wir können uns damit trösten, daß in der Politik, also nicht nur in der SPD, allenthalben gilt, daß Simulation die halbe Miete ist. Mindestens.

SOZIALISTISCHE GESCHICHTEN

In der Linken erlebt ein altes Streitthema seine wohl letzte Blüte: War das, was im Osten in Trümmern liegt, eigentlich "Sozialismus"? Die Frage ist keineswegs müßig, denn es geht um Selbstvergewisserungen, die auch für die Zukunft wichtig sind. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine, die "edelsocialistische": das alles hatte mit Sozialismus überhaupt nichts zu tun, weil der nämlich eine gute Sache ist, was vom man "realen Sozialismus" nun wirklich nicht behaupten kann. Als ich kürzlich den Terminus "staatsbürokratischer Sozialismus" verwandte, wurde mir entgegengehalten, daß dies doch wohl ein Widerspruch in sich sei. Hierauf entgegnete ich, daß dies stimme, daß der Widerspruch aber real existiert habe.

Meine Variante lautet also: die ganze Chose hatte leider Gottes doch etwas mit Sozialismus zu tun und gehört zur Geschichte des Sozialismus, weil diese auch eine Geschichte der Sackgassen, Irrwege und Tragödien, vor allem tiefgreifender Widersprüche war (und in mancherlei Hinsicht auch bleiben wird), wobei Sackgassen und Siege, Fortschritt und Tragödie nicht nur nahe beieinander gelegen, sondern sich, mehr noch, miteinander verflochten haben.

Ich glaube, es ist von grundsätzlicher Bedeutung, ob man akzeptiert, daß unsere Geschichte auch solche Seiten aufweist und daß man sie nicht so wegdefinieren kann, wie es umgekehrt die Kommunisten früher mit den Sozialdemokraten und ihren Schlechtigkeiten getan haben, als man sie kurzerhand zur Seite des Kapitals rechnete. Dabei betrifft die Sache mit den schlechten Seiten in der Tat auch die Sozialdemokratie, deren "Sozialismus" (kollektive Absicherung eines hohen Lebensstandards im kapitalistischen Rahmen) schließlich auf dem Rücken der "3. Welt" errichtet wurde. Häufig genug hat sie zur Unterdrückung in den Ländern des Südens geschwiegen und daran als Regierungskraft mitschuldig gemacht. Jedenfalls werde ich nicht vergessen, wie Weihnachten 1972 die amerikanischen Bomben über Hanoi tausendfachen Tod brachten und wir, seit kurzer Zeit Mitglied der Partei, vergebens auf den Protest des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt warteten. Doch auch dies ist keine fremde, sondern eben unsere gemeinsame Geschichte.

REVOLUTIONÄRE DIALEKTIK

In einem anderen und größeren historischen Maßstab erweist sich heute, was Marx im "Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte" über die proletarischen Revolutionen schrieb: Sie "kritisieren beständig sich selbst, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausamgründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: hic Rhodus, hic salta!"

UWE KREMER

Bis zuletzt aktiver Bildungsfunktionär der SPÖ und stellvertretender Vorsitzender des "Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus", war er eine Art Gralshüter austromarxistischen Gedankenguts. Die Aktualität des politischen Denkens von Otto Bauer verteidigte er zuletzt in einem Artikel in spw 49 (Oktober 1989).

Heinz-Gerd Hofschien

"ENDSPIELE DES MARXISMUS"

Die "FAZ", Brigitte Seebacher-Brandt und der zweite Tod von Karl Marx

Die "Frankfurter Allgemeine" schwelgt - wen wundert es - im Siegesrausch über das Ende des Sozialismus. Im politischen Teil werden die Erpressungs- und Einkaufsvarianten gegenüber der DDR und den osteuropäischen Ländern propagiert und Großmachtphantasien in Richtung Westen durchgespielt, im Wirtschaftsteil werden etwas realistischer die Kosten und die Gewinnchancen der Einheit und der Ostkolonialisierung durchgerechnet, in den Leserbriefspalten toben sich die Zahnärzte und Rechtsanwälte aus, die ihre Häuser in Sachsen oder auch Schlesien und Ostpreußen komplett wiederhaben wollen. Im Feuilleton schließlich, wo es immer etwas feiner zugeht für die gebildeten Stände, die sich (solange ihr Kontostand stimmt) nicht so sehr für die Profitrate und die unschöne Art ihres Zustandekommens interessieren, dafür aber umso mehr für intellektuelle und moralische Selbstvergewisserungen, daß der Kapitalismus die einzig sinnvolle und menschenwürdige Gesellschaftsordnung sei, im Feuilleton der "FAZ" also gibt es eine Serie mit dem bemerkenswerten Titel "Endspiele des Marxismus". Da werden die letzten Zuckungen der verhaßten Ideologie in den verschiedenen Ländern vorgestellt. Aus der Position des Siegers, der sich zwar im Grunde seines schließlichen Sieges immer bewußt gewesen, nun aber doch darob erleichtert ist, wird mehr oder weniger triumphierend, bisweilen auch etwas mitleidig (am Boden Liegende soll man nicht mehr allzusehr treten) dargestellt, wie der Marxismus in Westeuropa und den USA in den letzten Jahren niedergegangen ist, wie er seine Faszination für die Intellektuellen verloren hat und warum das nicht nur ein schöner, sondern vor allem auch ein naturnotwendiger Vorgang ist, der eigentlich seit 50 Jahren überfällig war. Zustimmung wird eine

amerikanische Zeitschrift zitiert, die unlängst meinte, künftige Generationen würden den Marxismus ähnlich betrachten, wie wir heute die Alchemie.

Für die Bundesrepublik durfte diesen hämischen Abgesang ein leibhaftiges SPD-Mitglied schreiben. Das allein wäre schon ein nicht ungeschickter Schachzug, aber mehr Pfiff bekommt die Sache noch dadurch, daß die "FAZ" Brigitte Seebacher-Brandt dafür einsetzte. Da Frau Seebacher-Brandt bislang noch nicht als besondere Kennerin des Marxismus hervorgetreten ist, sondern man im Gegenteil ihrer kürzlich veröffentlichten Bebel-Biographie neben grotesken historischen Fehlinterpretationen auch ihre völlige Interesslosigkeit an Theorien entnehmen konnte, kann man vermuten, daß die "FAZ" wohl mehr auf ihren Doppelnamen als auf ihre Expertenschaft gesetzt hat. So ein Verdacht ist natürlich unfein, auch gerät er leicht in den Ruch der Frauenfeindlichkeit; aber da die Autorin sich selbst in ihrem Buch stets als Gattin des SPD-Ehrenvorsitzenden vorstellt, kann man der "FAZ" kaum verübeln, daß sie auf genau diesen Umstand spekuliert. Allerdings hält sich dessen Pikanterie in einer Zeit, da Willy Brandt seine Memoiren in der "Bild-Zeitung" vorabdrucken läßt, durchaus in Grenzen.

Bebels Paradies

Brigitte Seebacher-Brandts Artikel "Lauter letzte Gefechte. Wege und Irrwege der 'Lehre' in der Nachkriegszeit" in der "FAZ" vom 7. März 1990 ist schwierig zu referieren, da sie es weder mit der Logik ihrer Argumente noch mit Belegen für sie hält. Hauptsache, es geht gegen den Marxismus, wie widersprüchlich die einzelnen Angriffe auch sein mögen. So stellt

sie einleitend fest, daß nun endlich bei den Linken der Glaube zerbrochen sei, "die Aufhebung des Privateigentums habe der DDR einen fortschrittlichen, beispielhaften Charakter verliehen und die sozialisierten Produktionsmittel dem Zweck der klassen- und konfliktfreien Gesellschaft. Immer wieder war der Marxismus auf dieses eine Element reduziert worden". Ein paar Zeilen weiter konstatiert sie dann: "Die Form, in die der östliche Marxismus gegossen wurde, galt der Linken des Westens nie als Maß, wohl aber als Medium, die Übel des eigenen Systems aufzuheben." Ja, was denn nun, war die bundesrepublikanische Linke DDR-gläubig und hat den Marxismus auf die Eigentumsfrage "reduziert" oder hat sie den DDR-Marxismus nie als Maßstab genommen? "Ansehen und Bestand des Marxismus nahmen durch die Wirklichkeit erst der SBZ, dann der DDR keinen Schaden" werden wir daraufhin belehrt. Aber wie kommt es, daß der westdeutsche Marxismus, der einerseits DDR-gläubig, andererseits die DDR nur als Medium wahrnehmend, von jener DDR-Wirklichkeit nun unbeschadet blieb: "Das hatte mit der Dehnbarkeit der Lehre, aber auch mit dem schwärmerischen von jeder Wirklichkeit abstrahierenden Charakter zu tun, den sie auf deutschem Boden angenommen hatte. Bebels paradiesisches Zukunftsgemälde, entworfen unter Berufung auf Karl Marx, wirkte lange fort." Mit anderen Worten: Die bundesdeutsche Linke, die an die DDR glaubte, zwar nicht als Maß, aber als Medium zur Erlösung von dem Übel, war so schwärmerisch wirklichkeitsfremd, daß sie der Eigentumsfrage für das paradiesische Zukunftsbild Bebels eine Bedeutung gab, womit sie die marxistische Lehre gleichermaßen dehnte wie auf ein Element reduzierte. Oder so ähnlich.

Zeitung

letzte Gefechte

Lege der „Lehre“ in der Nachkriegszeit

anuar 1959 strömten, in der Freien Universitätsstudentischer Aktions-Jäste zusammen. Ein-nd: „Wiedervereinigung“. Das Votum war „politische Lage zwingt utschlands „in Kürze“, verhandeln und die For-erimistischen Konfödera- Die scharfe Distanz, die krasche Wehrexperte Hel-nahm, wies auf den Bruch-ten Linken aufreißen sollte. hre später hatten sich die-ehr. Trauer und Melancholie-über das verlorene Stück-überall, wo antikapitalisti-ucht und sozialistische Suche-beraubt waren. Es hätte des-bedarf, bis Marxisten - ihrer-weiß über Jahrzehnte hin- n. Wolfgang Fritz Haug, der- einer, sprach auf einem Podium- Auf einem Abschiedsfest für- Agnoli, einen der intellektuellen- und nach eigener

einen Blickwinkel zu zwingen. Den Faschismus-Vorwurf gegen „die deutsche Bourgeoisie“ zu erheben, deren „Doppel-moral nach Auschwitz“ zu entlarven und sich selbst im Widerstand zu wähen wurde zum akademischen Gesellschafts-spiel, das nicht nur Spiel blieb. Der Antifaschismus war im Marxismus ange-beliebige Umgang mit Faschismus: und legt und keine Eigenart der niedergehen-den SED. „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, hatte Max Horkheimer einst verkündet und damit Vergangenheit und Gegenwart einer ganzen Bewegung auf den Begriff gebracht. Was wäre der Marxismus der Achtundsechziger gewesen ohne das faschistische Spiegelbild? Die „Kapital“-Kurse florierten - einer der ersten hielt Oskar Negt 1957 in Frankfurter SDS - und kultivierten jen-All- und Besserwissen, das zum gewollt Minderheitendasein dazugehört. „Auf-ten der Linken ist Marginalität Lebensgefühl“, hat Jürgen Habermas-jüngster Zeit bekannt. Eine Gesellsch-then treibt aber Ableger, je suchende Zeiten, desto kräftiger. Die „volunt- sche“ Variante des Rudi Dutschke: dem allgemeinen Bedürfnis mehr z-chen als andere. Niemals zuv- abillerte der Marx- Jahr

Damit und mit dem Satz, daß der Marxismus eine "praxisbezogene Lehre sei, die Anweisungen für die Praxis nie gegeben habe", ist die theoretische Auseinandersetzung mit einer "Gesellschaftstheorie von der Einfachheit der marxistischen" schon erledigt. Mehr ist ja auch überflüssig. Jeder weiß schließlich, daß der Marxismus irgendwie unrealistisch, auf jeden Fall in der Praxis versagend und wohl ein bißchen platt ist. Auch sind die Zeiten vorbei, wo man mit

ihm in den Feuilleton-Seiten oder Talk-Shows zwar keine Praxis- aber doch wenigstens Honorar-Anweisungen verdienen konnte.

Demokratie statt Marxismus?

Nach der philosophischen Abteilung nun die historisch-politische: Der Marxismus hat sich zunächst an der Frage in seine feindlichen Brüder Kommunismus und Sozialdemokra-

tie gespalten, ob man den sozialistischen Endzustand mit Gewalt herbeiführen solle oder nicht (richtig, so war das ja 1918/19: Noske ist den gewaltfreien Weg zum sozialistischen Endziel mit den Freikorps und den Generälen gegangen, während Rosa Luxemburg bekanntlich die Mehrheits-SPD blutig abgeschlachtet hat). Da nun aber der Marxismus nach 1945 in Westdeutschland in keiner kommunistischen Massenbewegung unterkommen konnte, hat er Unterschlupf in der SPD gesucht, was ihm von Kurt Schumacher wiederum sehr erleichtert wurde, da der bei allem Antikommunismus an der ökonomischen Geschichtsauffassung und am Klassenkampf nichts Überaltertes feststellen wollte. So kam es, daß "dezidierte Marxisten wie Wolfgang Abendroth" in der SPD auf- bzw. untertauchten.

Diese Leute waren nicht nur ein bißchen beschränkt, denn "theoretische Erneuerung oder Revision erfuhr der Marxismus" nur "außerhalb der deutschen Grenzen", sondern außerdem auch

noch ziemlich unaufrichtig, frönten sie doch der "Teilhabe am System", um mit ihrem Marxismus gleichzeitig eine Trennlinie zu ihm ziehen zu können. Ein schönes Argument, in der Bebel-Biographie schon erprobt: Jeder Mensch, der im Kapitalismus gegen diese Gesellschaftsordnung kämpft, kann so als Nutznießer und Teilhaber des Systems denunziert werden. Bei Bebel war die Teilhaberschaft der Gehrock und das mit seinen Büchern verdiente Vermögen.

Über die Gewinnträchtigkeit der Abendrothschen Systemteilhaberschaft schweigt sich Seebacher-Brandt aus, aber damit war es ja auch bald insoweit vorbei, als man ihn aus der SPD warf. Denn *"als die Sozialdemokratie 1959/60 dem Dasein einer ewigen Opposition abschwor und - zum ersten Mal - Macht anstrebte, war es allerdings zwingend, sich auch theoretisch zur liberalen Demokratie zu bekennen und den Marxismus aus Programm und Propaganda zu verabschieden. ... Lange bevor die Geschichte unserer Tage die Kommunisten unendlich viel leidvoller belehrte, zeigt das Beispiel: Marxismus und Demokratie sind nicht auf einen Nenner zu bringen."* Hier wird es denn also Klartext: Demokratie statt Marxismus.

Aber es bleibt nicht bei dieser Feuilleton-Version einer CDU-Parole. Denn nachdem die alte Linke mit Berufsverbotsargumenten so plump wie böse erledigt wurde, kommt jetzt die "Neue Linke" dran. *"Sie mußte die bundesdeutsche Wirklichkeit auf Begriffe ziehen, wenn sie dem Gesetz, unter dem sie angetreten, treu bleiben wollte"* Der Vorwurf, Realität in Begriffe zu fassen, ist wirklich fundamental: er macht jeder Wissenschaft den Garaus, was die Autorin allerdings nicht betreffen dürfte. Wie sah nun diese Begriffsbildung laut Seebacher-Brandt bei der Neuen Linken aus? *"Es galt, kapitalistische Gegenwart und faschistische Vergangenheit unter einen Blickwinkel zu zwingen. Den Faschismus-Vorwurf gegen 'die deutsche Bourgeoisie' zu erheben, deren 'Doppelmoral nach Auschwitz' zu entlarven und sich selbst im Widerstand zu wähnen, wurde zum akademischen Gesellschaftsspiel, das nicht nur Spiel blieb."* Durch die Anführungszeichen werden wir bereits darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung mit dem von Horkheimer und der Studentenbewegung thematisierten Verhältnis von Bürgertum und Nazis, von Kapitalismus und Faschismus nur ein *"beliebiger Umgang mit Faschismus und Antifa-*

schismus" war, der letztlich zum Terrorismus führte.

Ernst Nolte läßt grüßen

Man wird diesen Persilschein für die deutsche Bourgeoisie sowohl in der Leserschaft der "FAZ" als auch in der Redaktion zu schätzen wissen. Da weiß man es hinsichtlich des Verhältnisses von Bürgertum und Faschismus zwar besser, wenn man an die eigene Unterstützung für Pinochet und Duarte denkt, allerdings: es ist doch fein, wenn einem die Frau des Präsidenten der Sozialistischen Internationale die Unschuld attestiert. Aber es geht weiter und kommt noch dicker: *"Was wäre der Marxismus der Achtundsechziger gewesen ohne das faschistische Spiegelbild?"* Offensichtlich promoviert man nicht unbeschadet bei einem Ernst Nolte. Und inzwischen ist das, was im Historikerstreit noch einen Aufschrei ausgelöst hätte, salonfähig: die Gleichsetzung von Marxismus und Faschismus. Oder wie anders kann diese Metapher vom "Spiegelbild" gedeutet werden?

Damit ist der Gipfel der Seebacher-Brandtschen Argumentation in jeder Hinsicht erreicht. Der Rest fällt doch sehr ab, was aber auch am Gegenstand liegt, denn die folgende Auseinandersetzung mit den "Parodien" auf den Marxismus in den 70er Jahren - sei es bei den K-Gruppen oder bei den Jusos - lohnt ja kaum die Mühe. Zwar strömten magischerweise *"in jene Partei, die es ein Jahrzehnt lang - die Wähler dankten es ihr - ohne nennenswerten Marxismus ausgehalten"* hatte, nun neue Marxisten, aber die Juso-Schlachten der 70er Jahre, *"deren Inhalte auch Eingeweihten dunkel blieben"* markierten *"das letzte marxistische Gefecht auf deutschem Boden."* (Na, wenigstens können wir sagen, daß wir dabei gewesen sind.) Danach blieb nur noch der Marxismus *"hinter Mauer und Stacheldraht. ... Nun ist die DDR tatsächlich dahingegangen, und der Marxismus hat realiter nachgeholt, was idealiter längst*

geschehen war - er hat das Lebenslicht ausgehaucht." - Quod erat demonstrandum.

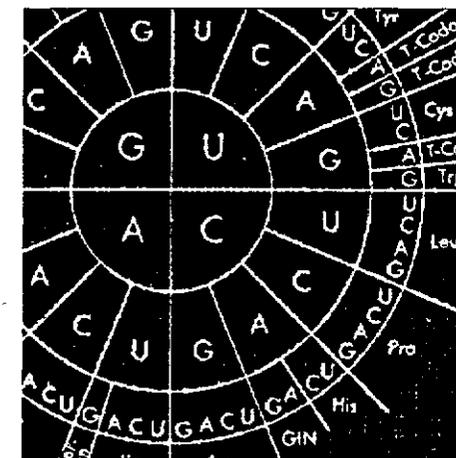
Aber auch das ist noch nicht genug. Kein Klischee und keine Phrase bleiben uns erspart. Der Schluß *"Das Paradies auf Erden hatte man schon vor Marx gesucht, und man wird es weiter suchen, auch nachdem Marx seinen zweiten Tod gestorben ist"* hat alles, was der "FAZ"-Leser verlangt: Die beruhigende Gewißheit, daß Marx tot und begraben ist und das erhebende Gefühl, daß es zwar sinnlos, aber dennoch schön sein kann, nach einem Paradies zu suchen, weil so eine Suche im Menschen halt angelegt ist, die hoffentlich folgen- und kostenlos bleibt und sich auf regnerische Sonntagnachmittage beschränkt, wenn der Verdauungsapparat philosophische Gedanken befördert.

Blieben wir auf dem Niveau des hier in Rede stehenden Artikels würde es wohl als Erwiderung reichen, auf das Sprichwort hinzuweisen, daß Totgesagte bekanntlich länger leben, und daß die seit hundert Jahren gehaltenen Grabreden auf den Marxismus ganze Bibliotheken füllen. Auch wäre die Bemerkung angebracht, daß die "FAZ" sich verdächtig viel Mühe mit einer Leiche macht. Aber all das wäre in der Tat zu einfach, denn daß der Marxismus durch die gesellschaftlichen Umbrüche im Westen wie durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme im Osten in die schwerste Krise seiner Geschichte geraten ist und dringend der Erneuerung und kritischen Weiterentwicklung bedarf, ist allzu einsichtig. Aber dabei können uns Marxtötereien wie die hier besprochene kaum nützen. Nützlich ist allerdings die Einsicht in die Denkfiguren einer Person, die sich anschiekt, die Parteihistorikerin der SPD zu werden. Vielleicht hätte sie doch lieber bei Ernst Nolte bleiben sollen.

Wolf-Michael Catenhusen, MdB,
Vorsitzender des Ausschusses für Forschung,
Technologie und Technikfolgenabschätzung

DAS GENTECHNIKGESETZ -

eine vertane Chance, die Glaubwürdigkeit des Parlaments im Umgang mit neuen Techniken zu stärken.



Noch im Januar 1987 hatten die Vertreter von SPD, CDU/CSU und FDP gemeinsam im Bericht der Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" die Forderung nach rechtsverbindlichen Vorschriften im Umgang mit der Gentechnik in Forschung, industrieller Anwendung und bei Freisetzungsexperimenten auf dem gegenwärtigen hohen Sicherheitsniveau erhoben. Die SPD hat an ihrem Ziel festgehalten, noch in dieser Legislaturperiode ein Gentechnikgesetz zu verabschieden. Es sollte allerdings drei Zielsetzungen gerecht werden:

1. Ein Gentechnikgesetz muß sich eindeutig am Ziel des Schutzes von Mensch und Umwelt vor möglichen Risiken und Gefahren der Gentechnologie orientieren.
2. Ein Gentechnikgesetz muß Rechtssicherheit für Wissenschaft, Industrie und Öffentlichkeit schaffen.
3. Ein Gentechnikgesetz muß Informations- und Beteiligungsrechte für die Öffentlichkeit herstellen.

Die vom Unterausschuß Gentechnikgesetz verabschiedete Fassung des Gentechnikgesetzes wird diesen drei Zielsetzungen nicht gerecht:

Es ist unakzeptabel, daß die Förderung der Gentechnik als Ziel ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen worden ist. Damit wird nach der Atomenergie die Gentechnik die zweite Technik, der vom Gesetzgeber pauschal das Prädikat "förderungswürdig" im Gesetz verliehen wird.

Dieser Schritt fördert eine undifferenzierte "Bejahung" der Gentechnik. Er trägt nicht zur Stärkung der Akzeptanz der Gentechnik in sinnvollen Anwendungsbereichen bei. Er ist vielmehr geeignet, die Schutzziele des Gesetzes zu relativieren, aufzuweichen.

Das Gesetz schreibt das heute bestehende Sicherheitsniveau für die Genforschung in der Bundesrepublik Deutschland nicht fest, sondern baut es eher ab. Pauschal und ohne sachliche Notwendigkeit wird für Forschungsvorhaben jeder Art in genehmigten Labors das heute gültige Genehmigungsverfahren durch ein Anmeldeverfahren ersetzt. Das Gesetz räumt sogar ausdrücklich die Möglichkeit ein, auch bei Freisetzungsvorhaben ein vereinfachtes Anmeldeverfahren einzuführen. Dies ist nicht einmal durch den vorliegenden Entwurf der EG-Richtlinien gedeckt.

Das Gesetz wird auch nicht zu mehr Rechtssicherheit beitragen. Durch die Zusammenfassung von Vorhaben und Anlagengenehmigung - bei denen es ja nicht nur um die Bewertung

gentechnischer Risiken geht - wird schon jetzt erkennbar, daß die im Gesetz vorgesehene Frist von maximal 90 Tagen bei der Genehmigung von Produktionsanlagen nicht einhaltbar sein wird.

Das Gesetz verstößt immer noch an mehreren Stellen gegen das zu erwartende EG-Recht. Die Koalitionsfraktionen haben sich an mehreren Stellen über vorgebrachte massive Bedenken des Bundesjustizministeriums hinweggesetzt. Es ist überaus bedauerlich, daß das Gentechnikgesetz nicht zur Verbesserung der Informations- und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit beiträgt. Die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit (ZKBS) soll nunmehr - man staune - der Öffentlichkeit jährlich über ihre Arbeit berichten. Der Vorschlag der SPD, nach amerikanischem Vorbild ein öffentlich zugängliches Register über Stellungnahmen der Zentralen Kommission für die Biologische Sicherheit unter Angabe von eventuellen Minderheitsvoten anzulegen, wurde rundweg abgelehnt. Die heute nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bestehenden Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit sind auf die Entschei-

dung über die Errichtung und den Betrieb von Produktionsanlagen der Sicherheitsstufen 2-4, offenkundig auf Druck der Industrie, zusammengestrichen worden.

Damit wird die Öffentlichkeit von Entscheidungen über die Bewertung biologischer Risiken im Umgang mit der Gentechnik bei einzelnen Vorhaben in der Industrie ausgeschlossen.

Das Gentechnikgesetz läßt im Gegensatz zu den Empfehlungen der Enquete-Kommission keine besondere Vorsicht im Umgang mit Freisetzungsexperimenten erkennen. Nicht einmal das stufenweise Vorgehen (Labor, Gewächshaus oder Mikrokosmos, Freilandversuch) ist im Gesetz ausdrücklich verankert worden. Bei unserem lückenhaften Kenntnisstand über ökologische Wechselwirkungen ist die Verankerung eines Anspruchs auf Genehmigung bei Freisetzungsexperimenten, wie ihn das Gesetz vorsieht, nicht zu verantworten.

Der Antrag der SPD, im Gesetz die Prinzipien der Rückholbarkeit und der Begrenzung der Ausbreitung eines Organismus als Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit eines Freisetzungsvorhabens zu verankern, fand leider keine Mehrheit.

Auch die nach dem Bundesimmissionschutzgesetz heute bestehenden Rechte der anerkannten Naturschutzverbände sind im Gentechnikgesetz unberücksichtigt geblieben.

Die Koalitionsfraktionen haben sich zwar bemüht, angesichts massiver öffentlicher Kritik auch Verstöße gegen die UN-Konvention zur Lagerung und Herstellung Biologischer Waffen als Grund für die Untersagung einer Genehmigung einer gentechnischen Anlage im Gesetz aufzunehmen.

Damit ist aber die Grauzone der Forschung an biologischen Waffen und der Aufbau eines eigenen gentechnischen Know Hows bei der Bundeswehr in keiner Weise erfaßt.

Das Gentechnikgesetz ist nicht innovativ in der Weiterentwicklung des Technikrechts. So ist der Bedeutung der Risiko- und Sicherheitsforschung angesichts des in vielen Bereichen vorläufigen und lückenhaften Wissens nicht Rechnung getragen worden. Die Koalition hat den Vorschlag der SPD abgelehnt, daß die Genehmigungsbehörde die Durchführung eines Freisetzungsexperiments an die Durchführung einer parallelen Risiko- und Sicherheitsstudie binden kann.

Auch die Einführung einer Haftungsgrenze im Gentechnikgesetz ist eine nur durch Rücksicht gegenüber der Industrie zu erklärende Änderung des ursprünglichen Gesetzentwurfs.

Das Gesetzgebungsverfahren selbst war eine Zumutung. Innerhalb von nicht ganz zwei Monaten hat der Antrag der SPD eingesetzte Unterausschuß Gentechnikgesetz in sieben Sitzungen drei verschiedene Fas-

sungen des Gentechnikgesetzes beraten müssen. Die Koalitionsfraktionen haben mit kräftiger Hilfe des Freistaates Bayern nach Kräften versucht, den katastrophalen, nach der öffentlichen Anhörung nicht mehr haltbaren Gesetzentwurf notdürftig zu flicken und das Stillehalten von Industrie, Wissenschaft und Bundesrat durch weitere Konzessionen zu sichern. Es ist zu befürchten, daß das mit der heißen Nadel gestrickte Gentechnikgesetz neue gerichtliche Auseinandersetzungen provozieren wird und daß das Gesetzgebungsverfahren denjenigen Nahrung gibt, die befürchten haben, daß das Gentechnikgesetz eher die Technik vor ihren Kritikern schützen soll. Das Verfahren und das Ergebnis der Beratungen eines Gentechnikgesetzes ist eine vertane Chance für die Stärkung der Glaubwürdigkeit des Parlaments im Umgang mit neuen Technologien. Wahltermine haben zu offenkundig Regie geführt. ■

Ingo Arend, Bonn

EUROPA OHNE ARMEEN

Entmilitarisierung bleibt der Hebel für eine neue Entwicklungsrichtung Europas

Herrschte knapp vor Jahresfrist noch weltweit Euphorie, daß der schon fast mit den Händen zu greifende Zerfall des Ost-West-Konfliktes die Überlast der Rüstungen endgültig hinwegschwemmen würde, macht sich heute eher Enttäuschung breit. Die Abrüstungsgespräche stagnieren, nicht zuletzt wegen der unklaren politischen Entwicklungen um ein zukünftiges Deutschland und in ganz Europa. Wir erleben eine Renationalisierung der Politik im europäischen Maßstab, die auch in der Sicherheitsfrage die Rückkehr zu den traditionellen, nämlich militärischen Lösungen vorbereitet. Im Gegensatz zu den Staaten Südosteuropas, die kräftige Budget-

kürzungen im Bereich Militär durchsetzten, wurde der höchste bundesdeutsche Militäretat seit Kriegsende beschlossen; Bundesverteidigungsminister Stoltenberg plädiert für eine gesamtdeutsche Armee. Unmerklich verschiebt sich die Stimmung und der schlitzohrigste aller Taktiker, der Bundesaußenminister, der noch vor Monaten als vehementester Vorkämpfer gegen eine NATO-Ausweitung auf das Gebiet der DDR auftrat, nimmt seine taktisch geschickt aufgebauten Vorbehalte Schritt um Schritt zurück und geht heute davon aus, daß "die Gründe, die für eine deutsche Zugehörigkeit zur NATO sprechen, an Gewicht gewinnen (werden), auch in

der Sowjetunion." (SZ vom 30.3.1990)

In einem Vortrag vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft verteidigte der Hardthöhenplaner Generalleutnant Hüttl ungebrochen das europäische Abschreckungsdispositiv und sah - trotz allerlei Defensivdeklaratorik - in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem "auf absehbare Zeit keinen Ersatz für die friedenserhaltende Rolle von Nuklearwaffen". Dem unter dem schwindenden Feindbild von Osten her leidenden Militär suchte er mit dem ominösen Satz: "Gerade in der Dritten Welt- und die beginnt bereits im Mittelmeerraum - wächst ein ganzes Bündel von sicherheitsrelevanten Entscheidungen heran" eine neue strategische Begründung zu liefern.

Auch der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, schwenkte auf die militärische Welle ein und plädierte für eine eigenständige europäische Armee. Damit traf er sich mit dem abrüstungspolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, der einen europäischen Abschreckungsverbund gerne einer "Europäischen Verteidigungsunion" unterstellen möchte. Bei einem Polen-Besuch setzte er noch einen drauf und warb für eine deutsch-polnische Brigade, als ob die deutsch-polnische Aussöhnung am besten mit den Kommißstiefeln zu bewerkstelligen sei.

Oskars Ideen passen nicht zu den SPD-Forderungen nach Entmilitarisierung und Denuklearisierung Europas. Stattdessen brauchen wir die Installation eines Systems politischer Friedenssicherung. Dies kann durch die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses in den Bereichen Politik, Ökonomie, Ökologie, Wissenschaft, Bildung und Kultur erreicht werden. Nur dieser Prozeß kann die Militärbündnisse überflüssig machen und muß schleunigst eingeleitet werden. Die Errichtung einer neuen Militäreinrichtung in Form einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" oder eines Systems kollektiver Sicherheit verläßt nicht die Bahnen

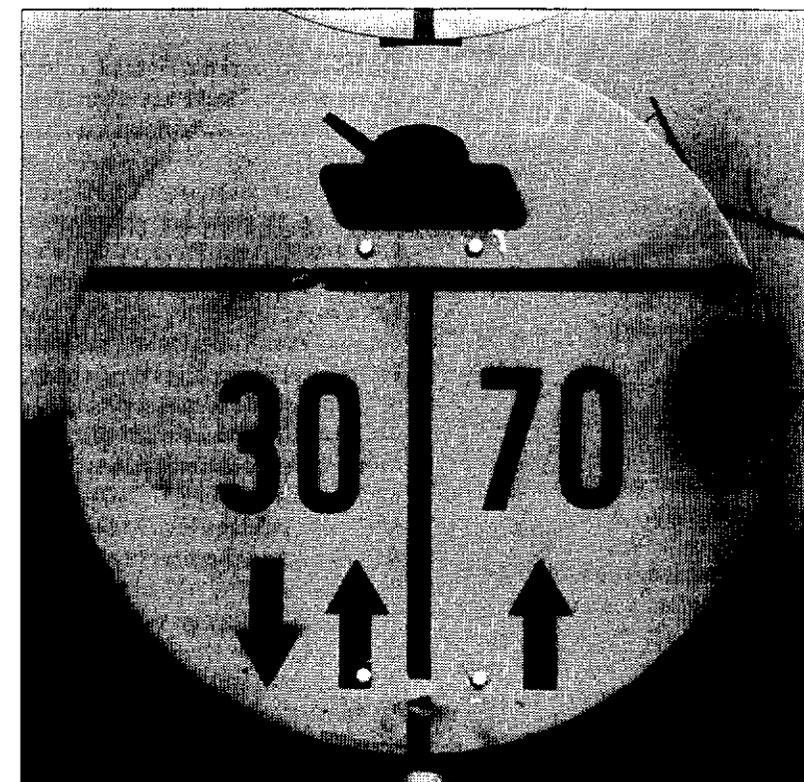
herkömmlicher Verteidigungspolitik. Eine EVG ohne Sowjetunion, USA und Kanada als Mitglied läuft zudem Gefahr, eine dritte Nuklearmacht unter deutscher Hegemonie zu werden.

Entmilitarisierung, also schrittweise Auflösung der militärischen Verbände muß stattdessen die politische Alternative sein. Notwendig ist eine sofortige, international kontrollierte Abschaffung von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee, beispielsweise in Form eines gemeinsamen Abrüstungs-Pilotprojektes von KSZE und UNO. Mit den unklaren Bekenntnissen zu europäischen Armeen und einer

NATO nimmt mehr Rücksicht auf eine sehr atomwaffenkritische SPD in der Regierung als auf eine weniger atomwaffenkritische SPD in der Opposition."

Deshalb muß auch in einer neuen deutschen Verfassung ein deutscher Atomverzicht und die Abschaffung der Wehrpflicht verankert werden. Damit könnten sie ihrer besonderen historischen Friedensverantwortung in Europa gerecht werden.

Zentraler Punkt der künftigen Auseinandersetzungen um die Entmilitarisierung wird es aber bleiben, keine Aufweichung des atomaren Abrüstungspostulats, das die Friedensbe-



vorübergehenden Duldung einer Minimalabschreckung begrenzt die SPD unnötig ihren Handlungsspielraum für eine Kampagne gegen die Fortschreibung des atomaren Abrüstungsgedankens, die allein eine Gewähr böte, die Weichenstellung für eine andere politische Entwicklungsrichtung Europas einzuleiten. Oder mit den Worten des SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer: "Auch die

wegungen erkämpft haben, zuzulassen. Konsequente Friedenspolitik wendet sich so auch gegen ein Erstarren der anachronistisch gewordenen Souveränität des bewaffneten Nationalstaates, der im Zeichen transnationaler Verflechtung und Bedrohung ausgedient hat.

Wann, wenn nicht jetzt, bestünde die Chance, mit dem Militarismus endgültig zu brechen? ■

Rolf Uesseler

TRÄNEN, WUT UND HERZINFARKT E

Nachtrag
zum PCI-Parteitag



Die kommunistische Partei Italiens (PCI) häutet sich. Auf ihrem 19. Parteitag konnte sich Achille Occhetto, der Sekretär der PCI, mit seinem Vorschlag durchsetzen, die eigene Partei in eine breitere, neu zuschaffende politische Formation der Linken zu überführen und dabei auch ihren Namen, ihre Symbolik und ihre Struktur in Frage zu stellen. 67 Prozent der Basiseinheiten bzw. Delegierten sammelten sich um den Vorschlag, während eine Minderheit um den früheren Sekretär Alessandro Natta, den Wortführer des linken Flügels Pietro Ingrao und den Führer der ehemaligen "manifesto"-Gruppe opponierte und einen Alternativvorschlag vorlegte.

Für die mehrheitlich befürwortete neue Formation soll nun eine "konstituierende Phase" eingeleitet werden, deren Inhalt gegenwärtig noch völlig offen ist. Wie es damit weitergeht, wird entscheidend von jenem Drittel der Partei abhängen, das sich Occhetos Initiative widersetzt. Den weiteren Weg gemeinsam zu gehen, "Einheit in der Unterschiedlichkeit" zu praktizieren, war Occhetos Lösung am Schluß des Parteitags, die auch allseits akzeptiert wurde. Dieser Kompromiß scheint von allen mit umso größerer Erleichterung aufgenommen worden zu sein, als die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate für viele geradezu traumatische Züge angenommen hatten,

betrachtete man doch zum erstenmal "Genossen" als innerparteiliche Gegner, gegen die man politische Schlachten zu gewinnen habe. Und so war auch die Atmosphäre des wohl turbulentesten Parteitags in der Geschichte der PCI durch Tränen, Wut, Beschimpfungen und selbst Herzinfarkte gekennzeichnet.

Doch was ist nun das Besondere und Erregende an Occhetos Vorschlag, eine "neue politische Formation" zu bilden? Und vor allem: Was waren die dahinter stehenden Überlegungen? Die in Konkurs gegangenen kommunistischen Parteien des vormals "realen Sozialismus" spielten für alle Komponenten der PCI nur eine geringe Rolle, da die gesamte Partei nicht erst seit gestern behauptet, daß jene die Ideale des Kommunismus und die Ideen des Sozialismus mit Füßen getreten haben. Dennoch ist das zeitliche Zusammenfallen des Vorschlags von Occhetto mit der Öffnung der Berliner Mauer insofern nicht zufällig, weil durch diesen Vorgang das unwiderrufliche Ende der in Jalta entworfenen Nachkriegsweltordnung signalisiert worden ist. So verstärkt dies die Hypothese der PCI, daß die sozialen, kulturellen und ökonomischen Konflikte der Zukunft nicht mehr zwischen "kapitalistischen" und "sozialistischen" Blöcken (diese Bezeichnungen wurden von der PCI schon auf dem 18. Parteitag als irreführend kritisiert) ausgetragen, sondern daß sie in einem neuen, bisher nicht bekannten Koordinatensystem stattfinden werden.

Dabei werden die ideologischen Kampfformeln wie "Freiheit und Markt" auf der einen und "Gleichheit

und Plan" auf der anderen Seite in den zukünftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen den realen Problemen Platz machen müssen. In den westlichen kapitalistischen Ländern wird daraus durchaus die Forderung nach mehr sozialer, kultureller und politischer Gleichheit in Verbindung mit mehr Partizipation erwachsen. Aber die Gewichte lassen sich - so Occhetto - nicht mehr zugunsten der arbeitenden Bevölkerung verschieben, solange die Linke einem ideologisch vorfabrizierten Modell "Sozialismus" folgt. Denn eine "sozialistische Demokratie" könne nur aus den bestehenden Gesellschaften heraus schrittweise aufgebaut werden und ihre konkreten Ausformungen seien in keiner Weise am grünen Tisch determinierbar. Eben dieses Modelldenken sei aber laut Occhetto in der PCI noch weit verbreitet, weshalb er jenen Bruch mit einer als "ideologisch" apostrophierten Vergangenheit vorschlägt, während die Minderheit im Namen der kommunistischen Ideale den Sozialismus als grundlegende gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus fortschreiben möchte.

Ein zweiter und aus innenpolitischer Sicht noch wichtigerer Grund spielt in Occhetos Überlegungen eine Rolle. Die heutigen, am weitesten entwickelten "Informationsgesellschaften" des Westens haben das soziale Gefüge derart zersplittert, daß es immer mehr aus kleinen Gruppierungen mit starken individuellen Komponenten besteht. Die alten Parteien der Linken, die diese Ausdifferenzierung und entsprechend akzentuierte Unterschiedlichkeit der gesellschaftlichen und politischen Subjek-

te mit Hilfe einer allumfassenden Ideologie vereinigen wollten, seien zum Scheitern verurteilt. Damit sich die unterschiedlichsten progressiven Bedürfnisse und Interessenlagen Gehör verschaffen könnten, seien auch die überkommenen Parteistrukturen der Linken weitgehend ungeeignet. Die Inhalte von Politik, die eine neue linke Massenpartei durch seine Exekutivorgane transportieren muß, könne nicht mehr wie bisher von zentral geleiteten Apparaten bestimmt sein, sondern müsse als ständige Aggregation unterschiedlichster Vorschläge gesellschaftlich realer Subjekte aufgefaßt werden. Aufgabe der internen Parteidiskussion müsse es daher sein, diese miteinander zum Nutzen aller zu vereinbaren.

Die neue politische Formation hätte insoweit einen völlig anderen Charakter als die herkömmliche PCI, als sie jenseits der Ideologie nur noch auf der Basis eines Grundsatzprogramms arbeitet, das übrigens in den nächsten Monaten entwickelt werden soll. Sie würde sich an viel weitere Kreise der Bevölkerung wenden. Zwar würde die Partei in ihrem Kern eine Partei der "arbeitenden Bevölkerung" bleiben, aber sie orientiert sich dann nicht mehr ausschließlich an einer horizontalen Spaltungslinie zwischen "wir hier unten" und den "Kapitalisten da oben". Sie würde sich beispielsweise auch gegen Arbeiter wenden, die an der Beibehaltung des status quo aufgrund bestimmter partikularer Interessen interessiert sind, während sie Unternehmer und Zwischenschichten einschließen könnte, die sich durchaus für eine "sozialistische Demokratie" gewinnen lassen.

ACHILLE OCCHETTO



Der Ausgang der Debatte über eine neue politische Formation ist offenkundig ungewiß. Sicher ist nur, daß die PCI mit dem Abschluß ihres 19. Parteitages in eine neue Phase ihrer Geschichte eingetreten ist. Viel wird davon abhängen, ob der Vorschlag der PCI insbesondere diejenigen politisch Interessierten in Italien anspricht, die sich immer weniger

mit den existierenden Parteien identifizieren können. Und viel wird auch davon abhängen, inwieweit die bisherige Opposition zum Vorschlag Occhetos konstruktive Arbeit leistet und sich jenseits eigener Aufspaltungen als Parteilinke formieren kann, die ihr Gewicht in die künftigen programmatischen Ausarbeitungen einbringt.

Florence Guesnet

PATRIOTISMUS VON LINKS?

Ich erhebe nicht den Anspruch, diese Lücke sofort zu schließen, möchte aber die Diskussion in einem der linken Flügel der sozialistischen Partei Frankreichs als Beitrag dazu darstellen. Ich beziehe mich dabei auf das Dokument "Socialisme et République" der gleichnamigen Parteiströmung, das dem PS-Parteitag im März als Plattform vorlag. "Socialisme et République" ist übrigens eine Art Nachfolgerin der CERES-Gruppe,

Kapitalisten noch die Medien die Geschichte machen, sondern in erster Linie die arbeitenden, produzierenden Menschen. Es geht ihr um die Herstellung eines Kollektivbewußtseins in einer demokratischen Republik. Hier knüpft die Argumentation an die Logik der französischen Revolution an: "Nation - das waren bisher allenfalls die Fürsten und der Adel; nun sollte es das Bürgertum werden. ... "Nation" - das war der liberal-revolutionäre Kampfbegriff einer innergesellschaftlichen Front, nicht eine ethnische oder politische Demarkationslinie nach außen. Nur das demokratische selbstbestimmte Gemeinwesen konnte das eigene, wirkliche Vaterland sein." (R. Merkel, Wahnbild Nation, in: Die Zeit, 9.3.90)

S & R geht es mit dem Begriff "Nation" ebensowenig um die Abgrenzung von etwas völkischem vom anderen, fremden. Für S & R bildet der Staat die Einheit demokratischer Rechte, die dem einzelnen Bürger zur Verfügung stehen. Die Bindung zwischen diesen Rechten und den einzelnen "citoyens" bildet die Bürgergemeinschaft ("la communauté des citoyens"). Wer sich in der Bundesrepublik um die Begründung eines neuen zivilgesellschaftlichen Projekts bemühen will und einen Weg zwischen Staatsfettersierung und modisch-linker Staatsfeindlichkeit nicht nur in ökonomischen Fragen gehen will, wird hier Anschauungsmaterial finden.

Da sich - so weiter in der Logik von S & R - der Staat in der Nation konstituiert, etabliert der Patriotismus die Identität des Bürgers mit diesem Staat. Bürgerrechte und Nationalität bilden eine Einheit. Praktisch folgen daraus für S & R die Forderungen nach einer systematischen und zügigen Einbürgerungspolitik für Immigranten zum Erwerb dieser Bürgerrechte sowie nach dem kommunalen Ausländerwahlrecht.

Über diese unmittelbar politischen Konsequenzen hinaus wäre es auch

die bis Anfang der 80er Jahre eine wichtige Rolle in der sozialistischen Eurolinken spielte und auch die Arbeit an den "Herforder Thesen" zur Arbeit von Marxisten in der SPD beeinflusste.

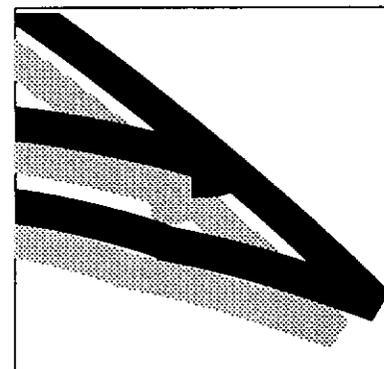
"Weil wir Sozialisten sind, sind wir Patrioten" - so einer der Sätze in dem Beitrag von S & R. Die Identifikation mit dem "Vaterland", dem Staat, und das heißt: der Republik, wird als Gegenpol zum Liberalismus verstanden. S & R charakterisiert den Liberalismus als eine Ideologie (und Politik), die anti-etatistisch ist und deren Werte auf dem individualisierten Individuum und der unkontrollierten "freien" Marktkonkurrenz basieren. Dies führt zu Siegerkult und völliger Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Dem wird ein "sozialistisches Nationalbewußtsein" mit dem Stolz auf die eigene Geschichte - Frankreich als Geburtsland der Menschenrechte - entgegengesetzt. S & R hält an der Überzeugung fest, daß weder die

Einer Generation anzugehören, die Berliner Mauer und zwei deutsche Staaten immer als zu lebende Konsequenzen des 2. Weltkriegs erfahren hat, bedeutete für mich auch, daß der Begriff "Nation" als politische Kategorie ungreifbar war und nichts mit Problemen, die mir dringlich zu lösen erschienen, zu tun hatte.

Dieses in der linken (Alt-)Jugend verbreitete Phänomen hat aber offenkundig mit zu einer mangelnden Fähigkeit des argumentativen Widerspruchs gegen den deutschnationalen Wahn, der seit dem 9. November um sich greift, geführt.

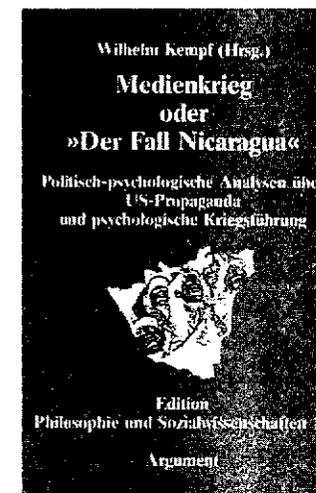
für die bundesrepublikanische Linke ein Gewinn, dem rechten nationalistischen Diskurs auf seinem ureigensten Feld, nämlich der Definition von



Gemeinschaft, der Ab- und Ausgrenzung, eine aufgeklärte Position entgegenzusetzen zu können. Einer bloß moralisierenden "Ausländerfreundlichkeit" könnte zB. eine antirassistische Ideologie und Politik weiterhelfen, die der Anforderung des britischen Sozialisten Stuart Hall gerecht wird, sich um die "Produktion und Reproduktion der gesellschaftlichen Identität" zu kümmern. "Mit Unterschieden leben" - also im wohlverstandenen Sinne multikulturell - bedeutet, so Hall, "fähig zu werden zu einer Gemeinschaft, die es nicht nötig hat, alle anderen zu vernichten, um sie selbst zu sein." (Stuart Hall, Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument 178/1989)

In den absehbaren Konflikten um die multikulturellen Identitäten der BRD-Gesellschaft, die sich im Zuge der deutschen Vereinigung wohl noch verschärfen werden, aber auch in der Diskussion um diese Vereinigung selbst, um einen "Verfassungspatriotismus" wider den "DM-Nationalismus" (Habermas), wird sich die Linke ein Stück weit auf "das nationale Terrain" vorwagen müssen. Jedenfalls sollte sie sich nicht damit begnügen, auf Stammtischparolen von rechts nur mit ewiggleichen Glaubenssätzen zu reagieren. Auf dem Gebiet der "Nation" ist auch in der Ideologie europäische Öffnung nötig. ■

Menschenrecht und Manipulation



Wilhelm Kempf (Hg.)
**Medienkrieg oder
»Der Fall Nicaragua«**
Politisch-psychologische Analysen über
US-Propaganda
und psychologische Kriegsführung

Fäktion
Philosophie und Sozialwissenschaften 16
Argument

Wilhelm Kempf (Hg.)
**Medienkrieg oder
»Der Fall Nicaragua«**
Politisch-psychologische
Analysen über US-Propaganda
und psychologische Kriegsführung

Zehn Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur ist Nicaragua noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Nicht nur während der Amtszeit Reagans, auch unter der Präsidentschaft des früheren CIA-Chefs Bush führen die USA einen erbitterten Krieg gegen das kleine Land in Mittelamerika.

Von den USA als Kampf gegen die Ausdehnung des »kommunistischen Einflusses« proklamiert, erweist sich der Krieg bei genauer Analyse vor allem als Kampf für das »Recht« der USA, die Welt gemäß ihren »nationalen Interessen« bestimmen zu können. Um diesen Anspruch zu legitimieren, gewinnen Propaganda und psy-

chologische Beeinflussung auch gegenüber der nordamerikanischen Öffentlichkeit und gegenüber den europäischen Verbündeten zunehmend an Dringlichkeit. Der von der US-Regierung so bezeichnete »Fall Nicaragua« wurde zur »größten moralischen Herausforderung der USA seit dem letzten Weltkrieg« erklärt.

In diesem Buch — herausgegeben von dem in Konstanz lehrenden Psychologen Wilhelm Kempf — wird erstmals der »Medienkrieg« unter politisch-psychologischen Gesichtspunkten analysiert. Der Band gliedert sich in drei Teile: »Krieg im Hinterhof« ist der Teil betitelt, der die politischen, ökonomischen und psychologischen Dimensionen auslotet; in »Emanzipation und Manipulation« wird die Frage der Menschenrechte von unterschiedlichen Richtungen her thematisiert. Der dritte Bereich — »Fiktion und Realität« — widmet sich der Informations- und Unterhaltungspolitik zum Thema Nicaragua in den westlichen Medien.

Aus dem Inhalt: J.W. Dejadillo, Angst und Krieg in Nicaragua. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; H. Riquelme, Psychokulturelle Auswirkungen des Staatsterrorismus in Südamerika; W. Kempf/U. Palmbach, Rambogate. Militaristische und antidemokratische Propaganda im Hollywood-Film.

EPS 16, 219 S., DM 28,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument



**"Das Ganze
ist das
Unwahre"**

**T.W.
Adorno**

Die bundesdeutsche Linke oder das, was in den Herbststürmen davon übrig geblieben ist, hat für ihre unerwiderte Sehnsucht nach Aussöhnung und dem Aufgehen in dem umfassenden Allgemeinen einen neuen Begriff gefunden. Nachdem man sich vor kurzem noch berufen fühlte, die gesamte Gattung mit Hilfe einer allumgreifenden "Vernunft" zu retten, versucht man nun, mit "Ganzheitlichkeit" den Schulteranschlag mit dem esoterischen Zeitgeist zu schaffen. Vor allem die JungsozialistInnen scheinen ohne dieses neue Modewort keinen Seelenfrieden mehr zu finden.

In der Hitparade der beliebtesten Worte, mit deren Hilfe Strategiepapiere, Anträge und sonstige Verlautbarungen zur Lage der Nation und der Welt im allgemeinen von den linken TheorieproduzentInnen - oder was sich dafür hält - zeitgemäß gestylt werden, hat sich die "Ganzheitlichkeit" still und heimlich nach oben geschoben. Angefangen von "ganzheitlichen" Politikansätzen allerorten, über "ganzheitliche" Arbeitsorganisation bis hin zur Persönlichkeit, die sich "ganzheitlich" in alles und jedes einbringen muß, kann man sich, wo man auch hinblickt, vor "ganzheitlichen" Problemkonstellationen, die natürlich nur "ganzheitlich" gelöst werden können, nicht mehr retten. Die für

einige scheinbar völlig neue Erkenntnis, daß alles "irgendwie" mit allem zusammenhängt, hat dem idealistischen Holismus eine Renaissance in der linken Theorieproduktion beschert, die befürchten läßt, daß die 90er wirklich zum "Sinnjahrzehnt" verkommen.

Vielleicht sollte man dies aber auch gar nicht so ernst nehmen. Ist doch auch der Begriff der "Ganzheitlichkeit" zunächst einmal nichts anderes als all die anderen Begriffe der Linken, die kommen und gehen, und deren Zweck vornehmlich in der Unterscheidung zwischen Freund und Feind, Initiierterem und Outlaw liegt. So wie man eben eine Zeitlang in dem Verband der Jung-Sozialistinnen und Jung-Sozialisten von "Kampagne" sprechen mußte, wenn man "dazu" gehören wollte, Monate später sich aber durch die Benutzung des Begriffs verdächtigt machte, weil die "Projektorientierung" gerade "in" war (die übrigens auch wieder absolut "out" ist, wie mir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zugetragen wurde; also aufgepaßt!). Vor allem die adjektivische Verwendung solcher Codewords erfreut sich großer Beliebtheit, weil sie erlaubt, einen Begriff metastasenartig in einem Papier wuchern zu lassen. Dies geschieht neben unserem "ganzheitlich" z. B. auch seit einiger Zeit mit dem unschuldigen Wörtchen "modern". Ultrahippe Sprachkunst in diesem Zusammenhang: "Projekt moderner Sozialismus". Wenn man sowas liest, könnte man glatt zum Anhänger der Postmoderne werden. Da es genug Menschen gibt, die ein Quantum ihrer Lebenszeit damit verbringen, solche Moden zu kreieren und es dann auch nicht lassen können, diese "inhaltlich" zu begründen, braucht man sich keine Sorgen darüber zu machen, daß es an solchen Innovationen einmal mangelt. Glücklicherweise kann man sich auch meist der Anstrengung enthalten, sich mit diesen Theoriedressings zu beschäftigen, da hinter den Trendwörtern doch nur eine geistige Leerstelle zu finden ist. Vornehmer ausgedrückt im Polit-Slang: "Der Begriff muß erst noch 'inhaltlich' ausgefüllt werden"; ein Vorhaben,

Von der Ganzheitlichkeit der linken Seele

Rainer Bäcker

welches dann auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird.

So wäre es ja mit der "Ganzheitlichkeit" auch alles nicht so schlimm, würde sich nicht der Verdacht aufdrängen, daß sich in diesem Begriff doch mehr vom linken Seelenzustand verdichtet, als einem lieb sein kann. Was also ist das für ein Bedürfnis, das viele von der "Ganzheitlichkeit" schwadronieren läßt?

Liegt in dieser Rede nicht eine Prothetik der linken Seele, die mit Ying und Yang, Sing und Sang, Eiern und Kuchen endlich Frieden mit sich und der Welt schließen will? Eine neue Lehre ist wie ein neues Leben:

Lassen wir es endlich mit den kleinlichen Differenzierungen, den anstrengenden Widersprüchen und den Paradoxen, in die man sich so

leicht verwickelt. Überwinden wir die Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit, mit und an der Linke früher in dieser Gesellschaft Politik gemacht haben, durch unsere "Ganzheitlichkeit". "Ganzheitliche" Zeiten erfordern Politik mit Kopf, Bauch, Arsch und Zehnägeln.

Wie herrlich entlastet die Rede von der ganzen "Ganzheitlichkeit" von der Anstrengung, sich differenziert mit etwas auseinanderzusetzen und sich mit Dialektik als Erkenntnismitel und Lebenshaltung abzumühen. Wie schön ist es, mit anderen "ganzheitlichen" Menschen sich "ganzheitlich" einzubringen in ein "ganzheitliches" Projekt - da wird ja die ganze Arbeit zum reinsten Vergnügen (diesen Dreh hatte die Unternehmerseite schnell heraus, als das Anspruchsniveau aufgrund der neuen Technologien für die Produzenten

erhöht werden mußte). Und die imaginierte "Ganzheitlichkeit" erlaubt es der linken Seele dann, sich wohl zu fühlen in unwohl Zuständen.

Was wohl vielen nicht bekannt zu sein scheint, ist, daß der Begriff "Ganzheitlichkeit" eine lange philosophische und psychologische Tradition besitzt. Ohne auf diese näher eingehen zu wollen, sei nur erwähnt, daß z.B. die deutsche Ganzheitspsychologie die psychologische Schule war, die in den 30er Jahren sich der nationalsozialistischen Ideologie angeglichen hat, und damit die konträre Position zur verfeimten und verfolgten Psychoanalyse bezog. Von Bedeutung für den hier interessierenden Zusammenhang könnte aber sein, daß in der psychologischen Typenlehre ein Idealtypus der "Ganzheitlichkeit" herausgestellt wird. Dieser Typus zeichnet sich u.a. durch Gefühlsnähe, Diffusität und in Abgrenzung zum gestalterfassenden Typus durch eine gewisse Kindlichkeit aus, da die diffuse Ganzheitlichkeit in der Entwicklung des Individuums am Beginn steht. Zu fragen ist also, ob die Inflation der "Ganzheitlichkeit" im linken Diskurs nicht auch ein Anzeichen zunehmender Infantilisierung ist, die nach dem Prinzip funktioniert, "in miesen Zeiten halten wir uns die Augen zu, dann sieht uns keiner, der uns was tun könnte, und pfeifen ein fröhliches Liedchen für den Seelenfrieden". Das hohe Lied der "Ganzheitlichkeit" sagt damit vielleicht mehr über den Seelenzustand der deutschen Linken aus, als daß es als begriffliches Instrumentarium etwas taugt. Auf jeden Fall sollte man aber als überzeugter "ganzheitlicher" Mensch davon ablassen, unbescholtene Mitmenschen mit der neuen Heilslehre zu behelligen. Denn mancher fühlt sich wohler in dem widersprüchlichen Prozeß, den Ernst Bloch so beschrieben hat: "Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst."



AUS DER LINKEN

Sandra Rewe

DIE PDS - EINE NEUE DEUTSCHE LINKSPARTEI?

1. Am Vorabend des 18. März erreichte der DDR-Wahlkampf auch West-Berlin. Im total überfüllten Audi-Max der TU Berlin brillierte der Star der PDS, Gregor Gysi. Zahlreiche Alt-'68er, Tunix-Veteranen, gescheiterte SEWler und Alternative waren nicht nur aus Neugierde gekommen. Der geschickt geführte Überlebenskampf der kommunistischen Partei, die Formen ihrer Erneuerung von der SED zur PDS, vor allem aber die Ankündigung Gysis, sich auch beim Kampf um Bundestagsmandate einmal einzumischen, ließen bei vielen noch einmal die Hoffnung auf die Erstehung der so lange herbeigewünschten demokratischen sozialistischen Partei aufkeimen. Ob ausgerechnet aus den Trümmern der bankrotten Staatspartei der DDR eine neue deutsche Linkspartei hervorgehen könnte, diese Frage

beschäftigt seit den Volkskammerwahlen nicht wenige Linke in der Bundesrepublik. Sie war dem "Spiegel" mehrere Seiten wert und avancierte flugs zu einem neuen Spaltungselement im Dauerstreit zwischen den Flügeln der Grünen. Wird nun der Anschluß der DDR die bundesdeutsche Parteienlandschaft grundlegend verändern? Entsteht nun mit der DSU eine neue Rechtspartei und mit der PDS eine ernst zunehmende Formation links von der SPD? Die bundesdeutsche Linke sollte genau hinsehen, bevor sie etwa hier zu voreiligen Schlußfolgerungen kommt.

2. Die Partei des demokratischen Sozialismus ist zunächst und vor allem erst einmal eine "DDR-Partei".

Sieht man einmal von den im Bündnis '90 zusammengeschlossenen Initiativen und Parteien ab, so ist sie gegenwärtig wohl die Partei, die am stärksten von der Geschichte und den gewachsenen Strukturen des zweiten deutschen Staates geprägt ist. Mehr noch: Vor allem in ihr sammeln sich die Kräfte, die von einer Vereinigung nichts Gutes erwarten. Zu einem Gutteil repräsentiert sie diejenigen, die der DDR Wesentliches erhalten und bewahren wollen. Gerade ihr im Wahlkampf gewonnenes Profil als die "DDR-Partei" machte sie bei jüngeren Wählern populär, ließ sie zum eigentlichen Widerlager der Anschließparteien der konservativen Allianz werden. Natürlich ist sie auch noch

Entsteht nun mit der DSU eine neue Rechtspartei und mit der PDS eine ernst zunehmende Formation links von der SPD?

Kräfte links von der SPD sind in den letzten vierzig Jahren von den spezifischen politischen Bedingungen der Bundesrepublik geprägt worden. Es kommt ein weiteres Moment hinzu: CDU, SPD und Liberale leben in der DDR zwischenzeitlich von einer aus dem Westen geborgten Identität. Ungeachtet ihrer noch lebendigen Vergangenheit als Blockparteien - wie bei CDU und LDP -, ungeachtet ihrer Entstehungsgeschichte aus der DDR-Opposition heraus - wie bei der SPD - standen sie in Wahrheit nur für die großen Lager der Bundespolitik. "Die jahrzehntelang schweigende Mehrheit der Menschen realisiert seit langem getroffene politische Richtungsentscheidungen, die man Wahlverwandtschaften nennen könnte". In Richtung Westen gibt es dieses Gefälle nicht. Abgesehen von einigen heimatlosen Linken wartet hier niemand auf die PDS. Die Partei hätte hier bei fast Null anzufangen.

3. Mit dem Übergang von der SED zur PDS sollte zugleich eine neue Partei entstehen. Zu ihrem neuen Parteinamen hat sie sich ausgerechnet einen Kampfbegriff der Sozialdemokratie erwählt.

Mit dem Übergang von der SED zur PDS sollte zugleich eine neue Partei entstehen. Zu ihrem neuen Parteinamen hat sie sich ausgerechnet einen Kampfbegriff der Sozialdemokratie erwählt.

Partei der alten Eliten des Staatsapparates, der noch existenten Sicherheitsbehörden. Doch diese "Eliten" werden keine beständigen Gäste an Bord der PDS sein. Die Niederlage der Linken bei den Volkskammerwahlen hat gerade in diesen Kreisen zu erstaunlichen Wendemanövern geführt. Schon heute gehören nicht wenige dieser ehemaligen Kader zur sozialen Basis von CDU und sogar DSU.

Die bundesdeutsche Linke hat zu Recht den Einmarsch westlicher Politprominenz in die DDR und die Übertragung unserer politischen Schnittmuster auf die Verhältnisse drüben kritisiert. Was in Richtung Osten gilt, gilt auch umgekehrt. Die Übertragung von in der DDR gewachsenen politischen Strukturen in die Bundesrepublik ist mindestens ebenso problematisch, denn auch die

mus heranwagen, so würde sie einem wahren Gebirge gegenüberstehen. Sektierertum und Putschismus in der Gründungsphase der KPD, Sozialfaschismustheorie, die Partei neuen Typs, die SAP-Kampagne, die Haltung zu den Ereignissen in Ungarn 1956 und in der CSSR 1968 sind nur wenige Stichwörter. An vielem konnte und wollte man offensichtlich noch nicht rühren. So ist auch noch nicht erkennbar, ob man sich von der leninistischen Parteitheorie verabschiedet und ob überhaupt beabsichtigt ist, die kommunistische Traditionslinie fortzuführen. Die PDS vermeidet gegenwärtig eine Festlegung auf eine Strömung und begreift sich wohl eher als sozialistische, die alten Gräben überwindende Partei. Darauf deutet jedenfalls die um Bernstein, Kautsky, aber auch Gramsci erweiterte Ahnengalerie hin. Gysi beschrieb die

Position der Partei so: "Die PDS leitet ihr politisches Selbstverständnis aus den Strömungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, aus den revolutionären und demokratischen Traditionen des Volkes und aus dem Antifaschismus ab. Sie beschränkt sich also nicht auf das Erbe nur einer Strömung der Arbeiterbewegung".

Nun verstand sich auch die SED in ihren ersten Jahren als eine die alten Gräben überwindende Partei. Bezeichnete sie sich doch damals als marxistische und nicht als marxistisch-leninistische Partei, besaß einen Parteivorstand und kein Politbüro, hatte zwei Vorsitzende und keinen Generalsekretär. Das Parteiprogramm fußte auf dem Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie. Die Ansätze dieser ersten Jahre sind aber schnell und gründlich liquidiert worden. Ein unmittelbares Anknüpfen an diese kaum je reale Tradition müßte heute als Wiederauflage des alten Täuschungsmanövers gewertet werden und würde zugleich unguete Gefühle unter den Sozialdemokraten wecken.

Die PDS steht mithin heute erst am Anfang der Aufarbeitung ihrer Geschichte, ihre Standortsuche kann wohl kaum als abgeschlossen gelten. 4. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat in Osteuropa zu einer rigorosen Veränderung der politischen Landschaft geführt. Die kommunistischen Parteien Ungarns und Polens verstehen sich inzwischen als sozialdemokratische. Nicht auszuschließen, daß auch die KPDSU in ihrer Mehrheit diesen Weg geht. Angesichts des Verschwindens einer realen Alternative zum Kapitalismus ist diese Entwicklung auch nur konsequent. Die Reste der radikalen Linken gruppieren sich in einer defensiven Situation um die Sozialdemokratie, der einzig noch verbliebenen international handlungsfähigen Kraft der Arbeiterbewegung. Im Westen vollzieht mit der KPI die einzige kommunistische Partei mit Massenbasis ebenfalls diesen Schritt. Dieser sich international vollziehen-

de Prozeß macht auch um die Kommunisten in der DDR keinen Umweg. Doch anders als in Polen und in Ungarn, wo die Sozialdemokratie diese Veränderungen heftig begrüßt, stand man etwa der Umbenennung der SED in den schönen sozialdemokratischen Namen kühl und feindlich gegenüber. Auch ihr Antrag, bei der SI als Beobachter zugelassen zu werden, wird wohl abschlägig beschieden. Die Verhältnisse in Deutschland sind eben nicht so. Spätestens mit der Entscheidung, die SDP als Schwesterorganisation anzuerkennen, hat die Bundespartei klargestellt, daß sie auf eine Neugründung und nicht etwa auf die Spaltung der SED setzt. "Mit der Konsolidierung der SPD in der DDR ist zugleich verdeutlicht, daß alle Ansätze zu einer Erneuerung der

PDS in eine sozialdemokratische Richtung blockiert sind". Dies ist wohl wahr und vorerst auch nicht änderbar. Zu lebendig sind eben noch die Erinnerungen an ein gerade erst

abgetretenes System, unter dem nicht zuletzt Sozialdemokraten gelitten haben. Zu schnell verläuft auch der Vereinigungsprozeß, der schon morgen jede Partei chancenlos läßt, die nicht schon heute in beiden Teilen Deutschlands präsent ist.

5. Überlebt demnach die historische Spaltung der Arbeiterbewegung auch noch die territoriale Spaltung Deutschlands? Kommt es auch in der Bundesrepublik zu einer weiteren Runde Kommunisten gegen Sozialdemokraten?

Für eine Ausdehnung der PDS stehen die Sterne nicht günstig. Eine Verbindung mit den Grünen erscheint undenkbar. Zu gravierend sind die Unterschiede in Politikverständnis und politischen Zielen. Ein Zusammengehen hingegen mit den Ökosozialisten und den radikalen Linken würde die PDS in das sektiererische

Abseits manövrieren, denn der einzige gemeinsame Nenner dieser zersplitterten Gruppen ist ihr Antisozialdemokratismus.

Bleibt schließlich mittelfristig doch nur die Öffnung des Weges einer Erneuerung in eine sozialdemokratische Richtung? Ob dies möglich ist, hängt natürlich vor allem von der SPD selbst ab. Im Verhältnis zur PDS sollte sie deren Sozialdemokratisierungstendenzen nicht als plumpen Trick oder Diebstahl denunzieren, sondern als ungebrochene Anziehungskraft sozialdemokratischer Werte begrüßen. Die Existenz der PDS sollte als Ausdruck der noch länger andauernden besonderen Situation in der DDR bzw. dann auch in der ehemaligen DDR gewertet werden. Ob durch ein solches Herange-

hen die PDS auf Dauer als Partei nicht überflüssig wird oder ob es zwei unterschiedliche, aber nicht gegensätzliche Parteien geben kann, die ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung und ihre Perspektive in einer europäischen demokratischen Linken haben, muß sich dann zeigen.

Die sich daraus ergebenden neuen Bündnismöglichkeiten werden aber nur genutzt werden können, wenn in der SPD eine starke Linke unter Einschluß marxistischer Kräfte existiert.

Überlebt demnach die historische Spaltung der Arbeiterbewegung auch noch die territoriale Spaltung Deutschlands? Kommt es auch in der Bundesrepublik zu einer weiteren Runde Kommunisten gegen Sozialdemokraten?

1 Herbert Kremp in: Die Welt, 04.03.1990

2 Gregor Gysi, Das Wahlprogramm der PDS für die Volkskammerwahlen und die Aufgaben der Partei im Wahlkampf, in: Wahlparteiabend der PDS, Berlin 1990, S. 8

3 Vgl. z.B.: Michael Schumann, Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System, Referat "Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED" in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Berlin 1990, S. 41 ff.

4 Gregor Gysi, a.a.O., S. 52 f.

5 Sozialismus 2/90, S. 9



Thomas Rausch SUCHE NACH DER PERSPEKTIVE

Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen

Das Ende der Geschichte ist noch nicht erreicht - darüber bestand Konsens auf dem Bundestreffen der Mittelamerika-Solidaritätsgruppen vom 16.-18. März in Köln - trotz des Wahlschocks von Nicaragua. Das zeigte nicht zuletzt die ungewöhnlich große Beteiligung. Niemand hatte mit diesem Wahlausgang gerechnet, erstaunt war aber auch keiner; die Analysen aus dem von Contra und US-Wirtschaftskrieg erschütterten Land waren bekannt. Ziemlich neu im gewohnten Szenario: der politische Umbruch in Osteuropa, die Schwäche der Sowjetunion - und damit verbunden kleinere Spielräu-

me für die internationalen Befreiungsbewegungen, politisch wie ökonomisch. So kamen beispielsweise aus der DDR bislang Kredite in Höhe von 50 Mio. US-\$ jährlich nach Nicaragua, darüber hinaus eine große Menge an Hilfs- und Handelsgütern - die DDR war das Land mit dem zweitgrößten Hilfsvolumen für Nicaragua. Anknüpfungspunkte für fortschrittliche Politik gibt es dennoch: "Die Sandinisten besitzen die Macht, das Land unregierbar zu machen, von daher wird die UNO Kompromisse eingehen müssen, will sie eine gewisse Stabilität im Land garantieren", formuliert eine Erklärung des Bundestreffens. Die FSLN und die revolutionären Volksorganisationen sollen künftig alleiniger Partner der Solidaritätsarbeit sein, Partner auch für eine "Perspektivdiskussion revolutionärer Entwicklung in Mittelamerika und antiimperialistischer Arbeit hier". Mit der UNO-Regierung soll jede Zusammenarbeit vermieden werden. Wie das im einzelnen aussieht? wie mit bestehenden Städtepartnerschaften unter UNO-Bürgermeistern umge-

gangen werden soll? wie Projekte mit der Regierung in eine andere Trägerschaft überführt werden sollen? - dafür gab es keine konkreten Antworten. Verstärkte Unterstützung der Sandinisten also und Perspektivdiskussion, breitere Auseinandersetzung mit einem vom Imperialismus dominierten internationalen Kräfteverhältnis, so die Message. Und kurzfristig: eine Kampagne - zur sofortigen Auflösung der Contra-Verbände. Die diversen linken Standpunkte, wie eine solche Kampagne zu führen ist, flossen in die Formulierung, die "vielfältigen zentralen und dezentralen Aktivitäten" der Solidaritätsgruppen würden dafür genutzt, ein gemeinsames Projekt bei einer Pluralität linker Ansätze?

Zu guter Letzt verabschiedete das Bundestreffen einen Minimalkonsens zum Thema Cuba: Seine Rolle für eine revolutionäre Perspektive in Mittelamerika müsse in den Gruppen diskutiert werden. Auf ein Agieren konnten sich die Anwesenden in dieser erneut sehr brisanten Frage nicht verständigen.



Ulrich Wolf, Hannover

FORTSCHRITT '90?

Tagung des Frankfurter Kreises in Oer-Erkenschwick

Vom 16. - 18. März fand in Oer-Erkenschwick die Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises statt.

Im Mittelpunkt der Beratungen sollte das zukünftige sozialdemokratische Regierungsprogramm stehen.

Im Kern mußte es also darum gehen, die von der Arbeitsgruppe Fortschritt '90 vorgelegten Positionen kritisch zu überprüfen und, wo notwendig, programmatische Alternativen der Parteilinken für eine ökologische und soziale Reformpolitik in den 90er Jahren aufzuzeigen. Als Maßstab für dieses Vorhaben bot sich das unlängst verabschiedete neue SPD-Grundsatzprogramm an, in dem die Parteilinke ja durchaus einige Akzente setzen

konnte. Auf der anderen Seite war von vornherein klar, daß die dramatischen gesellschaftspolitischen Umwälzungen in der DDR mit ihren komplizierten Auswirkungen sowohl auf die deutsch-deutsche als auch die internationale Politik ins politische Kalkül einbezogen werden mußten. Das galt insbesondere für die Bereiche der Sozial-, Finanz- sowie der Friedens- und Abrüstungspolitik.

Oskar und die Sozialpolitik

Obwohl nicht physisch präsent, dominierte der designierte Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine doch über weite Strecken die Diskussion.

Der von Lafontaine in der Fortschritt

'90-Kommission durchgesetzte Verzicht auf die Forderung nach einer umfassenden sozialen Grundsicherung sowie das Umschwenken auf die versicherungsrechtliche Lösung des Pflegeproblems sind gleichbedeutend mit einem "Einfrieren" der Sozialpolitik und gehen an die Substanz sozialdemokratischer Programmatik. Aus der Sicht der Parteilinken ist dies sicherlich unakzeptabel; entsprechend heftig war die von Henning Scherf u.a. formulierte Kritik. Auf der anderen Seite kann aber alle noch so berechnete Kritik nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die sozialpolitischen Verteilungsspielräume aufgrund der neuen deutsch-deutschen Situation sehr eng geworden sind. So gesehen ist die von Horst

Peter in der Abschlußdiskussion vorgegebene Kompromißlinie in der sozialen Grundsicherung (Grundsicherung nur bei Invalidität und Alter, nicht bei Arbeitslosigkeit) natürlich unbefriedigend; bei realistischer Sicht der Dinge wird aber für die Parteilinke *kurzfristig* kaum mehr durchsetzbar sein. In der Sozialpolitik wird der anstehende "Lastenausgleich" mit der DDR das beherrschende Thema der innenpolitischen Auseinandersetzung sein. Die SPD-Linken steht hier vor der Aufgabe, möglichst rasch ein sozialorientiertes steuer- und finanzpolitisches Konzept zu erarbeiten, um in den zu erwartenden Verteilungskämpfen nicht vollkommen an den Rand gedrängt zu werden.

Ökologische Globalkrise und sozialdemokratische Reformpolitik

Ohne Zweifel weist das Fortschritt '90-Programm einige begrüßenswerte Ansätze im Sinne des dringend notwendigen "ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft" auf. Gleichwohl wird man sich an der Einsicht nicht vorbeimogeln dürfen, daß gerade in diesem Handlungsfeld die Diskrepanz zwischen den Handlungsnotwendigkeiten und den durch F '90 aufgezeigten (tatsächlichen oder vermeintlichen) Spielräumen sozialdemokratischer Reformpolitik am dramatischsten ist.

Das Referat von Michael Müller (SPD-Mitglied in der Enquetekommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre") machte dies in bedrückender Weise deutlich. Seine mit einer Fülle von Fakten und Prognosen gestützten Kernaussagen sind zwar nicht neu, aber dennoch wichtig genug, um sie hier noch einmal wiederzugeben:

- In der ökologischen Globalkrise offenbart sich ein zunehmendes Defizit an Gesamtrationalität, das auf dem Widerspruch zwischen der durch den kapitalistischen Industrialisierungsprozeß in letzter

Instanz verursachten wachsenden Geschwindigkeit und Komplexität ökologischer Zerstörungen und den defizitären politisch-ökologischen Steuerungspotentialen im globalen Maßstab beruht.

- Da diese ökologischen Zerstörungen z.T. irreversibel - und Naturprozesse entgegen dem in der Politik immer noch vorherrschenden linear-deterministischen Weltbild nicht in allen ihren Wechselwirkungen prognostizierbar - sind, sehen wir uns mit der Frage konfrontiert, ob nicht heute bereits die "kritische Grenze" der ökologischen Belastbarkeit der Erde teilweise überschritten ist.

- Die ökologische Globalkrise ist unauflöslich mit den ökonomisch-sozialen Problemen der Unterentwicklung und Verelendung in der 3. Welt und damit dem Verteilungskonflikt zwischen kapitalistischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern verknüpft. Während einerseits die ökonomische Entwicklung der 3. Welt-Länder durch die Verschuldung und sich ständig verschlechternden Terms of Trade blockiert wird, verbrauchen andererseits knapp 25% der Weltbevölkerung in den entwickelten Industriestaaten 75% der Energie. Bei einem in den nächsten 30 Jahren prognostizierten Bevölkerungswachstum von heute 5,2 auf 8,5 Mrd., das fast ausschließlich auf die Entwicklungsländer fallen wird, kristallisiert sich die Energiefrage als der zentrale Verteilungskonflikt der Zukunft heraus.

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der fortschreitenden Zerstörung der Erdatmosphäre erscheint am Horizont die Alternative des 21. Jahrhunderts: Entweder radikaler ökologischer Umbau der entwickelten Industriegesellschaften des Nordens und globale Umverteilung von Ressourcen mit dem Ziel einer "dauerhaft tragfähigen Entwicklung"

der 3. Welt; oder aber Hineintreiben in den ökologischen Kollaps mit der möglicherweise letzten Konsequenz einer "Öko-Diktatur" über die unterentwickelten Länder des Südens.

Hineintreiben in den ökologischen Kollaps mit der möglicherweise letzten Konsequenz einer "Öko-Diktatur" über die unterentwickelten Länder des Südens ?

Da der Schlüssel für ein Umsteuern der globalen Entwicklungstrends allein in den ökonomischen, technologischen und strategischen Potentialen der führenden kapitalistischen Industriestaaten liegt, sind einschneidende Veränderungen sowohl auf internationaler Ebene als auch im nationalen Maßstab bereits in den 90er Jahren dieses Jahrhunderts dringend erforderlich. International geht es dabei um die Durchsetzung einer Politik der Umverteilung und der Strukturveränderungen im Sinne einer sozialen und ökologischen "Weltinnenpolitik" (Müller). Voraussetzung dafür ist die Umdefinition der Logik supranationaler Institutionen: an die Stelle der "Bretton-Woods-Institutionen" (IWF, Weltbank) mit ihrer Orientierung an der ökonomischen Scheinrationalität des kapitalistischen Weltmarkts müssen politische Institutionen mit der Fähigkeit zur Durchsetzung von verbindlichen Normen und Zielvorstellungen für die internationale Staatengemeinschaft treten. Wie ein ökologisches Reformprogramm angesichts des gigantischen Umbaubedarfs im Verkehrswesen, in der Automobilindustrie und schließlich der (in F 90 vollkommen igno-

rierten) Chemieindustrie ohne eine aktive Industrie- und Strukturpolitik sowie ein darauf abgestimmtes Programm öffentlicher Investitionen bewerkstelligt werden soll, das mögen die Götter und/oder Lafontaine wissen. Die auf der Tagung des Frankfurter Kreises beschlossene Initiative für eine "ökologische Strukturpolitik" ist im Hinblick auf das sozialdemokratische Regierungsprogramm dringend notwendig, reicht jedoch nicht aus.

Historische Chance für Blocküberwindung und Entmilitarisierung nutzen

Die unterschiedlichen Vorstellungen in der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Debatte der Partei machte das Referat Karsten Voigts zu den "Perspektiven der deutsch-deutschen Entwicklung" deutlich. Die von ihm skizzierte "Übergangslösung" für den Einstieg in ein europäisches Sicherheitssystem beruht auf dem Grundgedanken einer NATO-Mitgliedschaft des zukünftigen deutschen Gesamtstaates bei gleichzeitigem Verzicht auf die volle militärische Integration des heutigen Gebiets der DDR. Die Verwandtschaft dieser Konzeption mit dem Genscher-Plan ist offenkundig. Eindeutiger Konsens herrschte in der Debatte darüber, daß auch unter der Bedingung geteilter Sicherheitszonen eine NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands unakzeptabel ist. Die prinzipielle Alternative dazu ist die auch von der Fortschritt '90-Kommission vertretene Position, daß ein zukünftiger deutscher Gesamtstaat von vornherein in ein europäisches Sicherheitssystem eingebunden sein muß. Halbierung der Truppenstärke der Bundeswehr, Abzug aller atomaren und chemischen Waffen von deutschem Boden sowie vollkommene Revision der bisherigen NATO-Militärstrategie (Vorneverteidigung, flexible response, Ersteinsatz von Atomwaffen) sind darüber hinaus Voraussetzungen für eine konsequente Politik der Blocküberwindung und

Abrüstung, die innerhalb der SPD weitgehend unstrittig sein dürften.

Parteilinke im Umbruch

Eine Gesamtbewertung des Verlaufs und der Ergebnisse der Tagung muß natürlich die durch die deutsch-deutsche Entwicklung maßgeblich geprägte politische "Großwetterlage" in Rechnung stellen. Einerseits ist dies auf die z.T. vollkommen unklare deutsch-deutsche Konstellation angesichts der kommenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zurückzuführen. Auf der anderen Seite war jedoch auch ein gewisses Harmoniebedürfnis in Bezug auf den Kanzlerkandidaten der Partei unverkennbar. So richtig es ist, daß die Linke die Bundestagswahlen nicht in einer Fundamentalkonfrontation mit Oskar Lafontaine gewinnen kann, und so groß die Übereinstimmung in den Grundfragen der Abrüstungs- und Friedenspolitik auch sein mag, so wenig dürfen die vergangenen Konflikte in der Frage der Arbeits- und der Wirtschaftspolitik vergessen werden.

So richtig es ist, daß die Linke die Bundestagswahlen nicht in einer Fundamentalkonfrontation mit Oskar Lafontaine gewinnen kann, so wenig dürfen die vergangenen Konflikte in der Frage der Arbeits- und der Wirtschaftspolitik vergessen werden.

Spätestens eine Lafontaine-geführte Bundesregierung wird die im Augenblick an den Rand gedrängte Kontroverse darüber, ob die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft mit einem marktkonformen Sozialliberalismus gelöst werden können, wieder aufleben lassen.

Ralf Schmitz

Strategie-Kongress der DKP-Erneuerer

Linke Alternativen zur Deutschlandpolitik, so daß Motto des Kongresses, wollten sie erarbeiten; rund 1000 Menschen aus beiden Teilen Deutschlands trafen sich vom 30. März bis 1. April in Köln:

aus Deutschland-West vor allem DKP-Erneuerer sowie einige versprengte Grüne, VSPIer und Demokratische Sozialisten, aus Deutschland-Ost PDSler, KPDler, Vereinigte Linke, Nelken und Neues Forum. Eingeladen zu dem Strategiekongress hatte die aus der DKP hervorgegangene "Erneuerungsströmung"

Was einte nun den dort zusammengekommenen Klub so heterogener politischer Kräfte? Allen gemeinsam war offenbar das Bedürfnis, nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus ("des einzigen, den es gab", so Steffen Lehndorff) und nach dem Zusammenbruch der darauf beruhenden Sozialismus-Konzeptionen, sich des Sozialismus als weiterhin gültigem Projekt und Identifikationspunkt der linken Persönlichkeit zu vergewissern.

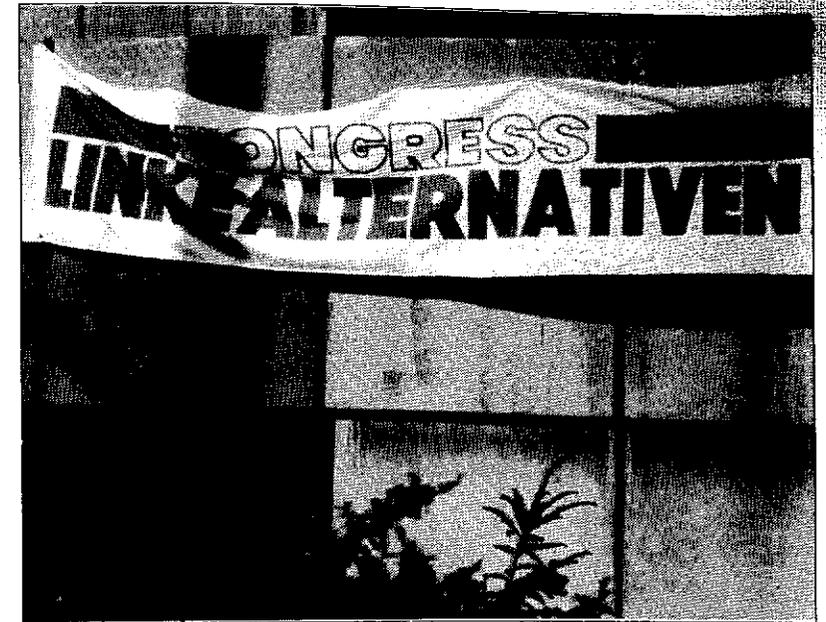
"Linke Alternativen zur Deutschlandpolitik ..."

Nach dem Wahlerfolg des bürgerlichen Blocks in der DDR stand erst einmal die Frage auf der Tagesordnung, wie denn nun gegen die Restauration des Kapitalismus in der DDR und der deutschen Großmachtposition in Europa nach der Vereinigung gegen die Dynamik dieses Prozesses erste Haltelinien aus sozialistischer Sicht zu formulieren und in Politik umzusetzen seien. Dabei stellte sich in der samstägligen Podiums-



"Symphatiant oder Beobachter?"
R. Hartung, Abteilungsleiter beim SPD-Parteivorstand, auf dem Erneuerer-Kongress

Kongress in der Uni-Mensa



diskussion heraus, wie weit der weltweite Siegeszug des Kapitalismus schon reicht: offenbar bis in die Köpfe nicht unbeträchtlicher Teile der gesamtdeutschen Linken. Selbst die Frage, was heute "links" ist, ob dies überhaupt noch ein tauglicher Begriff sei, wurde zum Gegenstand der Kontroverse. Dagegen ging einem anderen Teil des Kongresses das mühsame Ringen um die Neudefinition linker Politik, ihrer Inhalte, Bewegungs- und Organisationsformen, zu langsam. Offenbar erwarteten gerade viele der TeilnehmerInnen aus dem bunten Spektrum der DDR-Linken von der BRD-Linken so etwas wie eine Bevorratung mit Konzepten und Programmen. Deutlich wurde so, mit welcher unterschiedlichen Erwartungen, wie fremd sich Linke-Ost und Linke-West gegenüberstanden. Verlangten die einen nach konkreten Schritten, bremsten die anderen allzu überhastetes Vorgehen. Sind die einen (West) mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte - der Verteidigung des staatssozialistischen Systems - beschäftigt, so die anderen (Ost) mit der Frage, was sie eigentlich positiv wollen - nachdem die bisherige Negativfolie SED zur Posi-

tionsbestimmung nicht mehr taugt. Einigen konnte man sich schließlich darauf, eine Kampagne für die Abschaffung der Geheimdienste in beiden deutschen Staaten zu initiieren, und für eine gesamtdeutsche Entmilitarisierung. Außerdem soll im Herbst ein Kongress der gesamten deutschen Linken eingeladen werden - und dies nicht nur im geographischen Sinn.

"... und wie wir uns vernetzen wollen"

Träger dieses Meetings soll das vom Westteil des Kongresses für die BRD gegründete "Sozialistische Forum" sein, nach Bekundung seiner Initiatoren offen für alle linken Menschen, Gruppen und sonstige Vereine, unabhängig von Parteizugehörigkeiten. Der obligatorische Koordinationsausschuß - vom Kongress auf Zuruf bestellt - besteht mehrheitlich aus DKP-Erneuerern, wiewohl durch Vertreter des DS und der VSP sowie einer Grünen angereichert. Dies soll augenscheinlich die angestrebte Überparteilichkeit des "SF" dokumentieren. Jedenfalls hätte jedes zur Mitarbeit im KA bereite SPD-Mitglied beste-

Chancen auf einen Platz dort gehabt.

"Sozialistisches Forum" - Vorläufer einer linkssozialistischen Partei?

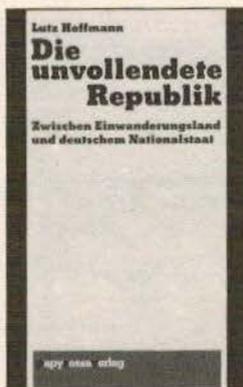
Der Mehrheit der politisch heimatlosen Ex-DKPLer ging es auch darum, für sich die Organisationsfrage zu klären. Mit der Selbstbeschränkung des "SF" auf die BRD - die vielen DDR-Linken böse aufstieß - und mit dem Verzicht auf die Gründung einer BRD-PDS - die wohl viele im Hinterkopf haben - hält sich das "SF" alle Optionen offen. Letztlich auch die, sich zum PDS-Pendant in der BRD zu wandeln. Was allerdings voraussetzt, über den engen Rahmen der DKP-Erneuererströmung hinauszugreifen, will man zu einer relevanten politischen Kraft werden, die der PDS-DDR auch was zu bieten hat! Mit der Gründung des "SF" fand man eine elegante Lösung, über das enge Spektrum der "Erneuerer" hinauszugreifen: In ihm sollen auch linke Grüne oder SozialdemokratInnen eine gesamtlinke politische Heimat finden können, ohne vor die Organisationsfrage gestellt zu werden. Und man kann hinzusetzen: zumindest vorerst.

PapyRossa Verlag GmbH & Co. KG

Gottesweg 52 · 5000 Köln 51

Neue

Kleine Bibliothek



208 S., DM 20,-
Erscheint im April



308 S., DM 24,-
Erscheint im April



180 S., DM 18,-
Erscheint im April



Etwa 280 S., ca. DM 24,-
Erscheint im April



Etwa 200 S., ca. DM 20,-
Erscheint im Mai

Kalender



Etwa 280 S., ca. DM 10,-
Erscheint im August

Jetzt wieder im Buchhandel

Politik/Geschichte: Bühl, Der Hitler-Stalin-Pakt 17,80 · Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? 9,80 · Deppe u. a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 29,80 · Deppe u. a., Gewerkschaften im Umbruch 19,80 · Deppe, Machiavelli 24,80 · Deppe, Projekt Europa 19,80 · Freyberg u. a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 24,80 · Fülberth, Geschichte der BRD in Quellen 14,80 · Fülberth, Leitfaden BRD-Geschichte 9,80 · Heimatgeschichtlicher Wegweiser Saarland 20,- · Hellfeld, Dem Haß keine Chance 12,80 · Köhler, Wir Schreibmaschinentäter 32,- · Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen 14,80 · Meyer, Wir brauchen die Wahrheit 19,80 · Niess, Das Erbe der Conquista 19,80 · Niess, Sandino 19,80 · Otto, Die APO 24,80 · Petersen, Die Große Revolution und die Kleinen Leute 22,80 · Eine Schuld, die nicht erlischt 19,80 · Ratgeber: Brauns, Handbuch für Zivildienstleistende 9,80 · Höhn, Kontakte ins Jenseits? 16,80 · Laudowicz, Mädchen, Mädchen 16,80 · Müllender u. a., Nicht mehr mit uns! 14,80 · Müller u. a., Handbuch für Wehrpflichtige 21,80 · Preuschoff, Von 0 bis 3 14,80 · Preuschoff, Von 3 bis 6 14,80 · Preuschoff, Von 6 bis 9 16,80 · Schwaborn u. a., Handbuch für Kriegsdienstverweigerer 12,80 · **Frauenthemen:** Barckhausen, Auf den Spuren von Tina Modotti 38,- · Hervé u. a., Geschichte der deutschen Frauenbewegung 14,80 · Hervé u. a., Kleines Weiberlexikon 29,80 · Kebir, Ein akzeptabler Mann? 24,- · Petersen, Marktweiber und Amazonen 16,80 · Schmitz-Köster, Trobadora und Cassandra 16,80 · Wall, Verbrannt, verboten, vergessen 19,80

PERESTROIKA IN DER SPD

Vorschläge für die Parteireform

DIE BEDINGUNGEN FÜR POLITISCHE ARBEIT HABEN SICH IN DEN LETZTEN BEIDEN JAHRZEHNTE GRAVIEREND GEWandelt. DIE FORMEN DER ÖFFENTLICHKEIT, DIE ORGANISIERTEN UND INFORMELLEN STRUKTUREN DER "ZIVILEN GESELLSCHAFT" SIND DIFFERENZIERTER ALS JEMALS ZUVOR. GLEICHZEITIG SIND POLITIK UND PARTEIEN IN DER "RISIKOGESELLSCHAFT" DURCH EINE NEUE DIMENSION GLOBALER PROBLEME (ÖKO-

LOGIE, ENTWICKLUNG, FRIEDEN) UND SOZIALER FRAGEN (INDIVIDUALISIERUNG, FRAUENGLEICHSTELLUNG, NEUE ARMUT, GESTALTUNG VON ARBEIT UND TECHNIK) HERAUSGEFORDERT WORDEN. IMMER MEHR MENSCHEN HABEN DAHER NEUE UND DIFFERENZIERTERE ANSPRÜCHE AN DIE QUALITÄT DER POLITIK HERAUSGEBILDET UND WOLLEN SELBER AN DEREN GESTALTUNG BETEILIGT SEIN.

Dies wird am deutlichsten durch die sozialen Bewegungen und eine Vielzahl von selbstorganisierten politischen Ansätzen (Bürgerinitiativen, alternative Vereine, Zeitungsprojekte ...) signalisiert. Bei vielen Menschen drückt es sich aber auch in Wahlenthaltung und Protestwahl aus (als Protest gegen mangelnde Beteiligung im sozialen und politischen Geschehen).

Dadurch werden die Inhalte, aber auch die Formen bisheriger und gegenwärtiger Parteipolitik kritisiert. Dies gilt für wesentliche Merkmale des herrschenden Parteityps: absoluter Vorrang des Territorialprinzips in der Parteiorganisation, eindeutige Fixierung auf den Staatsapparat in der Parteiführung und parlamentaristische Ausrichtung der Parteipolitik. Auf dieser Grundlage beansprucht die durch Wahlen legitimierte "Volkspartei" alle politischen Fragen stellvertretend für das Volk zu bewältigen. Den neuen Bedingungen von Öffentlichkeit in der "Risikogesellschaft" werden diese Parteien immer weniger gerecht. Sie verlieren zunehmend an Vertrauen und Zustimmung. Insbesondere jüngere Menschen betrachten Parteien mit Skepsis und Ablehnung, sehen sich und ihre Anliegen dort nicht aufgehoben, engagieren sich lieber in anderer Weise.

Dies alles gilt auch und gerade für die SPD, die um ihrer Identität willen auf die demokratischen Ansprüche und Initiativen der Menschen angewiesen ist. Nicht umsonst sind in den vergangenen Jahren immer wieder organisationspolitische Debatten ausgebrochen, in denen es um genau diese Fragen ging. Trotzdem zeigt sich heute: Die Partei ist gegenwärtig nicht in der Lage, ihr Verhältnis zu den Individuen, ihren Ansprüchen und Fähigkeiten anders als im Rahmen von Wahlkämpfen zu bestimmen. Die Veränderungen im Bildungssystem, in der Öffentlichkeit, in der Erwerbsarbeit und in der Freizeit haben nicht nur etwas mit veränderten Ansprüchen, sondern auch etwas mit gewachsenen Kompetenzen vieler Menschen zu tun. Gerade im Angesicht der "Risikogesellschaft" wollen viele von uns Verantwortung übernehmen, d.h.: das eigene Können und Wissen in effizienter Weise in die Meinungsbildung der Partei einbringen und an der Willensbildung umfassend beteiligt sein. So sind die Anforderungen an eine durchschaubare Meinungsbildung und an nach- und mitvollziehbare Strukturen des Parteilebens deutlich gestiegen. Darauf kann die Partei in ihren bisherigen Strukturen ebensowenig eingehen wie auf Anforderungen und Kompetenzen, mit denen sie aus verschiedenen Bewegungen, Verbänden und Initiativen heraus konfrontiert wird. Die wichtigsten Ergebnisse unserer Diagnose:

1

Die Partei spielt als Mitgliederorganisation kaum noch eine

Die Partei spielt als Mit- gliederorgani- sation kaum noch eine aktive Rolle für die Entwicklung des gesellschaftli- chen Bewußt- seins und Ver- haltens

aktive Rolle für die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens und die Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse (es sei denn im Rahmen der Wahlkampfmaschinerie). Das "Parteileben" verdient diesen Namen vielfach nicht mehr. Die Territorialstruktur trocknet aus, statt "lebendiger Ortsverein" herrscht "tote Hose". Gleichzeitig werden aber auch die Arbeitsgemeinschaften als politische Restgröße behandelt, fallen sie doch im Rahmen der offiziellen Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen nicht ins Gewicht. Währenddessen feiert der überkommene Vorrang des parlamentarisch-staatlichen Flügels der Partei allerdings wieder fröhliche Urstände.

2

Die Ortsvereine bieten nur einen engen Spielraum für eine effektive themen- oder projektorientierte Arbeit und politisch ansprechende Diskussion, für eine Ausrichtung an den sehr unterschiedlichen kulturellen und persönlichen Bedürfnissen der Leute. Dafür sind sie oftmals geprägt von Vorstandsklüngel und persönlichen Profilierungs- und "Macht"-Bedürfnissen von (zumeist männlichen) Funktionären, die oft in auffälligem Mißverhältnis zu ihrer realen po-

litischen Bedeutung stehen. Sicherlich besteht der Vorteil der Ortsvereine in ihrem Bezug zu örtlichen Problemen und Kommunikationszusammenhängen und in der Wohnortnähe für die Mitglieder. Aber diese Vorzüge haben im Zuge zunehmender Mobilität (auch bezüglich der Freizeitgestaltung, die immer weniger Bezug zum engeren örtlichen Umfeld hat) und Umzugshäufigkeit erheblich an Gewicht verloren. Der Ortsverein drückt in weitaus geringerem Maße als früher einen realen politischen und soziokulturellen Zusammenhang der Mitglieder und des örtlichen Umfelds aus. Immer mehr wirkt er als (immer häufiger auch individuell umgangener) politischer Zwangszusammenhang nach einseitigen örtlichen Kriterien..

3

Das Verhältnis der Parlamentsfraktionen und - besonders eklatant - von sozialdemokratisch geführten Regierungen und Verwaltungen zu der jeweiligen Gliederungsebene der Partei stellt die demokratische Meinungsbildung und ein demokratisches Parteileben geradezu auf den Kopf. Zentrale Entscheidungen werden in den Fraktionen und Regierungen ohne jegliche innerparteiliche Diskussion gefällt. Dies wird zwar meist "fachlich" begründet. Ein Problem besteht aber gerade darin, daß den Fachleuten in Amt und Mandat keine fachlich orientierte demokratische Parteistruktur gegenübersteht. Reale politische Rechenschaftslegung und Kontrolle der Vorstände durch die Parteibasis findet meist nicht statt.

4

Demokratie wird in der Partei in der Regel als rein formales Prinzip (Mehrheitsentscheidung), weniger als realer Vorgang behandelt. Politische Initiativen, die längerfristige Auseinandersetzungen um Positionen zum Ziel haben, laufen meist ins Leere, da es der gesamten Partei und ihren angeblichen Flügeln an einer politischen Streitkultur mangelt. In der Konsequenz versanden diese Initiativen frühzeitig in einem sehr stark fragmentierten und ritualisierten Parteileben oder sie unterbleiben ganz. Die innerparteilichen Publikationen fungieren dabei im wesentlichen als unkritische Verlautbarungsorgane der Führung der jeweiligen Parteiebene. Und auch die "Partei Flügel" treten in den Parteigliederungen häufiger als inhaltsentleerte Seilschaften und politische Nebelwerfer auf, als daß sie den Mitgliedern profilierte Alternativen präsentieren.

5

Man kann anhand dieser drei Punkte auch einen Rückfall der SPD diagnostizieren. Denn in der ersten Hälfte der 80er Jahre konnten wir unter dem mächtigen Druck der sozialen Bewegungen durchaus eine Öffnung der Partei, eine produktive Entwicklung des Parteilebens und der Streitkultur verzeichnen. Seit Mitte der 80er Jahre hat der Druck nachgelassen. Die Repräsentanten der Öffnung (die "Enkel") sind in die politisch-soziale Elite der Republik aufgestiegen, während die Parteibasis wieder zunehmend in politische Apathie und Langeweile versunken ist. Entpolitisierung prägt das Parteileben von heute. Doch zwischen der Spitze und der Basis schlägt unermüdlich das "Herz der Partei": eine männlich geprägte Schicht von Mandatsträgern und verbeamteten Parteifunktionären im Alter von 40-60 Jahren mit gesicherter beruflicher und familiärer Situation, hohem Einkommen und Sozialprestige.

6

Mit der Quotierung wurde zwar der bislang wichtigste Anschlag auf diese innerparteiliche Politik- und Sozialstruktur verübt. Manches deutet aber darauf hin, daß dieser

SPD REFORM

Anschlag in einer "Kooptierung" von Genossinnen im Rahmen vorgegebener Strukturen steckenbleiben könnte und keineswegs zur erhofften Öffnung der Parteistrukturen führt. Noch deutlicher zeigt allerdings die regelrechte Ausgrenzung jüngerer Parteimitglieder aus dem realen Parteileben bis hin zu verantwortlichen Positionen und Mandaten, wie es um eine Öffnung der Partei bestellt ist. In beiden Fällen besteht ein besonderes Manko in der Schwäche eigenständiger und offener demokratisch-sozialistischer Frauen- und Jugendstrukturen, ohne die wirkliche Veränderungen gegenüber eingefahrenen Politikstrukturen nicht zu erreichen sind.

Dies alles erfordert eine Neubestimmung der gesellschaftlichen Rolle der Partei und eine Reform der Strukturen und Arbeitsweisen, die die politisch-programmatische Weiterentwicklung in den Mittelpunkt rückt. Dabei muß die Partei ihren Allzuständigkeitsanspruch und ihre Stellvertretermentalität aufgeben und sich selbst aktiv darum bemühen, daß möglichst viele Menschen auch außerhalb der SPD in unterschiedlichen demokratischen Formen für ihre eigenen Interessen aktiv werden und sie durchsetzen können. Auf der anderen Seite bleibt es dann erst recht die notwendige Aufgabe der Partei, diese vielfältigen Betätigungen in Formen der Alltagsdemokratie mit der gesellschaftspolitischen Perspektive weitergehender Demokratisierung und Humanisierung, also des demokratischen Sozialismus, zu verbinden und entsprechende Perspektiven aufzuzeigen und politisch voranzubringen. Die Partei bleibt für die Zusammenführung und Prioritätensetzung von Interessen und Forderungen in einem politischen Programm und die Durchsetzung insbesondere im staatlichen Handeln unverzichtbar.

Das Ziel ist, daß die Partei möglichst vielen Menschen auf allen Ebenen differenzierte, an den unterschiedlichen politischen und persönlichen Interessen anknüpfende Möglichkeiten effektiver Betätigung auf verschiedenen Niveaus an Intensität, Kontinuität und Qualifizierung der Aktivität bietet. Dies erfordert aktive Kontaktpflege zu anderen Organisationen, Initiativen und Bewegungen und die stärkere Einbeziehung der von den dort aktiven Menschen entwickelten Interessen und Kompetenzen. Es erfordert aber insbesondere eine grundlegende Reform der Arbeitsstrukturen, in denen einzelne Mitglieder und sonstige Interessierte sich im Zusammenhang der Partei betätigen können.

Um letztere soll es im folgenden gehen, dabei stellen sich die Aufgaben auf den verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Gewichtung. Bei Reformvorschlägen reicht es nicht aus, Einzelvorschläge zur Modifikation der Arbeit in den bisherigen Strukturen zu machen, sondern es ist notwendig, die bisherige Gestaltung der Organisation insgesamt in Frage zu stellen und neu zu gestalten: das Verhältnis von Mitgliedschaft zu Nichtmitgliedern und von

Der Reformbedarf fängt bei den Ortsvereinen an, die viele immer noch fälschlicherweise als das gesunde Herz der Partei betrachten.

FunktionärInnen und MandatsträgerInnen zu den einfachen aktiven und passiven Mitgliedern, von regionaler Gliederung zu Organisation nach Personengruppen, Arbeitsfeldern und thematischen Kriterien und zur Orientierung an konkreten Arbeitszielen und Projekten.

Jenseits des Ortsvereins: Vielfalt der Parteistruktur

Der Reformbedarf fängt bei den Ortsvereinen an, die viele immer noch fälschlicherweise als das gesunde Herz der Partei betrachten. Die einseitig wohnortbezogene Organisationsstruktur der SPD kann nicht allein durch Reformen überwunden werden, die sich im Rahmen des Ortsvereinkonzepts bewegen (a la "lebendiger Ortsverein"). Grundsätzlich sind gruppen- und themenbezogene Arbeitsgemeinschaften zu stärken und den Ortsvereinen gleichzustellen. Sie können leichter an den vielfältigen Bedürfnissen und Fähigkeiten der einzelnen Mitglieder anknüpfen und eine sinnvolle projektorientierte Arbeit entwickeln. Gleichzeitig sollen sie zu einer inhaltlichen Qualifizierung der politischen Arbeit beitragen und die programmatisch-kon-

zeptionelle Entwicklung der Sozialdemokratie auf eine breitere Basis stellen. Sie schaffen neue Möglichkeiten, um Beziehungen zu anderen Verbänden, Vereinen, Initiativen und Projekten herzustellen und um neue und vor allem aktive Mitglieder zu gewinnen. Neben den gruppenbezogenen Arbeitsgemeinschaften (Jusos, Frauen, AfA/Betriebe, Selbständige und -neu zu schaffen -SeniorInnen) sollten auf jeden Fall AGen für die Bereiche Umwelt/Energie, Soziales/Bildung und Frieden/Internationales geschaffen werden. Darüberhinaus ist die Gründung weiterer fachbezogener AGen möglich.

Auf der Basis einer grundsätzlichen Gleichstellung kann eine vielfältige und flexible Struktur entwickelt werden, die auch den jeweiligen regionalen Bedingungen Rechnung trägt. So muß und wird der Ortsverein in vielen ländlichen Bereichen und in Gegenden mit geringer Mitgliederdichte (sogenannte Diaspora-Gebiete) eine überragende Bedeutung behalten. Anders in vielen großstädtischen Bereichen und Regionen mit großer Mitgliederdichte: Dort würden die bisherigen Ortsvereine gewissermaßen als lokale bzw. wohnumfeldorientierte Arbeitsgemeinschaften neben den anderen AGen tätig sein (hierbei wäre zu überlegen, ob sie nicht mit der heutigen Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik zu einer großen kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft verbunden werden sollten). Die bisherige Doppelbelastung für viele Parteimitglieder, die in den Arbeitsgemeinschaften aktiv sind, würde wegfallen. Denn sie müssen nicht mehr zusätzlich im Ortsverein aktiv sein, um ihre Positionen inhaltlich und personell in der Partei umsetzen zu können.

Die Gleichstellung von bisherigen Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften drückt sich in gleichen Antrags-, Vorschlags- und Vertretungsrechten aus. Doch was wäre in Zukunft die territoriale Grundeinheit, in der diese Rechte zur Geltung kommen? Es müßte sich wohl um Gebiete mit maximal 2.000 Mitgliedern handeln (dies entspricht je nachdem bisherigen Unterbezirken, Kreis- oder Stadtverbänden). Auf dieser Ebene - nennen wir sie Kreisverbände - würden Mitgliederversammlungen stattfinden, die die Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereine zusammenführen, Vorstände und Delegierte wählen, die kommunalen Vertretungen kontrollieren sowie die Finanzmittel verwalten und verteilen.

Arbeitsgemeinschaften und die Öffnung der Partei

Die Willensbildung in den Arbeitsgemeinschaften muß zu einem zentralen Faktor der Willensbildung in der Gesamtpartei, zum dynamischen Faktor einer neuen innerparteilich-

Die Handlungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften muß gegenüber den territorialen und parlamentarischen Strukturen gestärkt werden.

REFORM

chen Demokratie werden. Auf jeder Ebene der Partei ist ein Antrags- und Personalvorschlagsrecht vorzusehen, so daß die Vielfalt der sozialen Gruppen, Themen und Kompetenzen systematisch Eingang in die Partei und ihre Programmatik findet. Die gruppenbezogenen Arbeitsgemeinschaften sollen in den jeweiligen Parteivorständen obligatorisch mit Stimmrecht, die themenorientierten mit Beratungsrecht vertreten sein. Vorstände sollen generell kein Stimmrecht mehr auf Parteitag erhalten. Die nach Parteiengesetz möglichen 20% der stimmberechtigten Delegierten, die nicht aus Wahlen in Gebietsgliederungen hervorgegangen sein müssen, könnten dann zu je 10% von der jeweiligen Juso-Konferenz und von den Betriebsgruppenkonferenzen der AfA gewählt werden. Die Beteiligung der Frauen ist auf Basis der Quotierungsbeschlüsse zu gewährleisten.

Die eigenständige Handlungsfähigkeit der einzelnen Arbeitsgemeinschaften muß gegenüber den territorialen und parlamentarischen Strukturen gestärkt werden. Dies umfaßt eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, ausgeweitete publizistische Möglichkeiten, eine erheblich verbesserte finanzielle Ausstattung und hauptamtliche Kapazitäten auf der Ebene der Bezirke bzw. Landesverbände. Auf dieser Basis streben die Arbeitsgemeinschaften eine enge Ver-

flechtung mit außerparteilichen Initiativen und Projekten an. Sie sind offen für die Mitarbeit von Menschen, die nicht Mitglied der Partei sind. Es ist sinnvoll, daß eine "Mitgliedschaft" in den Arbeitsgemeinschaften eingerichtet wird, die durch die regelmäßige (z.B. zweijährliche) Erklärung der Mitarbeit (von SPD-Mitgliedern oder Parteilosern) zustandekommt: Während das Arbeitsgemeinschaftswesen heute in vielen Fällen eine Verwaltung Potemkinscher Dörfer darstellt, muß eine neue Rolle der Arbeitsgemeinschaft auch mit klareren Kriterien für ihre Stärke, ihre reale Verankerung und ihre Erfolge einhergehen.

Im Falle der Juso-Arbeitsgemeinschaft stellt sich grundsätzlich die Frage, ob sie nicht in einen selbständigen demokratisch-sozialistischen Jugendverband umgewandelt werden sollte. Denn während in der Jugend das größte Potential für veränderte politische Ansprüche und Kompetenzen enthalten ist, leiden die Jusos und vor allem die jungen Frauen in der SPD am meisten unter verkrustet-langweiligen Politikstrukturen, unter politisch-organisatorischer Abhängigkeit und Machtlosigkeit, unter der Ignoranz und Arroganz der herrschenden Parteikreise. Erforderlich ist eine Neuprofilierung und eine Öffnung gegenüber Jugendlichen, die sich (noch) keiner Partei anschließen, aber in einem Jugendverband durchaus gleichberechtigt mitarbeiten wollen.

Mittelfristig muß über ähnliche Perspektiven auch im Frauenbereich nachgedacht werden: Die Quotierung braucht einen eigenständigen handlungsfähigen Frauenzusammenhang, dessen Gruppen und Projekte mit frauendemokratischen Strukturen außerhalb der Partei verflochten sein müssen. Ob die AsF dem entspricht, darf wohl bezweifelt werden. Ob sie dem in ihrem gegenwärtigen Status überhaupt entsprechen kann, müßte diskutiert werden. Es geht um die Frage, ob ein selbständiger demokratisch-sozialistischer Frauenverband mit gleichen Rechten für SPD- und parteilose Frauen nicht die einzig konsequente Perspektive ist, um innerparteiliche Quotierung mit autonomer Stärke zu verbinden.

Für die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen mit ihren Betriebsgruppen (als dritte große AG) stellt sich die Frage der Selbständigkeit nicht. Im Gegenteil: Hier müßte das Schwergewicht auf Integration liegen. Von besonderer Bedeutung ist der Aspekt, inwieweit besondere fachliche und berufliche Kompetenzen unter dem Dach der AfA für die Gesamtpartei koordiniert werden könnten (z.B. TechnikerInnen/IngenieurInnen, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Beschäftigte im Verkehrswesen etc.). Damit würde die AfA ihre innerparteiliche Bedeutung erheblich vergrößern und zu einem dynamischen Faktor der Gesamtpartei werden.

Neben den Arbeitsgemeinschaften und ggfs. selbständigen sozialdemokratischen Verbänden sollte die SPD offen für weitere Interessengemeinschaften auf fachlichen, reli-

giösen, sportlichen und anderen kulturellen Gebieten sein (von alternativen Freizeitvereinen bis zu linken Computercubs). Hier müßte über Möglichkeiten für eine Art "korporativer" oder "assoziierter" Mitgliedschaft solcher Gruppen nachgedacht werden. Ihnen wären ebenso wie traditionell befreundeten Gruppen Mitsprache- und Vertretungsrechte innerhalb der Partei (bis hin zum Gastdelegiertenstatus) systematisch und gezielt einzuräumen. Auf diese Weise könnte die Durchlässigkeit zwischen Partei und politisch-kulturellem Umfeld deutlich erhöht werden.

Kontinuierliche Erneuerung in Funktionen und Mandaten

Um Ämterhäufung und undemokratische Machtkonzentration zu verhindern, dürfen FunktionärInnen und MandatsträgerInnen der SPD nicht mehr als ein Mandat und zwei Vorstandsfunktionen für die Partei zugleich ausüben. Sie sollen auf der gleichen regionalen Ebene nicht zugleich ein Mandat/Spitzenamt in einer staatlichen/kommunalen Exekutive und eine reguläre (stimmberechtigte) Vorstandsfunktion in der Partei ausüben.

SPD REFORM

FunktionärInnen und MandatsträgerInnen sollen nicht länger als 2 Wahlperioden oder 8 Jahre dasselbe Amt ausüben, Ausnahmen erfordern eine 3/4-Mehrheit im wählenden bzw. nominierenden Gremium. Die Zielorientierung sollte darin bestehen, daß bei jeder Wahl ca. ein Drittel der jeweiligen SPD-Fraktion und anschließend auch des Fraktionsvorstands erneuert werden. Über die Listen der Partei ist außerdem kurzfristig abzusichern, daß nach jeder Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahl in der jeweiligen SPD-Fraktion sich mindestens 5% der Abgeordneten im Juso-Alter befinden.

Entsprechend ihrer realen Bedeutung müssen zumindest die leitenden und GeschäftsführerInnen der Partei und ihrer Arbeitsgemeinschaften als politische Hauptamtliche angesehen und demokratisch auf den entsprechenden Parteitagen bzw. AG-Kongressen für jeweils zwei Jahre gewählt werden (wie das bisher bei der Bundesgeschäftsführung und in einigen Juso-Gliederungen bereits geschieht).

Parteitage sollen grundsätzlich öffentlich tagen, Vorstände parteiöffentlich, geschäftsführende Vorstände vorstandsöffentlich; die Beschlußprotokolle dieser Gremien sollen entsprechend zugänglich sein. In Antragskommissionen zur Vorbereitung von Parteitagen sollen die vom Vorstand benannten Mitglieder lediglich beratende Stimme haben. Über Anträge ist grundsätzlich in der Sache (also nicht pauschal über ggf. anderslautende Vorschläge der Antragskommission) abzustimmen, es sei denn, die AntragstellerInnen übernehmen den Vorschlag der Antragskommission oder der Parteitag beschließt im Einzelfall ausdrücklich ein anderes Verfahren.

Das bisherige System der Einzelpersonenwahlkreise führt dazu, daß insbesondere in Regionen, wo die Partei mehrheitsfähig ist, sich in der Regel jener schon angesprochene sozialdemokratische Typus durchsetzt, der heute die Parteistruktur dominiert: männlicher Bewerber im Alter von 40-60 Jahren mit gesicherter beruflicher und familiärer Position und jahrzehntelanger Aktivität in den regionalen Parteigliederungen. Die real vorhandene und zunehmende Pluralität der in der SPD und in der Bevölkerung politisch aktiven Gruppen kann sich auf diese Weise nicht unter den KandidatInnen und MandatsträgerInnen widerspiegeln.

Um die notwendige Berücksichtigung verschiedener Kriterien (Frauenquote, Juso-Beteiligung, inhaltliche Kompetenzen und politische Orientierung, Verankerung in verschiedenen sozialen, kulturellen und politischen Gruppen und Milieus) bei der Aufstellung und Wahl von KandidatInnen zu ermöglichen, ist bei Rats-, Landtags- und Bundestagswahlen von Wahlkreisen mit nur je einem/einer KandidatIn abzurücken zugunsten von größeren regionalen Wahlkreisen, in denen jeweils ca. 10 Mandate zu vergeben sind, die nach den Stimmanteilen unter den regionalen Listen der verschiedenen gewählten Parteien aufzuteilen

**Neue
formale
Regelungen
der
innerparteilichen
Willensbildung
müssen durch
eine
demokratische
Streitkultur
ergänzt werden**

**SPD
REFORM**

sind. Die Hälfte der Mandate soll nicht über die Wahlkreise vergeben werden, sondern über die Rats- oder Landeslisten der Parteien, so daß die Gesamtzahl der Mandate dem Stimmenanteil der jeweiligen Partei insgesamt entspricht. In diesem Sinne soll sich die SPD für eine Reform des Wahlrechts einsetzen.

Schaffung einer demokratischen Streitkultur

Neue formale Regelungen der innerparteilichen Willensbildung und Wahlvorgänge sind unverzichtbar, müssen aber durch eine demokratische Streitkultur ergänzt werden, die sich nicht verordnen läßt. Es wäre allerdings notwendig, einen gewissen Konsens über eine derartige Streitkultur und damit auch über die Rolle von Parteiflügeln und

SPD REFORM

Strömungen herzustellen. Strömungen sind nur dann problematisch, wenn sie - wie bei Teilen der Jusos, aber auch in vielen kommunalen Zusammenhängen - als Instrumente für kleinkarierte Grabenkriege um Ansehen und Pöstchen und als Deckmantel für innerparteiliche Seilschaften dienen. Zukünftig sollten sie sich inhaltlich-programmatisch immer wieder neu ausweisen, müßten sie entsprechende Meinungsverschiedenheiten transparent machen und auf diesem Wege die gesamte Partei mit ihren Untergliederungen vor Entscheidungen stellen.

Es sollte gefördert und sogar verlangt werden, daß Partei-strömungen rechtzeitig vor Bundesparteitagen Positionspapiere bzw. Plattformen vorlegen, denen sich die Untergliederungen und Delegierten zuordnen können, so daß ein transparentes Bild der innerparteilichen Meinungen und Kräfteverhältnisse entsteht. Auf dieser Grundlage könnten dann auch inhaltlich tragfähige und verbindliche Kompromisse beschlossen und inhaltlich ausgewiesene wie auch ausgewogene Personalentscheidungen getroffen werden.

Die SPD würde damit nach innen und auch nach außen politisch interessanter, lebendiger und spannender werden und sich von einer diffusen "Volks-partei" zu einer wirklichen Programmpartei entwickeln.

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Thema 3/90:
Bewegung in den
Gewerkschaften?



Michael Schneider
Glasnost und Offenheit als
Fundament gewerkschaft-
licher Willensbildung

Otto Jacobi
Bausteine einer euro-
päischen Zukunfts-
gemeinschaft

Klaus Pumberger
Massenprotest und
Reformen in Osteuropa

Renate Wiggershaus
Prosa des Lebens

Thomas Rothschild
Jüdische Anarchisten –
Notizen zu George Tabori
und Thomas Brasch

Thema 4/90:
Die Europäische
Rechte



Kurt Lenk
Die »Republikaner« nach
Rosenheim

Miklós Szabó
Der Zigeuner schleppt
den Mörtel

Werner Raith
Italiens Rechte macht mobil
Gespräch mit Mircea Dinescu

Fabian Wurm
Banale Bauten?
Die Architektur der
50er Jahre

Hauke Brunkhorst
Die Intellektuellen –
am Ende der Geschichte?

Bitte fordern Sie ein kostenloses Probeheft an bei:
Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
In der Raste 20 – 22, 5300 Bonn 1

Heiko Schulze, Gelsenkirchen

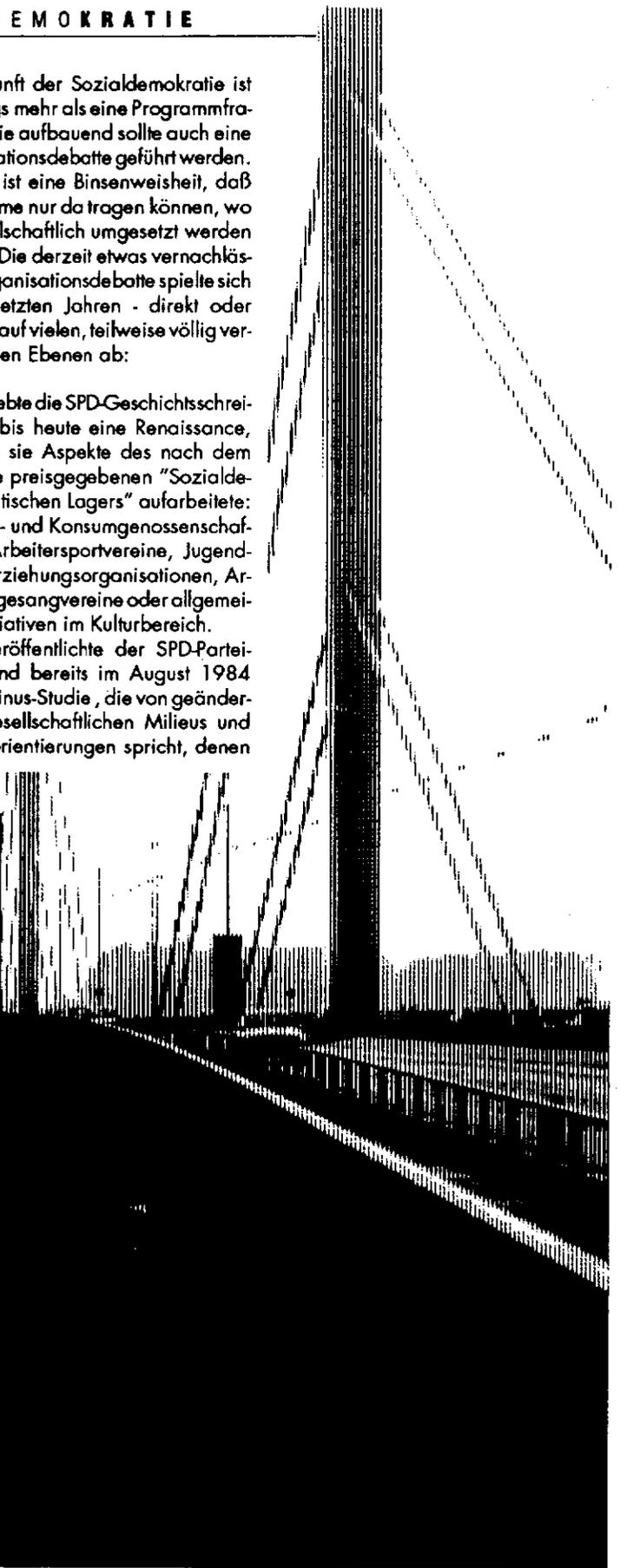
NEUES DENKEN AUF ALTEN PFA- DEN - GEDANKEN ZUR ORGANISA- TIONSDEBATTE IN DER SPD

Die Zukunft der SPD ist ein ähnlich spannendes Thema wie die Zukunft der Gesellschaft. In der aktuellen Debatte stehen programmatische Positionen im Vordergrund: Die Grundsatzprogramm-Diskussion ist (vorläufig) abgeschlossen. Die Arbeitsgruppe Fortschritt 90 legte ein Konzept vor, um Visionen und Regierungsprogramm unter einen Hut zu bringen.

Die Zukunft der Sozialdemokratie ist allerdings mehr als eine Programmfrage. Auf sie aufbauend sollte auch eine Organisationsdebatte geführt werden. Denn es ist eine Binsenweisheit, daß Programme nur da tragen können, wo sie gesellschaftlich umgesetzt werden können. Die derzeit etwas vernachlässigte Organisationsdebatte spielte sich in den letzten Jahren - direkt oder indirekt - auf vielen, teilweise völlig verschiedenen Ebenen ab:

- Da erlebte die SPD-Geschichtsschreibung bis heute eine Renaissance, indem sie Aspekte des nach dem Kriege preisgegebenen "Sozialdemokratischen Lagers" aufarbeitete: Wohn- und Konsumgenossenschaften, Arbeitersportvereine, Jugend- und Erziehungsorganisationen, Arbeitergesangsvereine oder allgemeine Initiativen im Kulturbereich.
- Da veröffentlichte der SPD-Parteivorstand bereits im August 1984 eine Sinus-Studie, die von geänderten gesellschaftlichen Milieus und Wertorientierungen spricht, denen

Die Zukunft der Sozialdemokratie ist allerdings mehr als eine Programmfrage. Auf sie aufbauend sollte auch eine Organisationsdebatte geführt werden.



sich die Partei anzupassen habe, um wieder mehrheitsfähig zu werden.

- Da skizzierte der Frankfurter Unterbezirksvorsitzende Martin Wentz eine neue Parteistrategie, die sich an den gewandelten Interessen sowie veränderten Lebens- und Arbeitsformen orientieren müsse. Fazit: Traditionelles Parteileben und Aussagevielfalt wird in Frage gestellt, die Konzentration auf wenige, "symbolische" Politikbereiche empfohlen.
- Da schrieb der ehemalige Vorwärts-Autor Wolfgang Michal ein Buch mit dem Titel "SPD - staatsreu und jugendfrei", in dem der Partei in frischer Manier eine vollkommen veraltete Organisationsstruktur vorgehalten wird. Ein Fazit: Die Partei müsse sich der fortschreitenden "Amerikanisierung" der Gesellschaft anpassen.
- Da gab und gibt es den Dauerwarner Peter Glotz, der immer wieder von einer notwendigen Erneuerung der Organisation spricht und die "Kampagnefähigkeit" der Partei wiederherstellen will. Dramatische Studien der letzten Jahre - beispielsweise aus den Bezirken Hannover und Bremen - führen zu Schlußfolgerungen, die in eine ähnliche Kerbe schlagen.
- Da gibt es die Dauerbemühungen um den "lebendigen Ortsverein", die zumeist in Papieren oder Seminaren versanden.
- Da fällt der Parteitag 1988 eine historische Organisationsentscheidung wie die Frauenquotierung.
- Ein weiteres Produkt dieses Parteitags ist der nun mögliche Betriebsgruppenstatus, der das Delegations- und Antragsrecht auf eine zweite Basisgliederung erweiterte.

Nahezu alle aufgeführten Punkte besitzen einen gemeinsamen Nenner: Das reale Parteileben der Sozialdemokratie müßte sich, wollte es den jeweiligen Rezepten nachkommen, vor allem im organisatorischen Bereich erheblich verändern. Einen wichtigen Schritt in die richtige

Richtung bildet der seit Münster gegebene Betriebsgruppenstatus. Isoliert und für sich genommen geht dieser AfA-Erfolg jedoch am Kernproblem, einer grundlegenden Organisationsreform, vorbei. Andererseits bietet er gerade zur jetzigen Zeit, in der Parteigliederungen ihn umzusetzen beginnen, einen geeigneten Anlaß dazu, die Debatte über die Organisationsreform weiterzuführen und mit Konsequenzen auszustatten. Stellen wir noch einmal die Ausgangslage dar, um die es geht:

Im Kern jedoch trifft Michal ein Kardinalproblem, mit dem alle Ortsvereinsvorstände zu kämpfen haben: die mangelnde Bereitschaft der erdrückenden Mehrheit von Mitgliedern, sich an der Parteiarbeit zu beteiligen.

Michals inzwischen schon fast vergessenes Buch bietet uns nur dürftige Vorschläge, wie Konsequenzen auszusehen haben. Als Situationsbeschreibung des sozialdemokratischen Parteilebens taugt es jedoch allemal. Die Position des Autors, daß es kaum etwas langweiligeres als Versammlungen von SPD-Ortsvereinen gebe, mag überzogen und in ihrer pauschalen Form ungerecht sein. Im Kern jedoch trifft sie ein Kardinalproblem, mit dem alle Ortsvereinsvorstände zu kämpfen haben: die mangelnde Bereitschaft der erdrückenden Mehrheit von Mitgliedern, sich an der Parteiarbeit zu beteiligen. Ortsvereinsversammlungen, auf die sich selbst Funktionäre nur pflichtbewußt hinquälen, sind sicherlich keine Erfindung. Die Zahl der Gesichter, die man im Parteileben einmal und nie wieder sieht, dürfte die der Aktiven im Regelfalle weit übersteigen. Die Negativliste läßt sich insbesondere von "Ortsvereinspraktikern" beliebig erweitern. An vielen Symptomen dieser Motivationskrankheit läßt sich sicherlich erfolgreich herumdoktern: attraktivere Themen, Verjüngungen und Feminisierungen, besseres persönliches Miteinander, neue regionale Zuschnitte, Einbeziehung örtlicher Initiativen, gläserne Strukturen.

Ein Kardinalproblem bleibt jedoch auch beim größten Einsatz bestehen: das Regionalprinzip als "Non plus ultra" der Möglichkeit, auf das Parteileben

Einfluß zu nehmen. Genau hier müssen unsere Überlegungen ansetzen, wenn wir erfolgreich auf die vielbeschriebenen veränderten Interessenlagen und Sozialstrukturen eingehen wollen.

Beispiel: Ist es eigentlich notwendig, daß sich eine Arbeitsgemeinschaft zunächst als Bittsteller bei Unterbezirksvorstand oder Ortsverein vorstellen muß, um dem UB-Parteitag einen Antrag vorlegen zu dürfen? Muß ein örtlicher "Sozialistischer Computercub" einen fachchinesischen Antrag zur Technologiepolitik erst durch Ortsvereinsversammlungen peitschen, wenn er ihn in die Parteiberatung höherer Gliederungen einbringen will? Delegiertenstatus und Antragsrecht bleiben nicht selten unüberwindliche Hürden. Anders gefragt: Müssen alle Genossinnen und Genossen, die spezielle Interessen verfolgen, in "förmlicher" Weise gezwungen werden, sich auf Stadtteil- bzw. Ortsvereinsebene zu betätigen (was auf freiwilliger Ebene ohne Zweifel wünschenswert ist)? Eine Abspeisung mit der vielstrapazierten "beratenden Stimme" in Vorständen oder auf Parteitag ist keine zufriedenstellende Antwort auf die aufgeworfenen Fragen. Eine Patentlösung kann auch dieser Aufsatz nicht anbieten. Mein verbreiteter Vorschlag baut im Grunde auf Elementen des historischen "Lagers" auf. Lager sind nach gängiger Definition politische Subsysteme, die eine eigenständige politische Kultur aufweisen, in deren Mittelpunkt zwar eine Partei steht, die aber über die bloße Parteifunktion hinaus die gesamte Gesellschaft prägen.

Ein erneuerter und andersartiger Lagerbegriff hätte, um dies vorweg zu betonen, nur bedingt etwas mit dem historischen sozialdemokratischen Lager zu tun. Der Begriff versteht sich somit als bewußt gewählte Hilfskonstruktion.

Das traditionelle Lager zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß es sich bereits in seiner Zielgruppenbezeichnung vom Produktionsbereich her definierte: Arbeiterjugend, Arbeitersport, Arbeitergesang, Arbeiterbildung u.a.. Kollektive Erfahrungen im Produktionsbereich prägten die Vorstellungen, wie die Freizeit organisiert werden sollte. Das historische Dilemma des alten Lagers war es vor allem,

im Grunde nie aus seiner aufgezwungenen sozialen Abschattung herausgekommen zu sein.

Andererseits bewahrte es einen bewußtseinsmäßig weit entwickelten Kern von Menschen, ohne die ein Wiederaufbau der sozialdemokratischen Massenpartei nach 1945 nicht möglich gewesen wäre. Historische Verdienste des ehemaligen Lagers waren vor allem dreierlei Natur:

1. Eine breite Palette von Betätigungsmöglichkeiten schuf der Partei ein großes Potential an Aktiven, die sich in ihr heimisch fühlten und für Aktionen mobilisierbar waren.

2. Das Lager brachte im Produktionsbereich ein Stück "Gegengesellschaft" hervor, welche sich am Ideal des sozialistischen "Neuen Menschen" und an solidarischen Umgangsformen orientierte. Lager war Kampf- und Lebensgemeinschaft in einem.

3. In allen Betätigungsbereichen des sozialdemokratischen Lagers orientierte man sich an Inhalten, die zumindest den Anspruch besaßen, sich von denen des bürgerlichen Lagers grundlegend zu unterscheiden.

Alle drei Punkte sind es, die den Lagergedanken für die heutige Organisationsdebatte diskutabel machen. Natürlich geschieht dies mit einer ganz zentralen Einschränkung: Das sich aus dem alten Lagergedanken entwickelnde demokratische Projekt definiert sich in erster Linie nicht aus dem Produktions-, sondern aus dem Reproduktionsbereich. Auch geht es nicht darum, es mit bombastischem organisatorischen Aufwand zu schaffen. In einem gewissen Sinne ist es längst da, wenn dies auch beileibe nicht im "reinen" Sinne sozialdemokratisch zu nennen ist:

• Überall in der Gesellschaft begegnen uns - auch als Resultat der 68er-

Bewegung - unterschiedliche Vorstellungen von Arbeit, Kultur, Erziehung oder allgemeinen Formen der Freizeitgestaltung.

• Die Wahl von Medien-, Bildungs- oder Erziehungs-, Vereins-, Initiativen-, selbstkneipenangeboten wird zunehmend "lagerspezifisch". Hinzu treten immer mehr organisatorische Zusammenschlüsse in Selbsthilfeinitiativen, Aktionsgemeinschaften, Genossenschaften, Kneipenkollektiven, alternativen Sport- und Kulturvereinen etc.

Dieses vorhandene Potential bzw. Milieu ergänzt viele Angebote, die sich noch aus dem historischen sozialdemokratischen Lager "hinübergerettet" haben:

Arbeiterwohlfahrt, Falken, Naturfreunde, Arbeitersamariterbund, nicht zu vergessen der mit der Sozialdemokratie freundschaftlich verbundene gewerkschaftliche Organisationsbereich.

Die Vielfalt der Interessen, die zu den genannten organisatorischen Konsequenzen geführt haben, verlangen Antworten, die auch die Organisationsdebatte der SPD geben muß.

Zentrale Frage: Wie organisiere ich interessengebundene Organisationsformen im Parteileben der SPD?

Antwort: Nicht durch eine "Singularisierung" politischer Aussagen, sondern durch eine "Pluralisierung" der Parteiorganisation!

Diese Pluralisierung darf kein Tabu kennen. Das bisherige Prinzip von "ordentlichen" Parteigliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen muß es sich gefallen lassen, hinterfragt zu werden.

Als mögliche Antwort bietet sich dann in der Tat ein Organisationsmodell an, das eine institutionelle Verankerung mehrerer und unterschiedlich großer Gruppen zur Folge hat. Ein Antrags-

und Delegationsrecht bietet sich von der UB-Ebene aufwärts vor allem für folgende Arbeitsbereiche an:

- Basisorganisationen, die in einem größeren Arbeitszusammenhang wirken: Betriebsgruppen, Studenten- gruppen, Schülergruppen u.a.;
- Jungsozialisten;
- Frauengruppen;
- Künstler und Kulturinitiativen;
- Sozialdemokratisch orientierte Selbsthilfeinitiativen und Genossenschaften;
- Berufsgruppen (etwa im High-Tech- oder Ingenieurbereich);
- Seniorengruppen;
- Politische Clubs als Neigungsgruppen: Theoriearbeitskreise, 3.-Welt-Gruppen, Umweltschützer, Friedensgruppen, Christen oder Freidenker, Pädagogische Initiativen, Hobby- sportvereine, Chöre, Computerclubs u.v.m.;
- bisherige Arbeitsgemeinschaften bzw. Arbeitskreise, soweit ihr Betätigungsfeld nicht bereits in den oben genannten Zusammenhängen erfaßt ist.

Auch befreundete, aus dem alten Lager hervorgegangene Organisationen sind in dieses Gesamtkonzept einzubinden und mit Beteiligungsmöglichkeiten- beispielsweise Antragsrechten- zu versehen.

Auch weitere Tabus könnten in diese Diskussion einbezogen werden:

- Die bisherige Form der individuellen Parteimitgliedschaft muß nicht für alle

Zeiten festgeschrieben werden. Auch über die Möglichkeit, eine korporative Mitgliedschaft über eine der genannten Vereinigungen zu erwerben, sollte geprüft werden.

- Schließlich könnte bei allem Für und Wider diskutiert werden, ob es im Sinne einer Effektivierung der Parteiarbeit sinnvoll ist, zwischen aktiver und passiver Mitgliedskartei zu unterscheiden.

Selbstredend muß der Ortsverein als Organisationsform, die kommunale Probleme "vor Ort" aufgreift, auch weiterhin eine dominierende Funktion erhalten. Die Größenordnung der Einflußmöglichkeit anderer Vereinigungen ist eine zweitrangige Frage. Entscheidend ist allein die grundsätzliche Möglichkeit, Einfluß zu nehmen. Und die gibt es nun einmal nur dann, wenn Initiativen eingebracht, mitdiskutiert und mitabgestimmt werden können.

Das im Mai 88 vom Parteivorstand eingeholte Lange'sche Rechtsgutachten zur Betriebsgruppenfrage sagt in diesem Zusammenhang unter Verweis auf den Paragraphen 9, Abs. 2 des Parteiengesetzes eindeutig aus, daß Delegierte "anderer Organe des Gebietsverbandes" bis zu 20% der Mandate auf entsprechenden Parteitag besetzen können.

Resümee:

Im Zuge des allseits beobachteten Stammwählerschwunds bietet das hier skizzierte Projekt eine Chance, durch den Aufbau eines soliden Fundaments und breiten Betätigungsfeldes dem Trend entgegenzuwirken. Bereits heute ist es eine unumstößliche Erkenntnis, daß die Partei da stark ist, wo sie viele aktive Anhänger besitzt. Und: Ein Stückchen Wende kann durch sinnerfüllte Arbeit in interessenbezo-

genen Artikulationsräumen aufgehoben werden. Die immer wieder befürchtete Gefahr, die SPD verkomme zum Wahiveerein, wäre entscheidend gemindert.



- 1 Vgl. nur beispielhaft: Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt/New York 1980, sowie Wilfried van der Will/Rob Burns, Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, Frankfurt/Berlin/Wien 1982.
- 2 Vgl. Planungsdaten für die Mehrheitsfähigkeit der SPD. Ein Forschungsprojekt des Vorstandes der SPD, Bonn August 1984.
- 3 Vgl. Martin Wentz, Die Sozialdemokratie vermittelt heute keine Visionen mehr, in: FR 18.08.1987 sowie: Der soziale Wandel in der Dienstleistungsgesellschaft und seine Auswirkungen auf die Politik der Frankfurter SPD, Manuskript, Frankfurt/M. Sept. 1986.
- 4 Wolfgang Michal, SPD, Staatsstreik und Jugendfrei, Hamburg 1987.
- 5 Vgl. Peter Glotz, Rede auf der organisationspolitischen Tagung der SPD am 02.03.1981 in Bonn; vgl. Bericht über die Hannoveraner Studie in: Spiegel Nr. 32/1987, S. 71ff.; zur Bremer Situation vgl. Herbert Brückner, Sechs Monate nach dem Wahlsieg gibt es trübe Flecken, in: FR 03.05.1988.
- 6 Zum Lagerbegriff in der vergleichenden Politikwissenschaft vgl. Rudolf Steininger, Polarisierung und Integration, Meisenheim am Glan 1975.
- 7 Einen vergleichbaren Vorschlag macht u.a. Hans-Jürgen Lange in: Vorwärts Nr. 20, 16.05.1987.
- 8 Klaus Lange, Rechtsgutachten zur Vertretung der Betriebsgruppen in der SPD, Gießen Mai 1988, S. 82ff.

PraktikantIn

gesucht

Der spw-Verlag sucht ab dem 1. Juli 1990 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine/n PraktikantIn im Verlagswesen.

Mindestdauer des Praktikums ist 3 Monate.

BEWERBUNGEN UND NACHFRAGEN RICHTEN AN:

SPW - VERLAG • KIELER STR. 13 • 5000 KÖLN 80

DEMOKRATIE

Matthias Machnig, Soziologe, Bonn

DEMOKRATIE ALS POLITISCHES PROJEKT. - ANMERKUNGEN ZUR GEGENWÄRTIGEN DEMOKRATIETHEORETISCHEN DISKUSSION.

Demokratie ist wieder zu einem Thema geworden. Verkünden die einen selbstherrlich den "Sieg der Demokratie über die Despotie" in Osteuropa, beginnen jenseits des konservativen Lagers Diskussionen über die Zukunft demokratischer Strukturen, die Defizite bisheriger demokratischer Regulierungen zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen.¹

In der öffentlichen und politischen Diskussion werden hingegen die fundamentalen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern allgemein als Beleg für das emanzipatorische Potential der demokratischen Idee, der Überlegenheit des westlichen Demokratie Modells angeführt. Das demokratische Prinzip westlicher Prägung, so die allgemeine Einschätzung der Umbruchprozesse in den osteuropäischen Ländern, sei nun endgültig als Sieger aus der Phase der Systemkonkurrenz hervorgegangen und zum hegemonialen Modell geworden. Politisch ideologisch erleben wir damit eine Diskussion, die Kapitalismus und Demokratie gleichsetzt. Nur der Funktionszusammenhang von Kapitalismus und repräsentativer Demokratie biete überhaupt die Möglichkeit einer humanen gesellschaftlichen Entwicklung.

Dabei ist gerade in den selbsternannten "Mutterländern" der Demokratie eine umfassende Erosion demokratischer Prinzipien feststellbar. Das demokratische Postulat ist immer stärker zu einer Leerformel geworden, deren klare inhaltliche Ausrichtung, deren normativer und operativer Charakter durch die Entsubstantialisierung des Begriffs und seiner Praxis entwertet ist. Gerade die Praxis westlicher Demokratien zeigt nachdrücklich, daß das "Problem der Gegenwart (ist) ja nicht ein Mangel an rhetorischer Anerkennung demokratischer Legitimationsformeln, sondern die Wahllosigkeit ihrer Beschwörung"² ist.

Vor dem Hintergrund des Bankrotts des nachstalinistischen Systems osteuropäischer Prägung werden die Inhaltseere und die institutionell defizitäre Struktur demokratiethoretischer Vokabeln wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Mitbestimmung etc. in den westeuropäischen Ländern nicht als Krisensymptome wahrgenommen. Die Systemkonkurrenz als politisch dominante Struktur der Nachkriegsepoche hat jedoch bei nüchterner Analyse in beiden Systemen letztlich das Spannungsverhältnis von institutioneller Struktur und normativem Anspruch der demokratischen Frage zerstört. Während die westlichen Gesellschaften aufgrund verfassungsrechtlich fixierter Freiheitsrechte die Möglichkeit boten, für die Fortentwicklung und Verteidigung bürgerlich demokratischer Strukturen öffentlich einzutreten, hat die Ideokratie in den osteuropäischen Ländern durch die Zerstörung von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten letztlich zu einer Zerstörung der demokratischen Potentiale geführt. Hat sich in den westlichen Ländern eine Formation entwickelt, das Gramsci auf die Formel "Hegemonie gepanzert mit Zwang" als reales Strukturprinzip gebracht hat, etablierte sich in staatsbürokratischen Gesellschaften ein System der Regression des Staates auf seine repressiven Strukturen, also

der systematischen Dekonstruktion der "bürgerlichen Gesellschaft" im Sinne Gramscis.

In der soziologischen Diskussion der DDR nach den revolutionären Prozessen vom Herbst letzten Jahres wird daher zunehmend sogar die Metapher des "Feudalismus" für die politischen Herrschaftsverhältnisse in der DDR verwandt, in dem ein "System persönlicher Abhängigkeit, patrimonialer Kooperationsform, regionaler Fürstentümer" zur real existierenden Herrschaftspraxis gehörte.³

schen und gesellschaftlichen Verhältnissen in den osteuropäischen Ländern bisweilen eine Parallele zu den revolutionären Umgestaltungen während der Französischen Revolution vor 200 Jahren gezogen. In diesen revolutionären Veränderungsprozessen des 18. Jahrhunderts konstituierte sich erstmals eine Sphäre des Politischen und eine Sphäre des autonomen Handelns. Erst die Säkularisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Dekoration gesellschaftlicher Macht boten die Voraussetzungen für eine Selbstkonstituierung der Gesellschaft gegenüber absolutistischen Herrschaftsformen und die Möglichkeit für autonomes gesellschaftliches Handeln.

wird transformiert in ein System verfassungsrechtlicher Selbstverpflichtungen der Gesellschaft, als Voraussetzung, nicht als Erfüllung gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten. Innerhalb dieses Prozesses werden nun auch Wissen und Macht aus der Sphäre einer transzendenten Ordnung in die säkularisierte Zivilgesellschaft transformiert und müssen sich gesellschaftlich entwickelten Rationalitätskriterien und Regulierungsmustern stellen. Das Projekt demokratischer Selbstregierung ist also historisch an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden.⁴ Einerseits an die Säkularisierung religiöser Legitimationsprozesse politischer Herrschaft, an die Sicherung diskursiver Strukturen und Kommuni-

kationsfreiheiten, an eine öffentliche Sphäre als reflexive Selbstversicherung der Gesellschaft und schließlich an eine Disjunktion von Recht und Macht und ihrer ständigen Überprüfung durch den öffentlichen Diskurs.

Waren in der Phase des Absolutismus Macht und Gesellschaft, die sich in der Person des Monarchen und seiner quasi religiösen Legitimation in Form des Gottesgnadentums verkörperten, noch eins, treten sie nun durch die genannten Rationalisierungsprozesse auseinander. Diese Trennung von Macht und Gesellschaft bildet überhaupt erst die Grundlage für Konflikte über unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Herrschaftsordnung. In der demokratischen Revolution treten also letztlich "die Faktizität der Macht und ihre symbolische Repräsentation auseinander."⁶

Mit der demokratischen Revolution ist eine Inkorporierung der Macht innerhalb einer demokratischen Praxis unmöglich geworden, sie ist niemanden Besitz mehr, sie kann nur noch symbolisch repräsentiert werden. "Dieses symbolische Dispositiv, d.h. die Selbst-Instituierung einer autonomen Zivilgesellschaft, vermittelt durch die Sphäre des Öffentlichen und Politischen gegenüber der leeren Stelle der

Die Politische Linke in der Bundesrepublik hat bisher keine Einstellung zu diesen Fragen gefunden. Einerseits war ihre "demokratische Phantasie" lange Zeit blockiert, da man befürchtete, daß "eine prinzipielle Kritik an den osteuropäischen Volksdemokratien zwangsläufig in eine Apologie der existierenden liberalen Demokratien münden müßte"⁴, während man andererseits die Frage liberaler Freiheitsrechte und verfassungspolitischer Fragen als lediglich formale, bürgerlich-demokratische Prinzipien kritisierte und die Realisierung von Demokratie - als umfassendes Gestaltungsprinzip - häufig auf die Realisierung der jeweiligen sozialistischen Visionen vertagte.

Die Linke steht vor der sicherlich nicht leichten Aufgabe, zukunftsweisende demokratiethoretische und - praktische Innovationen zu entwickeln.

Die Geburt der Zivilgesellschaft

In der gegenwärtigen politischen Diskussion wird angesichts der grundlegenden Veränderungen in den politi-

Die Transformation der Staatsuntertanen in autonom handelnde Bürger durch ein Netz von Kooperationen und Assoziationen gegenüber dem traditionellen Ort der Macht, dem Staat, begründet die Zivilgesellschaft und damit eine neue Verkehrsform der Gesellschaftsmitglieder untereinander jenseits überkommener politischer Autoritäten. Damit wurden die Grundlagen gelegt, gesellschaftlich ausgehandelte Rationalitätskriterien zum Strukturprinzip der Selbstregulierung einer Gesellschaft zu machen, die nun gesellschaftliche Autoritäten und ein Ensemble gesellschaftlicher Regeln über Teilnahme und Verfahren gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse autonom entwickeln konnte. Dieses System gesellschaftlicher Rationalisierungen ist die Voraussetzung für die Entwicklung einer bürgerlichen Gesellschaft im Sinne Gramscis und bindet Herrschaft innerhalb dieser gesellschaftlichen Verfahrensregeln an hegemoniale Strukturen. Das System individueller Gehorsamsbereitschaft

Macht, sowie die Disjunktion von Macht, Recht und Wissen, bildet die Grundlage einer demokratischen Republik und der Historizität der Gesellschaft.⁷ Das symbolische Dispositiv wird in Institutionen umgesetzt, die den Handlungsrahmen des Politischen abstecken, innerhalb dessen die Gesellschaft Macht über sich selbst ausüben will.

In welcher Form sich damit die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht, ist damit keineswegs entschieden. Aber erst das "symbolische Dispositiv der Demokratie" löst diese Entwicklung überhaupt zu einer offenen politischen Frage werden, gibt der demokratischen Frage überhaupt erst einen Projektcharakter.

Ein solches theoretisches Modell bricht mit der gerade in der Linken verbreiteten Vorstellung, "die das politische Machtpotential einzig im staatlichen Gewaltapparat lokalisiert" und damit in einer letztlich "vomodernen Vorstellung (...) Macht (als) eine der Gesellschaft äußerliche Konstante" begreift.⁸ Ein solches Modell insistiert auf der Handlungsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber der "politischen Gesellschaft", also den repressiven Strukturen des Klassenstaates, und setzt sich damit von systemtheoretischen Reduktionen in der Gesellschafts- und Staatstheorie ab. Die Gesellschaft als legitimer und praktischer Ort von gesellschaftlicher Macht kann erst durch eine solche theoretische Rekonstruktion überhaupt wieder systematisch ausgewiesen werden.

Die Antwort auf die demokratische Frage in den sozialistischen Ländern war hingegen die Zerstörung des symbolischen Dispositivs und die Subordination der Gesellschaft unter ein behauptetes Allgemeininteresse und damit die Zerstörung "der Trennungslinie zwischen Staat und Gesellschaft".⁹

Der Versuch der etatistischen Verkörperung der Gesellschaft war letztlich die extreme Form der "Kolonialisierung der Lebenswelt" (Habermas) durch bürokratische und ideokratische Rationalität. John Stuart Hall sieht daher auch im Etatismus, "in dem der Staat soweit expandiert, bis er mit der Gesellschaft zusammenfällt (...) - eine historische Tendenz (...), die beiden, den realexistierenden sozialistischen und den kapitalistischen Klassendemokratien gemeinsam ist"¹⁰ und einen wesentlichen Hintergrund für die Deformierung der ursprünglich emanzipatorischen, sozialistischen Perspektive darstellt.

Gerade die Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern bieten einen Beleg für die These der Sprengkraft des "symbolischen Dispositivs der Demokratie", denn die auf der "symbolischen Ebene behauptete Einheit von Arbeiterklasse und Volk, von politischer Macht und Zivilgesellschaft (war) tatsächlich nur gewaltsam herzustellen"¹¹, was letztlich dennoch nicht, trotz der staatssozialistischen "Apathiemaschine" (W.F. Haug) und der verordneten Subalternität der Gesellschaft, die Sprengkraft des symbolischen Dispositivs der Demokratie zerstören konnte.

Die Entwicklung in den realsozialistischen Gesellschaften zeigt, daß das historisch sich entwickelnde Handlungspotential einer Zivilgesellschaft damit offenbar nicht grundsätzlich domestizierbar ist. Mit dem normativen Potential der demokratischen Frage und dem Handlungspotential der Zivilgesellschaft wird überhaupt erst die Voraussetzung zum Aufbau und zur Veränderung gesellschaftlicher Institutionen und Verfahrensregeln geschaf-

fen. Gerade die Erfahrungen in den osteuropäischen Ländern scheinen der These recht zu geben, daß "von einer Widerständigkeit des symbolischen Dispositivs gegenüber seinen institutionellen Umsetzungen" auszugehen ist¹² und damit ein Potential darstellt, an das ein reformorientiertes gesellschaftliches Projekt der Linken innerhalb eines kapitalistischen Vergesellschaftungstyps anknüpfen kann und muß.

Das Ende der Geschichte?

Durch die tiefgreifenden Veränderungsprozesse in den sozialistischen Ländern scheint für viele die Frage von demokratischer Entwicklung endgültig gelöst zu sein. Einige sprechen sogar vom Ende der Geschichte, so etwa der Planungschef im US-amerikanischen State Department Fukuyama.

Im Gegensatz zu den osteuropäischen Ländern hat es in den westlichen Gesellschaften in den letzten Jahren kaum grundlegende, breit getragene Diskussionen um die Frage von demokratischer Ausgestaltung der Gesellschaften gegeben. Dies scheint insofern nur konsequent, da per definitionem die westlichen Gesellschaftsordnungen in Abgrenzung von den frühsozialistischen Gesellschaften das Monopol für demokratische Entwicklung reklamierten und angesichts der realen gesellschaftlichen Verhältnisse auch reklamieren konnten. Innergesellschaftlich wurden die osteuropäischen Staaten als Negativfolie benutzt, um den Status quo in den westlichen Gesellschaften zu zementieren und die Frage demokratischer Innovation politisch zu marginalisieren. Mit den Veränderungsprozessen in Osteuropa wird diese Legitimationsgrundlage nun endgültig entfallen. Es wird in den nächsten Jahren zu einer verstärkten Diskussion von Demokratie und ihre Ausgestaltung auch in den westlichen Industrieländern kommen. Denn der Attentismus im Hinblick auf demokratische und soziale Innovationen wird immer offenkundiger.

Die demokratische Frage der heutigen Gesellschaften ist ein Produkt der Defizite bisheriger demokratischer

Regulierungsversuche. Die sich immer stärker durchsetzende Tendenz zur Selbstprogrammierung des politischen Repräsentativsystems und seiner Institutionen ist dabei mit der Konsequenz verbunden, daß die sozialstaatliche Massendemokratie immer stärker "die Züge eines administrativ gesteuerten Legitimationsprozesses annimmt."¹³ Weder die alten Formen des Parteienkorporatismus noch die unterstellten Selbstregulierungsfähigkeiten von Markt, Technik und Wissenschaft oder die patriarchale Überformung der Gesellschaft bieten eine Perspektive zu ihrer Gestaltung oder sind in der Lage, sich den existentiellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Die neue demokratische Frage, die sich um die Themen Individualität und Sozialstaatlichkeit, Geschlechterbeziehungen, Gestaltung der Wissenschaftlich-Technischen Revolution etc. gruppiert, hat bisher noch keine demokratische oder institutionelle Antwort gefunden. Dazu nur ein Beispiel.

Nach wiewor ist eines der zentralen Impulse der Arbeiterbewegung, die demokratische Gestaltung der Produktionsverhältnisse, eine nicht eingelöste Perspektive. Wirtschaftsdemokratie war und ist der Schlüsselbegriff, mit dem vor allem die Gestaltung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, als die entscheidenden ökonomischen Produktivkräfte, intendiert war. Dieser politische Ansatz hat sicherlich auch heute noch seine unumschränkte Berechtigung. Er ist in dieser Form jedoch nicht mehr ausreichend, denn Wissenschaft und Technik sind zu so wichtigen Produktivkräften geworden, daß "der Faktor >Kapital< nur in Zusammenhang mit der Verfügung über die Faktoren >Wissenschaft und Technologie< und >Natur< richtig bewertet werden kann."¹⁴ Trotz dieser Entwicklung gibt es in den modernen Industriegesellschaften bisher kaum Ansätze einer systematischen Wissenschafts- und Technikpolitik, die sich den Herausforderungen einer "Risikogesellschaft" stellt. Der Ausdifferenzierung und Effektivierung gesellschaftlicher Subsysteme auf der einen steht auf der anderen Seite keine Innovation und Effektivierung gesellschaftlicher Gestaltungsrechte und Partizipationsmöglichkeiten gegenüber. Die Modernisierung bleibt auf den ökonomischen Sektor

beschränkt, während die Modernisierungsrückstände im politischen Bereich konserviert werden. Die Konsequenzen einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand: "Die Rationalität von Handlungen in Einzelbereichen verträgt sich nur zu gut mit der Nichtberücksichtigung gesellschaftlicher Organisations- und Koordinierungsnotwendigkeiten im ganzen. Insofern verfügt die moderne Industriegesellschaft durch die vielfältigen Prozesse sektoraler Optionssteigerungen zwar über eine effiziente Industrie und Verwaltung (...), weist aber als Gesellschaft insgesamt einen Modernitätsrückstand auf, der um so größer wird, je effektiver die Teilsysteme werden (...)."¹⁵

Norberto Bobbio sieht die größte Gefahr für die Demokratie daher auch in der weiteren Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme und einen weiteren Trend zur polyzentrischen oder polyarchischen Gesellschaft.¹⁶ Dieser Trend ist - um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen - nicht durch eine stärkere Etatisierung der Politik aufzufangen, sondern die Weiterentwicklung der Demokratie wird entscheidend davon abhängen, "ob die Anzahl der Räume oder Bereiche gewachsen ist, in denen man dieses Recht ausüben kann."¹⁷

Diese defizitäre demokratische Grundstruktur, in denen Fragen der demokratischen und ökologischen Gestaltung der Investitionsentscheidungen und der Technologieentwicklung der Gesellschaft systematisch vorenthalten werden, hat sich inzwischen zu einem globalen Bedrohungssyndrom ausgewachsen. Die Konsequenzen der Risikogesellschaft äußern sich etwa in einem Unbehagen an der Moderne, an einem Protest gegen technische Innovation, in einem Zweifel an der herrschenden Fortschrittslogik, die als "Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit" (Alexander Kluge) begriffen wird. Es ist Ulrich Beck zuzustimmen, wenn er festhält, daß die Industriegesellschaft eine "halbierte Demokratie" hervorgebracht habe, in der die Fragen der technischen Gesellschaftsveränderung der politischen Entscheidung entzogen bleiben.¹⁸ Fortschrittsskonflikte rückten daher auch in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Die in den 70er Jahren ent-

stehenden neuen sozialen Bewegungen waren Ausdruck dieser Entwicklung. Neben den Sachthemen, die die Friedens- und Ökologiebewegung angesprochen haben, waren diese Bewegungen auch Strömungen, die die Legitimität und den demokratischen Inhalt bestimmter politischer Entscheidungen problematisierten. Die Antwort auf den Pauperismus des 19. Jahrhunderts war der moderne Sozialstaat. Die alles dominierende Frage im Übergang zu den 90ern und den kommenden Jahrzehnten lautet: Was ist die demokratische Antwort auf die Beherrschung und Regulierung der "Risikogesellschaft"? Die entscheidende gesellschaftliche Konfliktlinie in den nächsten Jahren wird sich um diese Frage gruppieren. Dabei geht es um die Entwicklung der Vision einer "beteiligten Gesellschaft" (Lafontaine), also einer Gesellschaft, die den Individuen die Möglichkeit gibt, an den realen Prozessen und Entscheidungsstrukturen sowohl im politischen als auch im ökonomischen Sektor teilzuhaben.

Auf diese existentiellen Fragen besitzt das bisherige kapitalistische System ebenso wenig wie die gerade zusammengebrochenen administrativen Kommandosysteme eine Antwort.

Wir stehen nicht am Ende der Geschichte, sondern vor der Notwendigkeit eines neuen historischen Projektes demokratischer Regulierung, bei dem sich nachwievor die Frage stellt, "ob und wieweit es überhaupt noch möglich ist, die Demokratie zu retten ohne den Kapitalismus zu verlassen."¹⁹

Konservative und Demokratie

Die Konservativen, die sich gerne zu Gralshütern des demokratischen Prinzips erklären, haben sowohl historisch als auch politisch aktuell ein ambivalentes bzw. ein rein affirmativ-institutionalistisches Verständnis von Demokratie entwickelt.

Das Ausrufen einer post-histoire, die gegenwärtig ihre Entsprechung in der Rede vom Ende der Geschichte aufgrund des "historischen Sieges" west-

licher Demokratien über die "asiatische Despotie" findet, ist dabei innerhalb des konservativen Diskurses nichts fundamental Neues. Bereits in den 60er Jahren sah Arnold Gehlen das Ende der Ideengeschichte erreicht.²⁰ Das Diktum vom Ende der Geschichte zu Beginn der 60er Jahre hatte dabei innerhalb des konservativen Diskurses die Funktion, die bürgerliche Gesellschaft der Vergangenheit zuzurechnen und damit das Projekt sozialer Emanzipation für beendet zu erklären. In diesen Funktionszusammenhang sind auch Deutungen wie die von Fukuyama einzuordnen. Auch hier wird nun die demokratische Frage als endgültig gelöst proklamiert und damit versucht, der demokratischen Frage ihren Prozeßcharakter und ihre normative Grundstruktur zu nehmen.

Konservativ-liberale Vordenker wie Karl Popper oder Josef Schumpeter haben ohnehin die Möglichkeit der Volksherrschaft als weder real existent noch theoretisch realisierbar interpretiert, da letztlich der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten unauf löslich sei.²¹ Demokratie reduziert sich im konservativen Denken damit lediglich auf eine Methode zur Wahl der Regierenden. Die Existenz formaler Institutionen der repräsentativen Demokratie gilt schon als Einlösung des demokratischen Prinzips. Eine inhaltliche Bestimmung und eine qualitative Anpassung an einen gewachsenen gesellschaftlichen Gestaltungs- und Partizipationsbedarf werden dabei von vornherein systematisch ausgeschlossen. Das konservative Verständnis beruht auf der Vorstellung von Demokratie als statischer Struktur, als Summe von Verfahrensregeln, im Gegensatz zu einem immer wieder zu reformulierenden Projekt, das individuellen Partizipationsansprüchen, neuen Formen der Individualität, neuen gesellschaftlichen Regulierungsnotwendigkeiten Rechnung trägt. Ein solches Demokratieverständnis ist wesentlich

formalinhaltlich fixiert, also an politisches Handeln geknüpft, das sogenannten gemeinwohlbezogenen Zwecken und Normen dient, die durch die Grundwerte der Verfassung fixiert sind. Konservative bezweifeln jedoch, daß diese Dispositionen auch zum Allgemeingut der gesellschaftlichen Individuen gehört, und verpflichten daher gesellschaftliche Institutionen auf wertsetzende und werterhaltende Aktivitäten, gegenüber denen der Bürger sich zu legitimieren hat. Dieser "affirmative Institutionalismus"²² trägt stark elitäre und etatistische Züge und reduziert die demokratische Frage wesentlich auf Probleme der Institution und der Methode, "Form und Verfahren sind die Garanten, in denen der Inhalt aufgehoben ist."²³

Der Demokratiedanke wird seines emanzipatorischen Impetus durch die Formalisierung des demokratischen Prozesses beraubt. Alleine der Staat, die staatlichen Organe und die Staatsbürger, deren Möglichkeiten auf den Wahlakt reduziert werden, gelten als legitime Akteure innerhalb streng formalisierter Verfahrensregeln, wobei der ökonomisch-soziale Lebenszusammenhang der Individuen den Mechanismen des Marktes zugeordnet und nicht als Bereich demokratisch gesellschaftlicher Regulierung verstanden wird. Neokonservative Regierungspraxis seit 1983 ist daher auch durch die "Entstaatlichung des ökonomischen und Verstaatlichung des demokratischen Prozesses"²⁴, also des Abbaus sozialstaatlicher Schutzrechte bei gleichzeitiger Stärkung der Dispositionsspielräume des Kapitals, gekennzeichnet. Ideologisch muß sich die Linke mit einer Diskussion auseinandersetzen, die Kapitalismus und Demokratie gleichsetzt.

Der institutionalistische, formalisierte Begriff von Demokratie erhält im konservativen Diskurs die Bedeutung, die staatlichen Institutionen zu nutzen, um den gesellschaftlich formulierten Willen nicht ungefiltert auf die Ebene der staatlichen Entscheidungen durchdringen zu lassen. Insofern hat auch die alte Formel von Helga Grebing nachwievorgültigkeit, die den Konservatismus als eine dem "Prozeß der Demokratisierung immanente Gegenbewegung"²⁵ begreift.

Linke und Demokratie

Die politische Linke in der Bundesrepublik hat gegenüber Fragen der Demokratietheorie eine merkwürdige Indifferenz gezeigt. Demokratietheoretische Fragestellungen spielen in ihren Diskussionen kaum eine ernsthafte Rolle. Die verfassungsrechtlichen Freiheitsrechte wurden lange Zeit als formaldemokratische Instrumente stigmatisiert. Der normative Gehalt gesellschaftlicher Verfahren und Institutionen wurde nicht thematisiert, da innerhalb linker staatsrechtlicher Paradigmen der bürgerliche Staat als "ideeller Gesamtkapitalist" wesentlich durch das Primat ökonomischer Akkumulationsbedingungen determiniert sei. Die staatsrechtliche Ableitungsdebatte der Linken in den 70er Jahren und der darin zu erkennende Determinismus waren der Hintergrund für die Dethematisierung des normativen Gehalts demokratischer Institutionen und Regeln. Die verfassungsrechtliche Setzung jedenfalls ist nicht auf die Fixierung von Machtbeziehungen und Interessenskonstellationen reduzierbar, sondern "bindet die Interessensdurchsetzung normativ an Verfahren und inhaltliche Prinzipien und rationalisiert sie dadurch in einem gewissen Umfang."²⁶ Damit schließen sich Klassenherrschaft und Verfassungsstaat keineswegs aus, eine unmittelbare gewaltsame Durchsetzung von Klasseninteressen ist nur durch den Übergang zur offenen Diktatur möglich. Insofern ist die Verfassung eine Form der Binnenrationalisierung der politischen Macht- und Interessenskonstellationen - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die linke demokratietheoretische Diskussion gerade der 70er Jahre war wesentlich durch die Vorstellung des Kapitalismus als "totaler Institution"²⁷ geprägt, die die liberale Demokratie als Funktionsimperativ kapitalistischer Akkumulation begriff. Ausgehend von diesem Paradigma wurden die Organe der repräsentativen Demokratie wesentlich als Instrumente gedeutet, die die Bürger von den staatlichen Machtzentren fernhalten, das Wahlrecht nur in seiner Domestizierungsfunktion begriffen, Pluralismus als ideologisches Konstrukt zur Verschleierung des Antagonismus von Kapital und Arbeit bewerteten und schließlich Parteien auf den Aspekt reduzierten, lediglich als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft zu fungieren.²⁸

Dieser funktionalistische Deutungsrahmen war der Hintergrund für den von linker Seite zur Schau gestellten Antinstitutionalismus. Dieses Deutungsschema war sicherlich über die enttäuschende Erfahrung vermittelt, daß mit dem Sozialstaatskompromiß in der Praxis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften der vorausseilende Verzicht auf die Einklösung radikal-demokratischer Perspektiven verbunden war.²⁹ Die demokratischen Perspektiven wurden dann in der transzendenten Vorstellung der Selbstauflösung des Staates in einer sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft aufgehoben. Ulrich Rödel u.a. weisen zu recht darauf hin, daß in einer solchen Konzeption, in der innerhalb des Kapitalismus die demokratische Frage nicht zu lösen ist, während die kommunistische Gesellschaft durch das Absterben des Staates die Vision umfassender Demokratie verspricht, das Politische eigentlich keinen Platz mehr besitzt.³⁰

Dieses "apolitische Konzept" thematisiert damit weder den normativen Gehalt des demokratischen Staates, noch begreift es die sich entwickelnden gesellschaftlichen Institutionen als einen Rahmen, innerhalb dessen das demokratische Potential systematisch entwickelt werden kann und muß, denn "nur als geschichtliches Projekt behält der demokratische Rechtsstaat einen über das Juristische hinausweisenden normativen Sinn - Sprengkraft und

Gestaltungskraft in einem."³¹ Demokratie als politisches Projekt

Die Linke hat in demokratietheoretischen und demokratiepraktischen Fragen erheblichen Nachholbedarf. Bisher gibt es kein Konzept umfassender Demokratisierung, das etwa lebensweltliche Impulse in den Funktionszusammenhang von Staat und Ökonomie einbezieht. Dabei wird in den 90er Jahren entscheidend sein, ob es einer politischen Formung gelingt, Repräsentant und Katalysator für gestiegene Ansprüche an gesellschaftliche Mitbestimmung und Partizipation zu sein. Wir brauchen eine Neuauflage des "Mehr Demokratie wagen" mit viel grundlegenderen und grundsätzlicheren Möglichkeiten des gesellschaftlichen Eingriffs und der gesellschaftlichen Mitgestaltung. Hierüber muß die gesamte Linke in eine produktive Auseinandersetzung treten und dieses Thema als zentrales Feld der Zukunftsentwicklung begreifen.

Es geht dabei um die Perspektive, die Gesellschaft gegenüber Ökonomie und Staat wieder in ihre legitimen politischen Rechte einzusetzen, neben der politischen Demokratie die gesellschaftliche Demokratie zu etablieren. Es gilt, innerhalb eines solchen Projektes Demokratie als Produktivkraft auszuweisen, die nicht nur etwa die qualifikatorischen Potentiale der Wissenschaftlich-Technischen Revolution nutzt, sondern auch ihre ökologische, existentielle Dimension betont und Gestaltungsperspektiven entwickelt. Gegenwärtig verfügt die politische Linke nicht über ein solches Konzept. Die entscheidende Frage der Zukunftsgestaltung, "wie die universelle Herausforderung des Reichtum und Zerstörung produzierenden Industriesystems demokratisch aufgelöst werden kann, ist theoretisch und praktisch völlig offen."³²

- 1 vgl. u.a. N. Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988, U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt 1989.
- 2 U. Rödel u.a. 1989, S. 7.
- 3 DDR-Soziologie in der Krise, in: taz v. 7.2.90, S. 7.
- 4 U. Rödel u.a., Die demokratische Frage, Frankfurt 1989, S. 12.
- 5 vgl. zum Folgenden H. Dubiel u.a. "Wir sind das Volk" - Die Geburt der Zivilgesellschaft in der demokratischen Revolution, in FRv. 2.1.1990, S. 11. ebd.
- 6 U. Rödel u.a., 1989, S. 90.
- 7 H. Dubiel u.a., 1990.
- 8 U. Rödel u.a., 1990, S. 94.
- 9 J. St. Hall, Neuorientierung der Linken, in: Ders., Ausgewählte Schriften, Berlin 1989, S. 207-219, S. 217.
- 10 U. Rödel 1990, S. 99.
- 11 ebd. S. 92.
- 12 J. Habermas, Volkssouveränität als Verfahren, in: Merkur, 6/89, S. 465-477, S. 470.
- 13 R. Kreibich, Die Wissenschaftsgesellschaft, Frankfurt 1986, S. 10.
- 14 Th. Meyer/M. Müller, Individualismus und neue soziale Bewegungen, in: Leviathan 3/89, S. 357-369, S. 358.
- 15 N. Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin 1988, S. 14.
- 16 ebd. S. 20.
- 17 U. Beck, Risikogesellschaft, Überlebensfragen, Sozialstruktur und ökologische Aufklärung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 8 36/89, S. 3-13, S. 13.
- 18 N. Bobbio, 1988, S. 134.
- 19 vgl. Th. Kreuder/H. Loewy, Konservatismus in der Strukturkrise, in: dies. (Hg.), Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt 1987, S. 147f, S. 25.
- 20 J. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1974.
- 21 U. Rödel 1989, S. 12.
- 22 N. Paech, Zum Demokratiebegriff des Marxismus, in: Demokratie und Recht, 1/90, S. 20-28, S. 21.
- 23 J. Perels, Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988, S. 109.
- 24 H. Grebing, Positionen des Konservatismus in der in der Bundesrepublik, in: dies., Konservatismus - eine Bilanz, München 1971, S. 33-67, S. 33.
- 25 U. K. Preuß, Aktuelle Probleme einer linken Verfassungstheorie, in: Prokla 61, Dez. 1985, S. 65-79, S. 67.
- 26 U. Rödel u.a., 1989, S. 15.
- 27 ebd. S. 15.
- 28 vgl. J. Habermas, Volkssouveränität als Verfahren, in: Merkur 6/89, S. 465-477, S. 470.
- 29 U. Rödel u.a., 1989, S. 16f.
- 30 J. Habermas, 1989, S. 465f.
- 31 U. Beck, Die unvollendete Demokratie, in: Der Spiegel, Nr. 51 1989, S. 186f.

Die unerfüllten Verheißungen

Unter der Herrschaft der kapitalistischen Lohnarbeit müssen auch bei demokratischer politischer Verfassung die demokratischen Verheißungen von sozialer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit unerfüllt bleiben. Die faktische Ausübung staatsbürgerlicher Gleichheit kann sich auf die zwei Minuten des Wahlaktes reduzieren. Vom Standpunkt einer linksliberalen Demokratiekritik, die die Realität der Demokratie in den entwickelten kapitalistischen Ländern an den demokratischen Verfassungsidealen mißt, ergeben sich vor allem folgende Diskrepanzen¹:

- Das Volk als Souverän "funktioniert" nicht, denn über ihm stehen die Repräsentanten und zwischen ihm und diesen die Vermittler (Parteien, Verbände).
- Der Repräsentant repräsentiert nicht das Allgemeininteresse, sondern das Sonderinteresse, dem er seinen Aufstieg verdankt und dem er verpflichtet ist.
- Der Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten ist nicht aufgehoben.
- Die Demokratisierung ist unvollendet. Sie erfaßt nur die Staatsrepräsentanz, spart aber Unternehmen, Verwaltungen als entscheidende Sphären der Machtausübung aus.
- Die Transparenz der Macht ist nicht realisiert. Die unsichtbaren Mächte betreffen nicht nur die Geheimdienste, sondern die Herrschaft der Technokratie und Expertokratie.
- Die politische Erziehung des Bürgers ist nicht eingelöst. Es existiert nur eine begrenzte Partizipationskultur.

Diese Punkte ließen sich problemlos mit Beispielen aus jedem beliebigen kapitalistischen Land illustrieren und verifizieren. Zusammenfassend

können sie unter den Satz gestellt werden: demokratischer Staat und kapitalistische bzw. undemokratische Gesellschaft.

Gleichwohl reichen die Demokratisierungstendenzen und -ansprüche heute schon weit in die Gesellschaft. Zu erinnern ist an die Bewegung zur Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau, an die Initiativen zur ökologischen Kontrolle und Umgestaltung oder an die Bewegung für Mitbestimmung und demokratische Kontrolle am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen. In diesen Bewegungen verwirklichen sich

Die faktische Ausübung staatsbürgerlicher Gleichheit kann sich auf die zwei Minuten des Wahlaktes reduzieren.

demokratische Zielorientierungen, die sich auf dem Hintergrund neuer, bewußt gewordener Bedrohungspotentiale und Umbrüche im Produktions- und Produktivkraftsystem, freigesetzter Individualität, der Tendenzen zu einer neuen politischen Partizipationskultur u.a. entwickelt haben. Damit sind neue Bedingungen tiefgreifender Demokratisierungsprozesse entstanden. Sie betreffen die Felder und die sozialen Träger der Bewegungen und generell der Demokratie.

In der Honoratiorendemokratie war Demokratie etwas für Leute mit Zeit und Geld. Die arbeitenden Massen hatten weder das eine noch das andere. Sie konnten ihre Interessen nur über ihre Organisationen geltend machen. Deshalb war auch das Gesetz Le Chapelier aus der ersten Periode der französischen Revolution, das entsprechend der Doktrinen der Freiheit und des freien Marktes und des damaligen Demokratie-modells Koalitionen bzw. die "Vermittler" verbot, dem Kapital dienlich. Denn dieses bedurfte noch nicht unbedingt seiner Verbände im ökonomisch-politischen Raum. Demgegenüber konnten die Lohnarbeiter ohne Koalitionen noch nicht einmal den Wert ihrer Arbeitskraft im Lohn durchsetzen und waren dem Spiel von Angebot und Nachfrage hilflos ausgeliefert.

Die Reproduktion der Klassenstruktur im sozialen und politischen Raum in

Verbänden, Parteien usw. sowie der Vergesellschaftungs- und Krisendruck führten dann in unserem Jahrhundert zur Massendemokratie, die auch als die "Herrschaft der Verbände", also der "Vermittlung", in Erscheinung tritt. Mit der Entwicklung staatsmonopolistischer Regulierungstypen wird die Trennung von Staatsapparaten und Wirtschaft eingeebnet. Es entstehen neue und anonyme Macht- und Verflechtungsstrukturen. Der politisch-administrative Eingriff erlangt damit für den Gesamtprozeß Bedeutung und damit wird auch eine Strategie realistisch, die zur Veränderung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse den demokratischen Ansatz wählt.

In der Gegenwart ist jedoch nicht nur die Wirtschaft im traditionellen Sinne einbezogen, sondern mehr und mehr wird die Entwicklung von Technik, Wissenschaft, Technologien - kurz der Produktivkräfte - ein Feld, das politisch vermittelt werden muß. Vor allem die Zügelung der Risikopotentiale verlangt die Durchsetzung allgemeiner Maßregeln. Die Entscheidungsfrage der Gegenwart besteht nicht in der Alternative "spontane Selbstregulierung oder politisch vermittelte Regulierung". Es geht um den Typ der letzteren: entweder eigentumsgesteuerte Regulierung über die Anwendung der Marktkategorien - wie es der neue Liberalismus fordert, oder bürokratisch-administrative Steuerung über den Staatsapparat bzw. über korporatistische Strukturen oder demokratische Regulierung. Demokratisierung besteht also darin, diese Felder der Kontrolle durch Kapital und Bürokratie zu entreißen und zum Anwendungsgebiet des demokratischen Regelsystems zu machen.

Man darf nie vergessen, daß die Herausbildung der Massendemokratie und des Sozial- und Interventionsstaates das Ergebnis inneren sozialen Drucks unter den Bedingungen der äußeren Systemherausforderung durch den Sozialismus war. Unter den gegenwärtigen Umbruchprozessen ist es offen, ob und inwieweit diese Strukturen abgebaut werden können. Der Konservatismus drängt seit Mitte der 70er Jahre in diese Richtung. Die Folgen des Ausfalls des Sozialismus als äußere Druckinstanz

HEINZ JUNG, WEILROD

DEMOKRATISIERUNG - DIE UNIVERSELLE FORTSCHRITTSBEWEGUNG?

WIRD DER KAMPF UM DEMOKRATIE UND DEMOKRATISIERUNG ZUR HAUPTBAHN, AUF DER FORTSCHRITTSPROZESSE IM SINNE DER EMANZIPATION DER MENSCHEN, EINER RATIONELLEN GESTALTUNG DER MENSCH-NATUR-VERHÄLTNISSE UND DER SICHERUNG DER EXISTENZBEDINGUNGEN DER MENSCHHEIT VORANGETRIEBEN WERDEN KÖNNEN? ODER IST DEMOKRATIE NUR DIE LUXURIÖSE HERRSCHAFTSFORM DER REICHEN, DEREN FUNKTIONSFÄHIGKEIT EINEN RELATIV HOHEN LEBENSSTANDARD DER MEHRHEIT ZUR VORAUSSETZUNG HAT? IST GAR DIE ALLGEMEINE DURCHSETZUNG DES PARLAMENTARISCHEN REPRÄSENTATIVSYSTEMS ANGELSÄCHSISCHER PRÄGUNG DER ZIELPUNKT ODER DAS ENDE DER GESCHICHTE UND DIE RÜCKKEHR IN DEN "NATURZUSTAND"? SPRICHT DAFÜR NICHT AUCH DER RELATIV KAMPFLOSE ZUSAMMENBRUCH DES BISHERIGEN SOZIALISMUS? ...



sind nicht abzusehen. Es spricht einiges dafür, daß die in Osteuropa losgebrochene restaurative und antisozialistische Woge in den Westen zurückschwappen und hier dem Konservatismus neue Aggressivität und Stoßkraft gegen den Sozialstaat und die Kollektivstrukturen der Arbeiterklasse, v.a. die Gewerkschaften, verleihen wird.

Der Antidemokratismus der Konservativen und ihre reaktionäre Utopie der sozialen Regulierung durch den Markt visiert den politisch starken Sicherheits- und Repressionsstaat an. Dieser ist unabdingbar, wenn die mit dem Abbau des Sozialstaats aufbrechenden Konflikte unter Kontrolle bleiben sollen. Er kann soziale und politische Stärke jedoch nur insoweit gewinnen, wie er die auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung drängenden Individualisierungsmentalitäten politisch ausbeuten und die soziale und politische Spaltung (Modell 2/3-Gesellschaft) vorantreiben kann.²

Eine solche nach innen aggressive Demokratie wird ihre Aggressivität auch nach außen wenden. Der Kampf um Formen und Inhalte der Demokratie entscheidet also auch wesentlich, welchen Charakter das System der internationalen Beziehungen annehmen wird.

Die Alternative ist ein neuer Demokra-

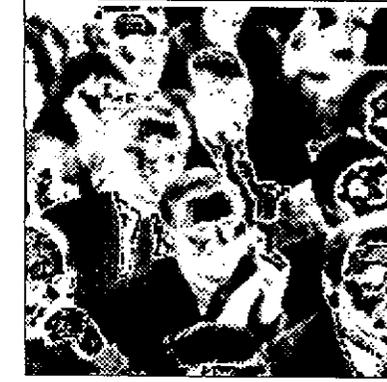
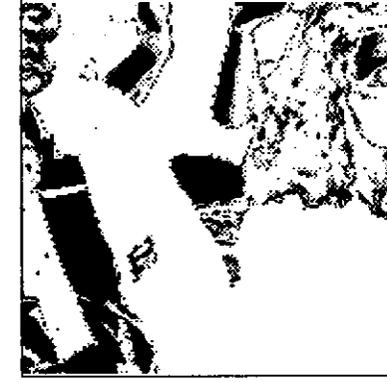
In der Wirtschaft muß die Demokratisierung über die ersten zarten Ansätze hinausgetrieben werden. Dabei können die herrschenden Eigentums- und Besitzverhältnisse nicht tabu bleiben.

in die Gesellschaft und in die sozialen Bewegungen zielt und in einer neuen demokratischen Kultur den eigenen Rückhalt schafft. Es geht bei ihm nicht mehr um die traditionelle Grundrechtsdeklaration, sondern um ihre Garantie und ihre Verwirklichung in der sozialen Realität. Ein wichtiges Feld ist das Aufbrechen des verkrusteten Repräsentativsystems durch Elemente und Formen der direkten Demokratie. In der Wirtschaft muß die Demokratisierung über die ersten zarten Ansätze des "Konstitutionalismus" hinausgetrieben werden. Dabei können die herrschenden Eigentums- und Besitzverhältnisse nicht tabu bleiben. Dies ergibt sich schon mit der Ausdehnung demokratischer Legitimität und Kontrolle auf die Befugnisse des Managements. Dies zeigt sich aber auch mit besonderer Schärfe bei allen Unternehmen, die "Geschäftsfunktionen" bei der Konstituierung der Öffentlichkeit ausüben, vor allem den Unternehmen und Einrichtungen des Medienbereichs. Ohne ein Übergewicht demokratischer öffentlicher Kontrolle über das Kapital und die Staatsbürokratie dieses Be-

trie- und Demokratisierungstyp³, der seine Basis in den Kräften und Tendenzen demokratischer Vergesellschaftung von oben und unten findet, auf die Ausweitung der Demokratie

reichs ist Demokratie nicht möglich. Der Zustand einer durch die herrschenden ökonomischen Interessen bestimmten Öffentlichkeit würde in die Zukunft verlängert und die Zivilgesellschaft hätte eine dauerhafte Schlagseite zugunsten bürgerlich-kapitalistischer Interessen.

Bei der Erörterung dieser Fragen darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Demokratie in den bürgerlich-kapitalistischen Staaten und Gesellschaften, wie sie sich in der Nachkriegsperiode durchgesetzt hatte, ihre Bewährungsprobe noch zu bestehen hat. Erinnert werden muß daran, daß in der Zwischenkriegsperiode die Demokratie nicht nur in Deutschland und Italien überrollt worden war. Die Verbindung von Wirtschaftskrisen und Nationalismus schuf das Klima, in dem Faschismus und Autoritarismus heranreiften. Der Wegfall des Sozialismus als alternative Druckinstanz muß heute zweifellos auch auf die Heranbildung derartiger Konstellationen Einfluß haben. Die Anfälligkeit dieser Gesellschaften für autoritäre, rechtspopulistische und neofaschistische Tendenzen zeigt sich an den Stimmungen gegen Ausländer und dem Aufkommen derartiger Bewegungen und Parteien. Kommen nun Konflikte aus der Verschärfung des Nord-Süd-Gegensatzes und der Ökologieprobleme hinzu, kann sehr schnell die Stunde neuer antidemokratischer Regimes kommen. Aus diesem Grunde werden auch in Zukunft die Kämpfe um die Verteidigung demokratischer Formen und Errungenschaften und die Bewegungen für Demokratisierungsfortschritte zusammengehören müssen.



Universelles Prinzip

Obwohl die UNO-Deklarationen und -Dokumente die demokratischen Regeln für die Gestaltung der internationalen Beziehungen längst festgeschrieben haben, ist die Realität von ihrer Verwirklichung weit entfernt.

Auch hier muß daran erinnert werden, daß die politische Emanzipation der Länder und Völker der dritten Welt ohne den Aufstieg der Sowjetunion zu einer alternativen Weltmacht und den Rückhalt der sozialistischen Staaten nicht möglich gewesen wäre. Die Folgen des faktischen Zusammenbruchs dieses Blocks für die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder sind gegenwärtig noch nicht absehbar.

Demokratie in den internationalen Beziehungen heißt vor allem Gleichberechtigung aller Staaten und Respektierung ihrer Souveränität und Integrität. Dem steht ihre reale Ungleichheit unter nahezu allen Gesichtspunkten und die Existenz eines ökonomischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems entgegen. Je stärker sich die Internationalisierung jedoch durchsetzt und damit auch die Einbeziehung der einzelnen Länder in das System der Weltwirtschaft und der internationalen Beziehungen, um so gravierender ist die Abhängigkeit und ökonomisch-technologische Subalternität gegenüber den

Lebensweisemodelle und Bedürfnisstrukturen, die in Wechselwirkung mit der Produktion entstehen, haben nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine eigene Grundlage.

Was faktisch das erste große historische Experiment der Durchsetzung des Sozialismus auf der Basis eines zurückgebliebenen Produktivkraftsystems unterminiert hat, muß auf die Nord-Süd-Beziehungen noch verheerendere Auswirkungen haben. Lebensweisemodelle und Bedürfnisstrukturen, die in Wechselwirkung mit der Produktion entstehen, haben nur in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine eigene Grundlage. Bei allen anderen Völkern fassen sie heute über die internationalisierten Kommunikationsstrukturen Fuß, ohne in der eigenen Produktion eine Grundlage zur Befriedigung zu haben. Die Beziehung Produktion-Konsumtion bzw. -Bedürfnisse ist also internationalisiert und für die einzelnen Länder entkoppelt. Damit entsteht für den jeweiligen nationalen Entwicklungsweg ein sozialer und politischer Druck, der zur bedingungslosen Einordnung in die kapitalistisch dominierte Weltwirtschaft und zur Adaption der entsprechenden Strukturen zwingt. Unter den Ausgangsbedingungen der meisten Entwicklungslän-

entwickelten kapitalistischen Ländern geworden. Es hat sich eine faktische Diktatur dieser Länder und der internationalen Kapital- und Finanzgruppen über den Weltmarkt etabliert, deren Basis die ökonomische und technologische Überlegenheit ist.

der wird damit die Kluft zu den reichen Ländern vergrößert, selbst wenn enorme Entwicklungsfortschritte gemacht werden können. Der Sprung zum "westlichen Lebensstandard" kann nur von Oberschichten getan werden, wodurch die innere Polarisierung noch verschärft wird. Aber auch ohne eine solche soziale Polarisierung nehmen die Tendenzen zur sozialen und politischen Destabilisierung zu. Gleichzeitig wächst nach dem Vorbild der kapitalistischen Länder, deren Produktionsmethoden ja übernommen werden müssen, die Ressourcen- und Umweltbeanspruchung, wodurch die Ökologiefragen u.a. Probleme zu globalen Problemen werden. Unter diesen Bedingungen schwindet in vielen dieser Länder die Basis für eine moderne Massendemokratie, die sich mit nationaler Souveränität verbindet. Die mitunter auch auf internationalen Druck installierten demokratischen Regime haben demgegenüber die Funktion, diese Länder für das internationale Finanzkapital zu öffnen und die Einflüsse des Volkes auf die Politik weiterhin auszuschalten.

Zur Lösung der globalen Probleme besteht somit eine primäre Verantwortung der "ersten Welt" und der demokratischen Kräfte in ihr. Es liegt auf der Hand, daß die weltweite Anhebung des Lebensstandards auf ein 50-Prozent-Niveau der entwickelten Länder infolge der dafür notwendigen Ressourcen- und Umweltbeanspruchung zum ökologischen Kollaps führen müßte. Schaltet man die Vorstellungen einer Ökologiediktatur über die dritte Welt aus - sie müßte sich zweifellos auch auf die "zweite Welt", die Sta-



tengruppe der sozialistischen bzw. früher sozialistischen Länder erstrecken und hätte auch analoge Konsequenzen für die politischen Strukturen der "ersten Welt", dann muß für eine demokratische Lösung gerungen werden. Sie ist allerdings nicht denkbar, ohne daß tiefgreifende Eingriffe in die Wirtschaft der "ersten Welt" erfolgen.

Sie betreffen zum einen über die derzeitigen Quoten der Entwicklungshilfe weit hinausgehende Umverteilungsmaßnahmen, die allerdings nicht als mildtätige Gaben darzubringen wären, sondern vor allem über die Änderung der vielfach nichtäquivalenten Austauschrelationen und des Preissystems zu realisieren wären. Entscheidender erscheint jedoch der verallgemeinerte Zugang zu den Errungenschaften der Wissenschaft und Technik und eine historisch kurzfristige Umstellung des gesamten Produktionsapparates sowie der Konsumtion unter Gesichtspunkten einer rapiden Senkung der Ressourcenbelastung (Energie, Rohstoffe etc.) und der Umweltbeanspruchung. Eine solche Umstellung verlangt einen wissenschaftlichen und technologischen Sprung, der nur in der "ersten Welt" stattfinden kann. Nur die historisch kurzfristige und weltweite Durchsetzung einer solchen Produktionsweise wird Entwicklung weiterhin möglich machen und die materielle Voraussetzung zur friedlichen und demokratischen Lösung der glo-

Es spricht also wenig dafür, daß mit der verallgemeinerten Durchsetzung des Repräsentativsystems im politischen Raum der Fortschritt und mit ihm die Geschichte zu Ende sei. Ganz im Gegenteil deutet alles auf die Notwendigkeit eines neuen Demokratisierungsschubs in die Tiefe der Gesellschaft.

balen Probleme darstellen können. Dies schließt natürlich den beschleunigten Transfer dieser Technologien in die dritte Welt ein. Dies wäre selbst der Weg, der nach einer - freilich z.Z. nur schwer vorstellbaren - sozialistischen Revolution oder Umwälzung in der "ersten Welt" gegangen werden müßte. Die Geburtsstunden der modernen Demokratie waren begleitet von der Deklaration der Menschenrechte in den bürgerlichen Revolutionen. Die soziale Massendemokratie und der Sozialismus haben ihre soziale Garantie und Fundierung zum Programm erhoben. Ihre Prinzipien waren und sind nicht durch nationale, ethnische, rassische, religiöse o.a. Begrenzungen bestimmt, sondern sie zielen auf die Menschheit, sind auf alle Menschen der Erde bezogen, also universell. Dies gilt auch für den Anspruch und die Möglichkeit des Lebensstandards. Eine Welt des Friedens und der Demokratie mit sich ausweitenden Diskrepanzen der Lebensbedingungen ist heute nicht mehr denkbar.

Die Durchsetzung des Regelsystems der Demokratie in den internationalen Beziehungen ist zweifellos eine wichtige Voraussetzung zur demokratischen Lösung der anstehenden Probleme. Sie enthält diese Lösungen jedoch nur dann, wenn sie mit den Emanzipa-

tions- und Gleichheitsprinzipien im universellen Sinne verbunden ist.

Demokratie - das Ende der Geschichte?

Es spricht einiges dafür, daß mit dem Zusammenbruch des bisherigen Sozialismus im Osten in der "ersten Welt" auch Kräfte und Konflikte freigesetzt werden, die den Demokratisierungsprozeß vorantreiben und die vom Osten in den Westen zurückschwappende Restaurationswelle in Grenzen halten könnten. Diese Kräfte werden sich vor allem auf den Feldern der demokratischen Kontrolle von Wissenschaft und Technik und des Gesellschaft-Natur-Verhältnisses formieren und vor allem auf die Eindämmung und Ausschaltung der Risikopotentiale zielen, die sich international auch als globale Probleme darstellen. Ihre demokratische Lösung wird selbst ein zentraler Ansatz der Demokratiebewegung werden. Gleichzeitig wird das vielfach intensivere Demokratiebedürfnis, das mit dem neuen Individualisierungsschub entsteht, zu einer schärferen Konfrontation von Individuum und Staat bzw. übergreifenden Organisationen und Institutionen auf der einen Seite⁴ und den durch Eigentumsprivilegien und Zwänge der Kapitalverwertung gesetzten Entwicklungsbarrieren auf der anderen Seite führen. Gerade in diesen Zusammenhängen und aus diesen Quellen kann auch der Gegensatz von Arbeit und Kapital erneut Brisanz erlangen.

Es spricht also wenig dafür, daß mit der verallgemeinerten Durchsetzung des Repräsentativsystems im politischen

Raum der Fortschritt und mit ihm die Geschichte zu Ende sei. Ganz im Gegenteil deutet alles auf die Notwendigkeit eines neuen Demokratisierungsschubs in die Tiefe der Gesellschaft. Darüber hinaus kann man die begründete Ansicht vertreten, obwohl sie sicher gegenwärtig so unpopulär wie selten zuvor ist, daß sich in einem solchen Prozeß erneut die Notwendigkeit des Sozialismus stellen wird und sich dazu neue Zugänge erschließen werden. Dies könnte angesichts der heute vorhandenen Erfahrungen und theoretischen Einsichten nur ein demokratischer Weg zu einem demokratischen Sozialismus sein. Auch er könnte freilich nicht von der Möglichkeit des Gesetzesbruches durch Kräfte der Restauration und der dadurch hervorgerufenen Notwendigkeit eines Ausnahme- und Notstandsregimes - also faktisch Formen der Diktatur auf Zeit - absehen. Dies wäre im Kern die revolutionäre Übergangsdiktatur, wie sie Marx für notwendig erachtete, die allerdings nichts mit der Diktatur des Proletariats zu tun hätte, wie man sie aus der Geschichte der Sowjetunion kennt.

Ein solcher Übergang ist nur möglich - in einer Gruppe entwickelter kapitalistischer Länder, die starke Positionen in der Weltwirtschaft besitzt;

- unter den Bedingungen hoher Internationalisierung und der Beibehaltung der Stellung in der internationalen Arbeitsteilung, was eine Abschließung gegenüber der Umwelt verbietet;
- bei längerfristigen demokratischen Reformprozessen, mit denen die Bereiche der Non-Profit-Produktion und -Wirtschaftstätigkeit ausgeweitet, ein demokratischer Regulierungs- und Vergesellschaftungstyp durchgesetzt und eine ideologisch-kulturelle Hegemonie demokratisch-sozialistischer Werte erkämpft werden;
- mit einem pluralistischen politischen System, was bei einem entsprechenden Ausgang der Wahlen und dem Wechsel der Regierung auch die Rücknahme des Übergangs zum Sozialismus bedeuten kann;
- mit einer schubartigen, von breiten



Massenbewegungen getragenen Demokratisierungswelle, die neue Formen und Institutionen der demokratischen Selbstorganisation hervorbringt und vor allem auf die demokratische Aufhebung bzw. Umgestaltung der Macht- und Repressionsorgane abzielt.

Dies wäre der Prozeß der Revolution unter neuen Bedingungen, dessen historische Notwendigkeit und demokratische Legitimität nicht in Zweifel gezogen werden könnte. Es wäre eine friedliche, gewaltlose und demokratische Revolution, eine beschleunigte und radikalisierte demokratische Reform.

Der Übergang zum Sozialismus wäre die Aufhebung des auf dem Privateigentum der Produktionsmittel beruhenden Klassenprivilegs und der entsprechenden Herrschaftsverhältnisse sowie der Beginn der Aufhebung der Herrschaft der akkumulierten oder toten Arbeit über die lebendige Arbeit oder anders ausgedrückt: des Profitprinzips über die Gesellschaft.

Aber genau genommen beginnt dieser Prozeß schon im Ringen um die Verwirklichung einer demokratischen Reformalternative, für die die Eigentumsverhältnisse keine Tabu-Zone darstellen. Dabei sind es die neuen Probleme, Bewegungen⁵ und Konflikte, die diesem Prozeß Dynamik verleihen können.

Keht man nochmals zur Hypothese des Endes der Geschichte zurück, so wird ein historisches Verständnis selbst in einer universalisierten Demokratie und in einem demokratischen Sozialis-

mus nur die Durchgangsformen zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft sehen können, in der Politik und Demokratie als Formen der Macht bzw. des Kampfes um die Macht gegenstandslos geworden sind, weil die Grundlagen dafür entfallen sind. Demokratie ist zweifellos die beste und einzig denkbare Form zur Schaffung einer solchen Ordnung und damit der Weg zur Selbstaufhebung der Demokratie durch volle und unbegrenzte Entfaltung ihrer Möglichkeiten. ■

Heinz Jung, Mitherausgeber von "Z.", Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus "Z.", Nr. 1 1990

1 Vgl. Norberto Bobbio, Die Zukunft der Demokratie, Berlin/West 1988, S. 11 ff.
2 Vgl. Joachim Bischoff, Richard Doffe, Massengesellschaft und Individualität, Hamburg 1989
3 Vgl. Jörg Huffschild, Heinz Jung, Reformalternative, a.a.O., Abschnitt III.2 "Ein neuer Demokratisierungstyp"
4 So auch: Ulrich Beck, Die unvollendete Demokratie, in: Der Spiegel, Hamburg, v. 18.12.1989, S. 186/7.
5 Hier wäre die Subjektfrage und die Bedeutung der Demokratisierung für sozialistische und linke Organisationen abzuhandeln. Dem Verfasser erscheint die Meinung nicht für tragfähig, daß eine emanzipatorische politisch wirksame Tätigkeit im nationalen Rahmen ausschließlich durch Formen direkter Demokratie, die hierarchische Organisations- und Autoritätsstrukturen ausschließen, möglich sei. Diese Formen sind Übergangsformen entweder beim Übergang von Bewegungen zur Partei oder Organisation oder Stadien im Auflösungsprozeß organisatorisch-politischer Bindungen.



Die unsichere Wirtschaft zwischen den Marionettenfäden des sozialistischen Plans und den freien Insignien Merkurs - Titelbild der Ost-Berliner Außenhandelszeitung "GDR-Merkur".

Gegen die Vorherrschaft des Marktes und des Staates - für eine funktionsfähige Steuerung der Wirtschaft

Die Zeit für seriöse Diskussionen über ökonomische Steuerungsprobleme ist denkbar schlecht: Die planwirtschaftlichen Systeme in fast allen Ländern Osteuropas sind zusammengebrochen. Ihr Anspruch ist gescheitert, eine demokratische und effiziente Alternative zur gewinngesteuerten kapitalistischen Marktwirtschaft darzustellen. Auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Gewerbefreiheit als Rechtsrahmen präsentiert sich heute das freie Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt als unschlagbarer Champion bei der Steuerung ökonomischer Prozesse.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat auch früher schon nicht zu den Propagandisten durchzentralisierter Wirtschaftslenkung gehört. Den in reinen Verstaatlichungsmodellen liegenden Erstarrungs-, Bürokratisierungs- und Entdemokratisierungstendenzen haben wir eine Konzeption demokratischer Wirtschaftslenkung entgegengesetzt, in der über Art und Richtung der Produktion unter möglichst weitgehender unmittelbarer Beteiligung der Betroffenen entschieden wird. Aus diesem Grunde sind wir aber auch skeptisch gegenüber dem Totalanspruch marktwirtschaftlicher Steuerung und lehnen die Marktradikalität der vorherrschenden wissenschaftlichen Beratungsinstanzen ab, denn damit wird die Tatsache unterschlagen, daß im real existierenden Kapitalismus unterschiedliche Steuerungselemente zusammenwirken. Das Mischungsverhältnis zwischen Marktsteuerung und Staat gilt es vielmehr auf seine Interessen und Wirkungen zu untersuchen.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sieht sich veranlaßt, ihre Vorstellungen offenzulegen, auf welcher Steuerungskonzeption die Vorschläge für eine alternative Wirtschaftspolitik beruhen, deren Ausarbeitung und Entwicklung wir nach wie vor für erforderlich halten.

Das gemischte System marktwirtschaftlicher und staatlicher Steuerung in der BRD hat sich insofern als leistungsfähig und realsozialistischen Systemen überlegen erwiesen, als es weitreichende technologische Innovationen und ein beeindruckendes Konsumgüterangebot hervorgebracht hat und externe Schocks wie die drastische Ölpreisverteilung Mitte der 70er Jahre mit großer Flexibilität verarbeiten und dadurch Modernisierung organisieren konnte. Auch gegenüber den Ansprüchen der Gewerkschaften auf Verbesserung der sozialen Sicherheit und der Einkommen erwies es sich - sofern diese Ansprüche energisch genug durchgesetzt wurden - als anpassungsfähig. Dies alles hat zu einem Anstieg des güterwirtschaftlichen Lebensstandards und zu einem vergleichsweise ausgebauten System der sozialen Sicherheit für die Bevölkerung geführt. Insofern hat sich die innergesellschaftliche "Gewaltenteilung" bewährt, die auf der Existenz eines

selbständigen und von unmittelbarer staatlicher Lenkung unabhängigen Unternehmenssektors beruht. Diese Unabhängigkeit schafft Spielräume für schnelle Innovationen und kreatives Handeln. Der Druck der Konkurrenz zwingt zu marktnaher und nutzenorientierter Produktion, und die Signale der relativen Preise, so sie sich denn frei bilden können, lenken die knappen Produktionsressourcen einigermaßen zuverlässig in die Nachfragebereiche.

Diese Leistungsfähigkeit marktvermittelter Steuerung kann die kapitalismusradikale tabula-rasa-Position aber nicht begründen, die gegenwärtig allenthalben dominiert. Derartige Parolen sind blind oder unempfindlich gegenüber den schwerwiegenden Defiziten einer profitgesteuerten wirtschaftlichen Entwicklung, die die Notwendigkeit politisch-demokratischer Steuerung begründen. Die Felder kapitalistischen Marktversagens sind die folgenden:

Marktwirtschaft kann da nicht bedürfnisgerecht steuern, wo das Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit nicht zu gewinnbringenden Preisen verkauft werden kann.

Marktwirtschaft kann da nicht bedürfnisgerecht steuern, wo das Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit nicht zu gewinnbringenden Preisen verkauft werden kann. Das ist systematisch bei den öffentlichen Gütern der Fall, die der Gesellschaft als Infrastruktur und öffentliche Dienste unentgeltlich oder zu nicht kostendeckenden Preisen zur Verfügung gestellt werden. Eine Unterwerfung dieser Bereiche unter die privatwirtschaftliche Gewinnmaxime ist bei öffentlichen Gütern zum einen nicht möglich, da sonst etwa die Infrastrukturmaßnahmen nicht erstellt werden. In anderen Bereichen würde diese "Privatisierung" öffentlicher Güter das Angebot

soweit verknappt und/oder die Preise so erhöhen, daß ein erheblicher Teil der Gesellschaft von diesen Versorgungsleistungen ausgeschlossen wäre. Das würde aber letztlich auch den Zusammenhalt und das Funktionieren marktwirtschaftlicher Reproduktion insgesamt untergraben. Das Funktionieren der Privatwirtschaft ist auf die Zurverfügungstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen angewiesen.

Die immanente Dynamik kapitalistischer Kapitalbildung - das kann theoretisch gezeigt werden und ist historisch erwiesen - führt immer wieder zu zyklischen Krisen und zu langfristigen Überakkumulations- und Stagnationsperioden. Es gibt trotz der gegenwärtigen günstigen Wirtschaftssituation keinen Grund für die Annahme, daß diese inneren Gesetzmäßigkeiten, die bekanntlich mit Massenarbeitslosigkeit und Einkommenspolarisierung verbunden sind, ab jetzt außer Kraft gesetzt sein sollten. Vielmehr kommt es darauf an, eine auf den Ausgleich regionaler Wirtschaftsentwicklungen ausgerichtete gesamtwirtschaftliche Steuerung zu sichern.

Privatwirtschaftliche Marktorientierung ist ohne politische Steuerung darauf angelegt, wertvolle Naturressourcen auszubeuten und die Umwelt als "Gratisproduktivkraft" zu nutzen. Die einzelwirtschaftliche Kalkulation läßt es rational erscheinen, Umweltschäden nicht zu beachten, d.h. sie auf die Gesellschaft zu überwälzen. Dies hat zu der dramatischen Verschärfung der ökologischen Krise beigetragen, deren Bekämpfung durch ökologischen Umbau im Zentrum unseres diesjährigen Memorandums steht. Notwendig ist eine ökologisch konsequente Regulierungspolitik, die das umweltignorante "freie Spiel der Marktkräfte" einschränkt.

Die innere Verfassung von kapitalistischen (Groß-)Unternehmen ist dann in hohem Maße durch jene undemokratischen "administrativen Kommandostrukturen" gekennzeichnet, die ansonsten gerade in der Gegenwart mit guten Gründen kritisiert werden, wenn nicht eine Demokratisierung im Rahmen der Unternehmensverfassung gesichert bzw. ausgebaut wird.

Die Entwicklung der kapitalistischen Konkurrenz führt tendenziell zur Selbstzerstörung der Marktregulierung: Die Herausbildung dominanter Unternehmensstrukturen und monopolistischer Konzernstrategien kann die ökonomische Funktionsfähigkeit von Märkten weitgehend einträchtigen, auch wenn zwischen großen Konzernen scharfe Konkurrenz besteht. Die Umsetzung ökonomischer Konzentration in politische Macht zerstört überdies jene Trennung und Unabhängigkeit zwischen Wirtschaft und Politik, die die Legitimationsgrundlage und Basis für die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft war.

Diese Defizite machen die Ebenen politischer Gestaltung und Gegensteuerung deutlich. Privatwirtschaftliche Produktions- und Verteilungsprozesse müssen durch aktive öffentliche Infrastruktur- und soziale Versorgungsleistungen ergänzt, durch eine gesamtwirtschaftliche Steuerung komplettiert und in einen gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnungsrahmen eingebunden werden. Hierdurch sollen ihre immanenten Defizite begrenzt und wirtschaftliche Aktivitäten in Bahnen gelenkt werden, die den nicht individuellen Kaufkraft ausdrückenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen entsprechen. Der marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismus bedarf gesellschaftlicher Voraussetzungen, Ergänzungen und Kontrollen. Diese können und sollen vielfältige Formen umfassen. Dabei spielen in der Regel nicht Eigentumsformen die entscheidende Rolle. Überall da, wo dies möglich ist, sollten Steuerungssysteme gewählt werden, die die privatwirtschaftlichen Gewinninteressen nicht aushebeln, sondern deren Kraft nutzen, sie jedoch in politische Ziele einbinden.

Uns ist bewußt, daß diese Vorstellungen Probleme aufwerfen, deren Lösung schwierig ist. Wie sollen z.B. Bedürfnis- und Effizienzkriterien für "gesellschaftliche" Steuerung ermittelt werden? Ihre Formulierung stellt ein schwieriges Unterfangen dar. Seine Gefahren liegen darin, daß individuelle Bedürfnisse unter Mehrheitsmechanismen erdrückt werden und insofern persönliche Freiheitspielräume unzulässig eingeschränkt werden, deren

Der marktwirtschaftliche Regulierungsmechanismus bedarf gesellschaftlicher Voraussetzungen, Ergänzungen und Kontrollen.



Marx mit Kaufmannshut

optimale Entfaltung zu den Essentials fortschrittlicher Politik gehören muß. Es bedarf nicht des Rückgriffs auf den Zusammenbruch sozialistischer Länder, um festzustellen, daß es außer Marktversagen auch Staatsversagen in kapitalistischen Ländern gibt, das in Bürokratismus, Inflexibilität, mangelnder Motivation und Verantwortlichkeit staatlicher Apparate seine Ursachen hat. Dem stellen wir das Konzept der Demokratisierung entgegen, das auf eine möglichst weitgehende Einbeziehung der von ökonomischen Entscheidungen betroffenen Menschen zielt. Aber auch dies ist im Einzelfall ein schwieriger Prozeß. Dezentralisierung kann auch kein Patentrezept ökonomischer Steuerung sein, insbesondere dann nicht, wenn es um flächendeckende Infrastrukturmaßnahmen und Großinvestitionen mit langer Ausreifungszeit sowie um Ausgleich des regionalen Entwicklungsgefälles geht. Hier haben wir schon früher demokratische Rahmenplanung und Investitionslenkung vorgeschlagen, die Einrichtung regionaler und zentraler Wirtschafts- und Sozialräte oder sonstiger demokratisch legitimierter Entwicklungsinstitutionen. Neben diesen immanenten Problemen stoßen Konzepte demokratischer Steuerung und öffentlicher Kontrolle auf den Widerstand der Privatwirtschaft, deren Interesse auf die Erhaltung ihrer privaten Dispositionsautonomie und Steigerung ihrer Gewinne gerichtet ist. Der hier liegende Konflikt muß so durchgestanden werden, daß dabei einerseits die privatwirtschaftliche Dynamik des Unternehmenssektors nicht erdrückt wird, jedoch andererseits die im freien Spiel der Markt-Machtkräfte liegen-

den ökonomischen, sozialen und ökologischen Fehlentwicklungen vermieden werden.

Diese unleugbaren Probleme und Schwierigkeiten gesellschaftlicher Rahmenplanung und Eingriffe in die Marktprozesse können aber nicht dazu führen, ganz auf sie zu verzichten. Eine sinnvolle Verfahrensregel stellt dabei sicher der Grundsatz dar, daß über die verbindliche Rahmenordnung hinaus immer dann politisch interveniert werden muß, wenn die Ergebnisse von Marktprozessen nicht akzeptabel sind. Optimal wäre die Steuerung dann, wenn Defizite der Marktsteuerung antizipiert und durch politische Gegensteuerung von vornherein vermieden würden, statt korrigiert werden zu müssen.

Von der Konzeption einer solchen funktionsfähigen Steuerung sind wir allerdings noch weit entfernt (von ihrer Durchsetzung gar nicht zu reden). Gegenwärtig geht es vielmehr in der Hauptsache darum, auf den offensichtlichen Problemdruck, der durch die Fehlentwicklungen des politisch-ökonomischen Systems in der BRD produziert wurde, angemessen zu reagieren. Das erfordert die Eingrenzung der Ursachen für den Problemdruck sowie Kontrolle. Auf diesem Weg können dann die Hauptelemente und -mechanismen einer alternativen, weder der Profitlogik des Marktes noch dem Bürokratismus des Staates ausgelieferten wirtschaftlichen Entwicklung schrittweise konzipiert, erprobt und ausgeweitet werden.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (MEMO), entnommen mit freundlicher Genehmigung aus "Memorandum '90"

Harst Peter, MdB

Ein Plädoyer für den Dritten Weg

Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken

Wenn der Pulverdampf der gegenwärtigen ideologischen Grabenkämpfe abgezogen und die akuten Schübe des Reichsgründungstiebers abgeklungen sind, wird deutlich werden, daß keines der wirklichen Probleme unserer Zeit einer Lösung nähergekommen ist.

Keine der elementaren sozialen, ökologischen und politischen Aufgaben unserer Zeit wird ein wiedergewonnener deutscher Nationalstaat besser lösen können.

Inzwischen läßt der erste Konsumrausch der DDR-Bürger nach, die tatsächlichen Kosten einer "Wiedervereinigung" für die Bürger und Bürgerinnen in DDR und Bundesrepublik werden gerech-

net. Damit wird auch der Reformbedarf der Gesellschaft der Bundesrepublik wieder deutlich. Angesichts der geringen Fähigkeit der jetzigen Bundesregierung, die sozialen Probleme der Bundesrepublik zu lösen, bleibt fraglich, wie diese Bundesregierung die sozialen Probleme eines wiedervereinigten Deutschlands lösen will. Die DDR - nach einem Anschluß zur strukturschwachen Region verstümmelt - wird vor einer bundesdeutschen regionalen Strukturpolitik stehen, deren Erfolge nach 40 Jahren in Ostfriesland und Oberbayern besehen werden können. Bei einer globalen Sichtweise der tatsächlich angehäuften Probleme auf diesem Planeten und der fehlenden Lösungskompetenz auch der überzeugten Marktwirtschaftler wird einsichtig: Die bundesdeutsche Wohlstandsinsel kann kein Maßstab für diesen Planeten

Die Ideologen der marktwirtschaftlichen Fiktion übersehen, daß der Markt ein ordnungspolitisches Instrument zur Organisation des Wettbewerbes ist; soziale, ökologische und ökonomische Krisen verweisen auf die mangelnde Leistungsfähigkeit des Marktes in zentralen Sektoren der Gesellschaft.

oder für den Erfolg oder Mißerfolg gesellschaftlicher und ökonomischer Systeme, Theorien und Ideologien sein. Wenn jetzt die FDP eine Anzeigenserie schaltet, in der sie quasi das neue Jahrzehnt als liberaleres Jahrzehnt für sich zu beschlagnahmen versucht, so irrt sie. Allen Totsagern zum Trotz: das beginnende Jahrzehnt wird das Jahrzehnt der Sozialdemokratie. Diese ist nicht am Ende ihrer Geschichte angelangt. Schon deswegen nicht, weil die alten Ursachen ihrer Existenz noch fortbestehen und neue längst hinzugekommen sind.

Angesichts des Zusammenbruchs des Kasernensystems in Osteuropa und angesichts der Tendenzen des Reststalinismus, ohne Übergang zum Kapitalismus zurückzukehren, sehen sich die ideologischen Krisengewinnler als historische Sieger, am Ende der Ge-

schichte oder gar im Stadium des "Post-Histoire". In dieser Stimmungslage mußten mahnende Rufe wie der von Stefan Heym verhallen, daß nicht das "noble Experiment des Sozialismus" als gescheitert anzusehen sei, nur weil einige es "so lange mit unzulänglichem Gerät und falschen Zutaten" probiert hätten. Konservative und Stalinisten waren stets im gleichen Maße daran interessiert, den Stalinismus als gefundene endgültige Form des Sozialismus darzustellen. Die Konservativen, um den Sozialismus denunzieren zu können, die Stalinisten, um sich historische und damit politische Legitimation zu verschaffen. Günter Grass stellte deshalb zu Recht fest, daß "Kapitalisten und Kommunisten immer gemein (hatten): die vorbeugende Verdammung eines Dritten Weges." Diese Art der Gemeinsamkeit setzt sich auch in

Die wesentlichen Punkte der Kapitalismuskritik der Linken sind nicht erledigt. Neue sind hinzugekommen.

Die Probleme der Zukunft sind andere als die des anachronistischen Kampfes Kapitalismus-Stalinismus oder des falschen Widerspruchs Markt-Plan.

der Geschwindigkeit fort, in der die Stalinisten ihrer historischen Siegesgewißheit abschwören, und die CDU auf die SPD der DDR als Adressatin ihrer Freiheit-statt-Sozialismus-Agitation umschaltet.

Die Ideologen der marktwirtschaftlichen Fiktion übersehen, daß der Markt ein ordnungspolitisches Instrument zur Organisation des Wettbewerbes ist; soziale, ökologische und ökonomische Krisen verweisen auf die mangelnde Leistungsfähigkeit des Marktes in zentralen Sektoren der Gesellschaft. Es bedarf politischer Instrumente, um in diesen Bereichen die Marktmechanismen zu steuern und zu ergänzen. Die modernen Gesellschaften des Westens sind Resultat eines gesellschaftlichen Kompromisses, dessen Elemente 1. Sozialstaat, 2. Massenwohlstand, 3. Massendemokratie und 4. Rechtsstaat,

von der Arbeiterbewegung im hundertjährigen Kampf den politischen und gesellschaftlichen Eliten des Kapitalismus abgerungen werden mußten. Was als "Soziale Marktwirtschaft" verklärt wird, ist eine zerbrechliche Synthese des rohen Kapitalismus mit mildernden reformistischen Strukturen. Jederzeit droht der Rückfall in einen Zustand, der in anderen Kontinenten noch die Regel ist. Das Strukturproblem des politischen Kräftefeldes in Osteuropa ist für die nächste Zeit, daß mit dem Ende des Stalinismus eine linke Alternative zur gegenwärtigen Entwicklung versperrt ist, da der Stalinismus die Linke desavouiert hat und damit ungehindert kapitalistische Strukturen durchgesetzt werden können.

Für Westeuropa gilt, daß dort die Linke lebendiger denn je ist. Durch den Druck der Arbeiterbewegung sind Steuerungsinstrumente und -mechanismen Bestandteil der modernen kapitalistischen Gesellschaften geworden.

Die wesentlichen Punkte der Kapitalismuskritik der Linken sind nicht erledigt. Neue sind hinzugekommen. Die westeuropäische Linke hat die Kraft zur programmatischen Erneuerung, nachdem sich der sozialstaatssozialistische Kompromiß erschöpft hat. Offensichtlich ist das Scheitern der neokonservativen Konterrevolution. Das Berliner Programm der SPD ist das europäische Beispiel für diese programmatische Erneuerung der Linken mit seinen Aussagen zur ökologischen Erneuerung, demokratischen Reform des politischen Systems, dem Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, zu Friedenssicherung und internationaler Solidarität.

Mit dem Kollaps des Stalinismus fällt der Systemantagonismus weg; von den Problemen und Folgen des Kapitalismus kann er nicht länger ablenken. Die Probleme der Zukunft sind andere als die des anachronistischen Kampfes Kapitalismus-Stalinismus oder des falschen Widerspruchs Markt-Plan. Es zeugt von einer geringen Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge - und auf der Linken von einer oberflächlichen Aneignung der Kritik der politischen Ökonomie - wenn die ideologische Identifizierung von Markt mit einer bestimmten Gesellschaftsform unre-

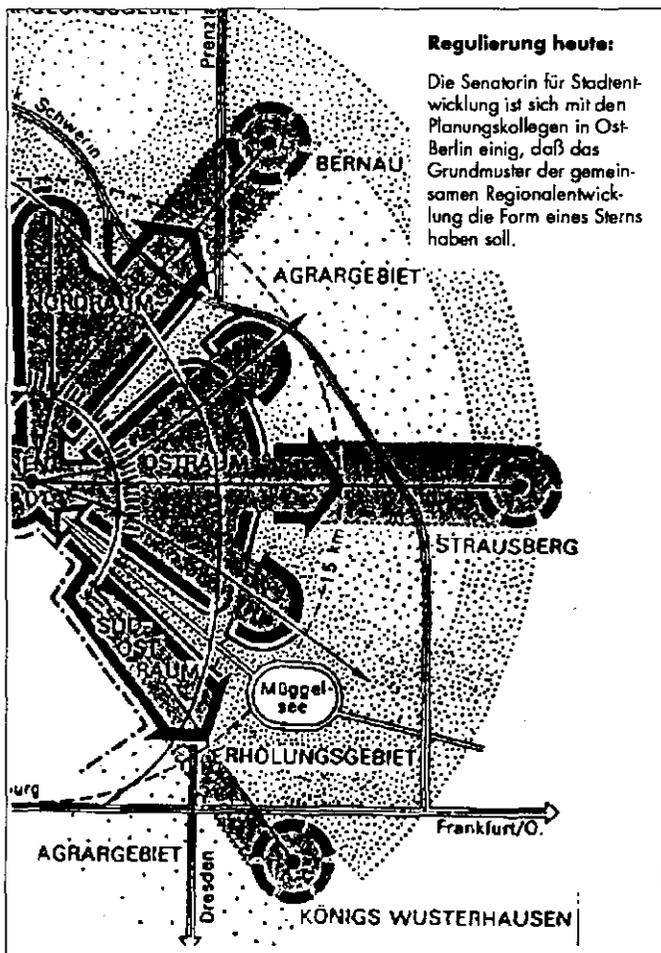
flektiert geglaubt wird. Bei der Beurteilung von Gewinn und Profit ist deren soziale und ökologische Dimension entscheidend: Hier verküft die prinzipielle gesellschaftliche Konfliktlinie der Gegenwart und Zukunft.

Nur in provinzieller Verengung auf die Bundesrepublik können deren Erfolgsgeschichte gefeiert und die globalen Kosten dieser Gesellschaft und dieser Form des Wirtschaftens übersehen werden. Die Elemente der ökologischen, sozialen und ökonomischen Krise ergeben das Gefahrenpanorama der kapitalistischen Gesellschaft als Weltgesellschaft. Keines dieser Krisenteile ist bisher nur im Ansatz begriffen. Im Ernst: Kann ein System als Erfolg angesehen werden, das nach seiner bisherigen 500jährigen Geschichte gerade 600 Millionen von mehreren Milliarden Menschen eine halbwegs gesicherte Existenz garantieren kann und dies auf einer Verschwendung der natürlichen und menschlichen Lebenspotenzen aufbaut? Selbst in den Metropolen ist fraglich, welchen Wohlstandsvorteil zum Beispiel ein in der vierten Generation arbeitsloser Afroamerikaner in New York von seinem Recht, in den USA zu leben, haben soll.

Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Frage, ob sie den Völkern in Osteuropa ein gesellschaftliches und wirtschaftliches System andienen will, das nach Aussage des frisch beschlossenen Berliner Programms und der Berliner Erklärung für die Bundesrepublik als veränderungsbedürftig angesehen wird.

Während die Sozialistische Fraktion des Europaparlamentes "im Zusammenbruch des Kommunismus ... eine Bestätigung der Ziele des demokratischen Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus" sieht, schleichen sich unreflektierte Propagierung der "Marktwirtschaft", Überidentifikation und das Gefühl der Systemüberlegenheit in die Argumentation der Sozialdemokraten. Die Berliner Beschlüsse bieten der SPD ein deutschlandpolitisches Korsett, das zu vergessen und verdrängen töricht wäre. Es würde die Chance vertan, mit dem neuen Grundsatzprogramm die sozialdemokratische Perspektive eines orga-

nisierten Weges zur Einheit zu formulieren - die Alternative zur Strategie der Konservativen, die auf Destabilisierung und bedingungslose Unterwerfung der DDR zielen. Für Sozialdemokraten ist die nationale Frage eine soziale, eine ökologische, eine demokratische Frage, und ganz besonders eine Friedensfrage.



Uwe Kremer, Dortmund

MARKT- WIRTSCHAFT ÜBER ALLES

Zum wirtschaftspolitischen Programm der DDR-SPD

Manchen Vorurteilen der hiesigen Linken zum Trotz gibt es in der SPD der DDR durchaus ernstzunehmende Teile, die keineswegs einer naiven Marktgläubigkeit frönen, sondern wirtschaftspolitische Wege gehen wollen, wie sie auch im Grundsatzprogramm der westdeutschen Sozialdemokratie verankert worden sind. In der SPW 51 wurden entsprechende Beiträge dokumentiert, darunter auch ein Papier des Ost-Berliner Bezirksverbandes, in dem eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft mit einem starken öffentlich-

demokratischen Wirtschaftssektor einer "freien Marktwirtschaft" gegenübergestellt wurde. Kein Wunder, daß dieses Papier im Zentralorgan des westdeutschen Kapitals, der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", einen entsprechenden Verriß nach sich zog.

Mittlerweile ist allerdings eine Beschlusslage in der DDR-SPD hergestellt worden, die in eine gänzlich andere Rich-

"Wir sind stolz auf unsere Freundinnen und Freunde in der SPD der DDR und auf ihr neues Wirtschaftsprogramm der sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft." Denn: "Das Programm setzt auf Marktwirtschaft und Wettbewerb und nicht auf faule Kompromisse zwischen Staat und Planung einerseits und Markt und Wettbewerb andererseits."

tung geht und nicht von ungefähr das Lob besagten Zentralorgans einheimen konnte. Dazu einige Auszüge aus dem neuen Wirtschaftsprogramm:

"Planwirtschaft bedeutet immer Unterdrückung von Initiative des Einzelnen, ohne die es keinen Wohlstand geben kann. Wir Sozialdemokraten sagen deshalb Nein zu neuen Experimenten mit einer "marktorientierten Planwirtschaft" oder einer "sozialistischen Marktwirtschaft". Der Plan muß weg... Wir Sozialdemokraten wollen deshalb Markt und Wettbewerb, damit Demokratie lebendig werden und individuelle Freiheit und Initiative sich zum Wohle aller entfalten kann..."

"Marktwirtschaft nur in Teilbereichen funktioniert nicht... Wer Markt nur zum Teil will, der will an einer bevormundenden Planbürokratie und damit an einer direkten staatlichen Machtausübung in der Wirtschaft festhalten. Wir Sozialdemokraten wollen Marktwirtschaft als umfassendes Ordnungsprinzip unserer Wirtschaft einführen... Wettbewerb im Markt ist die unsichtbare Hand, die die Wirtschaft steuert und die Leistung der Unternehmen kontrolliert."

Natürlich fehlen nicht die Hinweise auf notwendige staatliche Regelungen des

Wettbewerbs, öffentliche Versorgungsfunktionen und dergleichen mehr. Aber dies findet man bekanntlich auch in jedem konservativen und liberalen Konzept. Was am meisten frappiert, ist die dogmatisch-lehrbuchartige Lobpreisung der Marktwirtschaftsideologie mit ihrer Gleichsetzung von Markt und Demokratie, Wettbewerb und Freiheit. Dabei handelt es sich offenbar um nichts anderes als ein Spiegelbild der "marxistisch-leninistischen" Lehrsätze zur angeblichen "Politischen Ökonomie des Sozialismus", die zugleich als planwirtschaftlicher Popanz aufgebaut werden.

Wie Lotze u.a. (Leipzig) in der SPW 51 ausgeführt haben, konnte von planarischem Wirtschaften in der DDR kaum die Rede sein. Insoweit ist es auch unsinnig, Kommando- und Planwirtschaft gleichzusetzen. Andererseits verfügt eine unbestritten moderne und erfolgreiche Ökonomie wie die japanische durchaus über entwickelte Planungsmechanismen (worauf Lotze u.a. ebenfalls hinweisen). Nicht umsonst wird in der Literatur häufig von einer "planorientierten Marktwirtschaft" gesprochen, wenn es um Japan geht. Aber auch mit Blick auf andere Staaten und erst recht mit Blick auf die Planungsabteilungen der großen Konzerne entpuppt sich die Kampfansage an "den" Plan als rein ideologisches Manöver, das mit den modernen kapitalistischen Realitäten genausowenig zu tun hat wie mit der realsozialistischen Vergangenheit.

Dahinter erscheinen die alten mittelständischen Ideologien mit der Forderung nach Privatisierung, Kleinaktionärswesen und Kartellrecht deutlich, die real immer mit dem Vormarsch der großen Konzerne einhergehen. Konkret bedenklich ist der Verzicht auf eine öffentliche und demokratisch gestaltete Industrie- und Strukturpolitik der DDR, zugleich der Verzicht auf regionalwirtschaftliche Steuerungskompetenz, womit die ostdeutsche Industrie auf dem Altar der Marktwirtschaft, sprich: westlicher Kapitalinteressen, geopfert wird. Kein Wunder also, wenn sich die FAZ lobend über die Ost-SPD auslassen konnte, stellte sie sich doch in den Gegensatz zur wirtschaftspolitischen Programmatik ihrer westlichen Schwesterpartei, die einen funktionie-

renden Markt mit starken wirtschaftsdemokratischen Steuerungsinstrumenten verbinden will.

Aber dies ist nun einmal die Beschlusslage von selbständigen Parteien. Besonders bemerkenswert ist allerdings eine Verlautbarung des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Wolfgang Roth vom 14. Februar:

"Wir sind stolz auf unsere Freundinnen und Freunde in der SPD der DDR und auf ihr neues Wirtschaftsprogramm der sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft." Denn: "Das Programm setzt auf Marktwirtschaft und Wettbewerb und nicht auf faule Kompromisse zwischen Staat und Planung einerseits und Markt und Wettbewerb andererseits."

Es ist offenkundig, daß mit diesen "faulen Kompromissen" auch die wirtschaftspolitischen Passagen des neuen Grundsatzprogramms der West-SPD gemeint sind, gegen die sich Roth auf diesem Wege wendet - und dies wohl in der Hoffnung, daß es in einer gesamtdeutschen SPD zu einer Rechtsverschiebung kommen könne.

Wolfgang Roth ist aber kein Einzelgänger. Schließlich liegt Ingrid Matthäus Maier, die finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, auf einer ähnlichen Wellenlänge: Sie hat jüngst (im Handelsblatt vom 5.4.) Belegschaftsfonds für die ehemaligen Staatsbetriebe abgelehnt und stattdessen ihren Verkauf gefordert, um damit einen Schuldenerlaß für diese Betriebe zu finanzieren, welcher wiederum im Rahmen einer sofortigen Wirtschafts- und Währungsunion erforderlich sei. Das Treiben von Matthäus-Maier und Roth hat zwar mit sozialdemokratischen Konzeptionen ebensowenig zu tun wie der Lehrbuch-Liberalismus der Ost-SPD, aber es scheint sich dennoch kaum Widerstand zu regen. Andererseits: Wie lange will die Parteilinke noch kommentar- und tatenlos zusehen? Sie ist gefordert, ihre wirtschaftsdemokratischen Positionen im Rahmen einer SPD-Vereinigung zu verteidigen - wenn möglich, zusammen mit linkssozialdemokratischen Kräften in der DDR.

Weiterhin lieferbar aus unserem Verlags- programm:

Josef Hindels MARXISMUS UND GEGENWART

2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Prof. Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen in der Gegenwart, befaßt sich in dieser Broschüre aus der Sicht des unorthodoxen Marxismus mit jenen Fragen, die in der Gesellschaft von heute große ideologische Auseinandersetzungen auslösen: Die atomare Bedrohung und der Hunger in der Welt sowie das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie unter spätkapitalistischen Produktionsverhältnissen. Damit verbunden ist auch eine leicht verständliche Einführung in marxistische Denkweisen. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER: Die weibliche Wirklichkeit ist anders

(Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpfen.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsg. v. Detlev Albers u.a., mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

"... alle diese kritischen Bemerkungen mindern in meinen Augen das außerordentliche Verdienst der Herforder Thesen nicht - und ich sage das ausdrücklich, obwohl ich in einer Reihe von ganz entscheidenden Punkten inhaltlich nicht mit ihnen übereinstimme -, weil nach langer, langer Zeit ... der Versuch gemacht wurde, ein umfassendes

Konzept sozialistischer Politik auf marxistischer Grundlage für Sozialisten in der SPD zu entwickeln." (Peter von Oertzen)

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist. Grundelemente der SPD-Programmatik, die auf der Höhe der Probleme der Zeit steht und die antikapitalistische Perspektive nicht preisgibt.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen

Hrsg. v. Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

spw abonnieren! AbonnentInnen werben!

spw-Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle gegen Rechnung durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck

- Expl. Josef Hindels,
Marxismus und Gegenwart
- Expl. Frauenbilder
- Expl. Kapitalistische Krise
- Expl. Herforder Thesen
- Expl. Linke Sozialdemokraten & ...
- Expl. Sozialismus der Zukunft
- Expl. Projekt Moderner Sozialismus.
53 Thesen

spw Hefte Nr. / / / / / / / / / /
/ / / / / / / / / /
/ / / / / / / / / /

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

Wer jetzt spw abonniert, oder ein neues ABO wirbt, erhält als Dankeschön "Sozialismus der Zukunft", herausgegeben von: D. Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker, Kurt Neumann

- 185 Seiten
- Buchhandelspreis 17,50 DM

Geschichte wird gemacht,
spw war dabei.

10 Jahre spw

spw-1 bis spw-38 zum
Sonderpreis von 100,- DM
(incl. Versand).

Ich bestelle "10 Jahre spw"

- Ich habe einen
Verrechnungsscheck beigelegt
- Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

Datum und Unterschrift

ABO

SPW Verlag-Redaktion GmbH
Kieler Str. 13
5000 Köln 80

(Tel. 0221/623271)

Ich abonniere **SPW** ab sofort. **SPW** erscheint in sechs Hefen mit einem Gesamtlumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-; Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

- zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 41,-
 zu, Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer Bankleitzahl

Bankverbindung

Name (in Druckbuchstaben) Geburtsdatum

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

Ich habe **spw** bereits abonniert und diesediesen Abonnenten geworben. Dafür erhalte ich ein Expl. "Sozialismus der Zukunft"

Name (in Druckbuchstaben)

Straße und Hausnummer

PLZ Wohnort

Datum/Unterschrift

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

SPW

- das Magazin der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.

SPW wird herausgegeben von den Bundestagsabgeordneten **Katrin Fuchs** und **Jürgen Egert**, den Mitgliedern der SPD-Programmkommission **Detlev Albers** und **Heinrich Lienker**, dem Gewerkschafter **Klaus-Peter Wolf** u.a.

SPW erscheint als Themenheft, mit aktuellen Kommentaren, Analysen und Berichten aus dem In- und Ausland.

6 Ausgaben im Jahr (Jahresumfang 360 Seiten) Einzelheft 7,- DM • Jahresabo: 51,- DM (für Nichterwerbstätige: 42,- DM) incl. Versand (Ausland 54,- DM)